

autonomes

Blättchen



VA_BANQUE



#27

Dez 2016 - Feb 2017

Tach zusammen,

Die Aktivitäten gegen den G20 Gipfel am 7.+8.Juli 2017 in den Hamburger Messehallen nehmen Fahrt auf. Nachdem das anarchistische Spektrum den Aufschlag machte, gibt es nun Aufrufe aus so ziemlich allen Ecken.

Das stimmt hoffnungsvoll - bescheren wir der rassistischen Abschottungspolitik im aufstrebenden Populismus ein zweites Frankfurt! Wir lassen in diesem Heft zunächst die Aktivist*innen einiger militanter Aktionen im Gipfel-Kontext zu Wort kommen und schließen mit einem autonomen und dem ums ganze Aufruf. Wir sammeln darüber hinaus eure Aktivitäten und stellen sie ab jetzt in einem G20-Ticker zusammen - das Netz ist so kurzlebig.

Der Abdruck der Erklärung zur Ermordung von Habibi in Athen sorgt für Diskussion – das begrüßen wir. Auch das NoBorder Camp in Griechenland erhitzt noch die Gemüter. Ebenso scheint das duldsame Schweigen in Bezug auf den technologischen Angriff gebrochen. Zwei gut besuchte Konferenzen sorgen auch in diesem Blättchen für weiteren Diskussionsstoff.

Unter dem Titel „Captain Future“ eröffnen wir eine Kolumne, die den Blick in die nahe Zukunft wagt – das kann visionär, aber auch illusionär sein. Schreibt uns eure Vermutungen und Projektionen!

Was das Spenden angeht – bitte dringend an uns und nicht ans deutsche rote Kreuz; im Antira-Teil dieses Heftes könnt ihr lesen warum.

PS: Einige spannende Berichte und Einschätzungen von Kämpfenden in den USA schaffen es leider erst ins nächste Heft – die Übersetzung der doch recht umfangreichen Texte ist nicht rechtzeitig fertig geworden - sorry.

Ebenso können wir leider nicht mehr über den Ausgang des ersten Aachener Bankraub-Prozesses gegen eine Anarchistin aus den Niederlanden berichten. Unser Drucktermin lag knapp vor der Urteilsverkündung. Wir ermutigen aber alle, das am 23. Januar startende Verfahren gegen die Anarchist*innen aus Barcelona in der gleichen Sache solidarisch zu begleiten!

Wir freuen uns, dass es in Magdeburg ein neues Print-Magazin gibt. Im November erschien die Nummer eins der „Unterdruck“. Darin eine neue Trendwende hin zum Papier zu vermuten, wäre sicher reichlich naiv – trotzdem lesen wir gerne unbeobachtet!

Ach, übrigens: **wir haben eine neue email-Adresse.** Bitte nutzt diese (siehe unten). Der PGP-Key ist der alte geblieben.

Viele Grüße euer Blättchen-Kollektiv

Impressum:

Nr. 27 Dezember 2016 - Februar 2017

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail: (+++++ Achtung - neu +++++)
autonomes-blaettchen@nadir.org
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

2188 A430 857F 1DCE E089
B218 D4C7 A0F3 17BA D725

Post:

Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:

autonomesblaettchen.noblogs.org
Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unserer Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:

normalerweise alle drei Monate:
1. März, 1. Juni, 1. September, 1. Dezember

ViSdP:

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover



In diesem Blättchen...

- 04 Keine Party mit den Cops!
- 05 Hammerschläge für Ramona Pop
- 06 Offensiver Hausbesuch
- 06 Bundeswehrfahrzeuge abgefackelt
- 07 Brand im rheinischen Kohlerevier
- 07 Kapitalismus ist Krieg (KiK)
- 08 Frieden ist Krieg
- 09 #R94 – Wenn der Rauch sich legt
- 13 Freiheit für Thunfisch
- 14 Zum Abdruck der Habibi-Erklärung
- 16 Revolte im Lager Morai, Lesbos
- 17 Nach dem Camp ist vor dem Camp
- 21 Keine Spende für das Rote Kreuz
- 22 Leben ist kein Algorithmus und reproduce future
- 23 An alle Produktivkraft-, Technik- und Fortschrittsfetischisten
- 25 Bargeld für alle(s)!
- 26 Captain Future
- 27 Happy Birthday Chelsea Manning
- 28 Gegen die totale Erfassung hilft nur Widerstand!
- 30 Glose the Gap
- 30 Angriff auf Hauptsitz von Google in München
- 31 DDos-Attacke legt Twitter, Netflix, Paypal, Spotify und andere lahm
- 32 G20 angreifen
- 46 Frankreich – Bure
- 47 Über die Unruhen in Charlotte, USA
- 50 Repression gegen AnarchistInnen in Den Haag
- 52 Zehn Jahre Haft für ein Graffiti
- 54 Stellungnahme des in Tschechien eingekerkerten Lukas Borl
- 56 Verfolgung linker Autonome
- 56 Dresden: Ermittlungen eingestellt

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

autonomes
Blättchen



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Keine Party mit den Cops!

Magdeburg - Der 9. September 2016 wird noch einigen im Gedächtnis sein. Die Polizeidirektion Nord und die Polizeihochschule Aschersleben wollten den Nachwuchsproblemen der Polizei Sachsen-Anhalts mit einer Rekrutierungsparty begegnen. Einige Hundert demonstrierten unter dem Motto „Wir feiern lieber ohne Cops“. Zuvor

entflammte nicht nur ein shitstorm gegen die Bullenparty sondern auch zwanzig ihrer Fahrzeuge. Zudem wurde in der Nacht darauf eine verbrannte Matratze mit der Aufschrift „Oury Jalloh -das war Mord“ am Eingang des besagten Polizeipartyreviers abgelegt.

Brandanschlag auf Bundespolizei in MD

Magdeburg, 8. September 2016, anonym

Dokumentation:

„Durch das Feuer wurde nahezu der komplette Fahrzeugbestand der Bundespolizei in Magdeburg zerstört.“

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag haben wir den Fuhrpark der Bundespolizei in Magdeburg in Brand gesetzt.

7 am Magdeburger Hauptbahnhof parkende Autos gingen in Flammen auf ebenso 11 Fahrzeuge der Deutschen Bahn. Die Zeitung schreibt, der Schaden wird auf 750 000 Euro geschätzt.

Die Magdeburger Polizei ist jetzt mit Aufräumarbeiten, Spurensicherung und Gebrabbel über linksextreme Gewalt beschäftigt. Dabei stehen die letzten Vorbereitungen für die große Party an. Party?

Am Freitag den 09. September üben sich die Bullen unter dem Motto „Tatort Sternstraße 12. Partyarrest-eine lange Nacht auf dem Revier“ in neuen Formen von öffentlichen Auftritten und Rekrutierungsversuchen.

Das von der GdP (Gewerkschaft der Polizei) zum schlechtesten Dienstgebäude der Polizei in ganz Deutschland gekürte Gebäude, wird vor der Renovierung für einen Tag zu einem Partykeller. Vermutungen (und der hohe Krankenstand bei der Magdeburger Polizei) legen nahe, dass das Gebäude noch immer von Asbest und von Schimmelpilzen belastet ist. Den Partygästen viel Spaß beim Einatmen. Livebands, DJs, Läsershow, „wo könnte man besser mit den jungen Menschen ins Gespräch kommen als bei einer Party?“ .

Sachsen-Anhalt hat Probleme in der Rekrutierung neuer Bullen. Im nächsten Jahr sollen statt sonstigen 350 Bullen bis zu 700 neueingestellt werden. Innenminister und Polizeigewerkschaft sind sich einig, es mangelt an „geeigneten Bewerbern“.

Während in Teilen des Gebäudes der „Alltagsbetrieb“ weiter geht, wird in den anderen gefeiert. In entspannter Partyatmosphäre werden Flyer zu Ausbildungsmöglichkeiten bei der Polizei verteilt. Für Kinder gibt es eine „Sherlock-Tour“, durch die Spurensicherung. Für die Älteren geht es in den Gewahrsam. Inklusiv nachgestell-

ter Szenen und Erläuterungen, was nötig ist, „wenn die Person sich weigert“. Ob dabei Feuer zum Einsatz kommt wie in Dessau ist offen.

Organisiert wird die Veranstaltung, in enger Zusammenarbeit mit dem Verein „Kulturanker“, der das Fest (ehrenamtlich) organisiert.

Während also alle mehr Bullen fordern, haben wir mit dem Abbau begonnen. Statt „langer Nacht auf dem Revier“ gab es eine Schaumparty.

Die Party in der Sternstraße ist nur ein Anlass unter vielen.

Werben für die Bullen...

- ...heißt werben für mehr Überwachung, Kontrolle, Unterdrückung.
- Mehr Racial Profiling, Polizeigewalt, Abschiebungen.
- Mehr Einsperrungen von Auffälligen und Widerständigen,
- Mehr misshandelte Inhaftierte, mehr Tote in den Zellen.



Ein Bulle ist kein Freund.Nie.

Hammerschläge für Ramona Pop und Polizeiveranstaltung

Berlin, anonym

Dokumentation:

„Mehr Polizisten auf der Straße – und zwar nicht einige Dutzend mehr, sondern gleich 500. Außerdem eine bessere Ausstattung der Polizei, mehr Leute beim Spezialeinsatzkommando, kurz SEK, und neue, kleine Polizeiwachen an Bahnhöfen. Und dann noch eine Regelung zum finalen Rettungsschuss, jener gezielten Tötung etwa eines Geiselnahmens, für die in Berlin anders als in 13 anderen Bundesländern noch die gesetzliche Grundlage fehlt.

Das fordern an diesem Mittwochvormittag nicht etwa die Christdemokraten, sondern die Berliner Grünen in Person von Innenpolitiker Benedikt Lux und ihrer Spitzenkandidatin Ramona Pop. Dem zuständigen Innensenator Frank Henkel von der CDU werfen sie vor, Berlin sei seit seinem Amtsantritt 2011 unsicherer geworden.“ schrieb die taz am 17. August und Ramona Pop, Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, sagte der Deutschen Presse-Agentur «Wir wollen mehr vernünftig ausgerüstete Polizei an der Basis, die Kiez-Polizisten gegen die Alltagskriminalität».

Pop und ihre Parteigenoss*innen werden sich an der zukünftigen Senatsregierung in Berlin beteiligen und damit direkt Verantwortung tragen für das, was in dieser Stadt passiert. Im Gegensatz zu den gewöhnlichen Law-and-Order Parteien wie der CDU nutzen sie dabei aber subtilere Mittel der Machterhaltung. Konflikte die befähigt sind, radikale Umbrüche weiter nach vorne zu treiben, wie zum Beispiel der Kampf gegen steigende Mieten, werden von den Grünen unterwandert um dort dann „Lösungsvorschläge“ zu präsentieren, die zwar keinen Nutzen und keine Veränderungen bringen dafür aber den meisten ein Gefühl „Die Politik kümmert sich...“ vermittelt.

Damit stehen sie also in der Konsequenz ihrem angeblichem Gegenüber in nichts nach, noch schlimmer sie sind die Handlanger und Wegbereiter in typischer Ansheiser-Manier. Aus diesem Grund bieten sie nicht nur einen, schon vielfach angewandten Kanalisationspunkt unserer Wut sondern sollte uns auch dazu befähigen, diejenigen die tatsächlich unvereinbar, den herrschenden Verhältnissen entgegenstehen, zusammenzubringen in der Gemeinsamkeit der Ablehnung.

Mit der Züchtung von Denunzianten ist unter anderen der Job Point bei der Neuköllner Oper an der Karl-Marx-Str. beauftragt. Hier werden nicht nur schwer vermittelbare Arbeitslose in Sklaventätigkeiten gepresst sondern heute soll dort auch eine Rekrutierungsveranstaltung der

Berliner Schweine stattfinden. Gesucht werden noch mehr Objektschützer für die Botschaften der in Berlin akkreditierten Diktaturen oder für die Villen der Reichen in den Aufwertungsvierteln dieser Stadt.

Zielgruppe sind insbesondere migrantische und perspektivlos erscheinende Jugendliche und Langzeitarbeitslose, die hier mit Autorität und der Macht einer Waffe gelockt werden sollen.

Die Strategie der Bullen in diesem Zusammenhang ist offensichtlich: Mit der verstärkten Anwerbung migrantischer Personen für den Streifendienst soll eine steigende Sympathie mit den uniformierten Mörder*innen auch in Vierteln wie Neukölln, Wedding und Moabit erreicht werden. Eine Art und Weise mit derlei Anbietern umzugehen, zeigten Anwohner*innen der Rigaer Straße, als sie den dortigen Kontaktbereichsbullen in seine Schranken wiesen.

Mit unserer Aktion wollen wir diesen Leuten von Anfang an klar machen, dass sie sich mit der Tätigkeit als Schwein außerhalb nachbarschaftlicher Akzeptanz bewegen müssen.

Dass sie sich, mit der Entscheidung für eine Bewerbung bei den Bullen, nicht nur für einen weiteren Job entscheiden, sondern dafür, auf wessen Seite sie in den kommenden Jahren stehen werden. Eine Entscheidung in Feindschaft zu den solidarischen Strukturen ihres Viertels, zu den kämpfenden Individuen und Bewegungen Berlins – Eine Feindschaft zu uns. Die dazu führt, dass sie immer und überall damit rechnen müssen Ziel unserer Widerstandshandlungen zu werden und erstes Ziel bei Angriffen gegen dieses System sein werden.

Wir haben deshalb in der Nacht zum 27. Oktober das Wahlkreisbüro von Ramona Pop in der Wolliner Straße in Mitte eingehämmert und auch alle Scheiben beim Job Point in Neukölln zerstört wo wir auch Buttersäure reinwarfen.

Unsere Gedanken waren dabei auch bei den Menschen im Jungle von Calais und in der ZAD, denen wir viel Erfolg beim Kampf gegen die Bullen wünschen.

Außerdem natürlich senden wir Grüße an Aaron und Balu sowie alle anderen Angeklagten, die nicht mit dem Staat kooperieren.

Anarchist*innen

Offensiver Hausbesuch bei Nazischwein Istvan Repaczki

Dokumentation:

Leipzig, 13. November 2016, anonym

Während Repaczki vermutlich mit seinen Kameraden das Derby verfolgte, haben wir seinem Zuhause einen Besuch abgestattet. Wir haben die Chance genutzt um die Wohnung durch großflächigen Einsatz von Bitumen und Zerstörung von Sanitäreinrichtungen, Elektrogeräten und anderen Einrichtungsgegenständen unbewohnbar zu machen.

Er ist „langjährig aktiver Neonazi, zeitweise Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion und aktiv bei den ‚Jungen

Nationaldemokraten‘, vorher ‚Freier Widerstand Leipzig‘ und ‚Jugendsturm Leipzig‘. Istvan tauchte mehrfach bei Legida auf, beteiligte sich am Naziangriff auf Connewitz am 11. Januar 2016 und fotografierte für die ‚Imperium Fighting Championship‘.“

Repaczki ist nicht das erste und wird auch nicht das letzte Nazischwein sein, das für faschistische Organisation und Angriffe, wie den am 11.1, zur Rechenschaft gezogen wird.

P.S.: Schönes Hitler-Bild.

18 Bundeswehrfahrzeuge abgefackelt

Bremen, 23. Oktober 2016

Mindestens drei unabhängige Brandstellen auf dem Gelände – Feuer drohte auch auf Halle mit weiteren Fahrzeugen übergreifen – Großaufgebot der Feuerwehr mit über 100 Kräften kann Brand der Halle gerade noch verhindern – Staatsschutz ermittelt

Inzwischen ist der Staatsschutz in die Ermittlungen involviert: In Bremen gab es offensichtlich einen gezielten Brandanschlag gegen die Bundeswehr: Unbekannte Täter steckten in der Nacht zu Sonntag auf dem Gelände eines Systemtechnikunternehmens im Hemelinger Hafen gleich mehrere Fahrzeuge der Bundeswehr in Brand. Dabei wurden 18 Militärfahrzeuge durch die Flammen zerstört und eine Halle des Unternehmens beschädigt.

Das zivile Bremer Unternehmen rüstet die Fahrzeuge der Bundeswehr unter anderem mit Kommunikationstechnik aus. Dazu standen diverse Großfahrzeuge wie Lastwagen und Unimogs auf dem Freigelände des Unternehmens. Der oder die Täter legten offenbar gleich an drei verschiedenen Stellen unabhängig voneinander Brände – zum Eintreffen der Feuerwehr brannte es nämlich an drei getrennten Stellen. Eine der Brandstellen lag unter einem Schleppdach direkt an einem Firmengebäude.

Die Flammen griffen dort zum Teil auf die angrenzende Halle über.

Nur mit einem Großaufgebot von über 100 Einsatzkräften gelang es der Feuerwehr Bremen, die Brände unter Kontrolle zu bringen. In letzter Minute verhinderten die Einsatzkräfte ein Übergreifen auf die Halle, in der weitere Fahrzeuge untergestellt waren. Dennoch wurde die Halle durch Flammen und Hitze nicht unerheblich beschädigt.

Die Brandbekämpfung gestaltete sich schwierig, da zum einen die Kräfte auf die verschiedenen Brandstellen aufgeteilt werden mussten und zum anderen die Brände nur mit Löschschaum einzudämmen waren. Über dem Gelände stand eine große Rauchwolke.

Was genau hinter dem mutmaßlichen Anschlag steckt, ist derzeit noch nicht bekannt. Die Polizei ermittelt auf Hochtouren und inzwischen ist auch die Staatschutzabteilung involviert. Inzwischen heißt es, dass man von einer vorsätzlichen Brandstiftung ausgehe. Aufgrund der abgelegenen Lage des Objektes und der nicht zusammenhängenden Brandstellen ist wohl von einem gezielten Anschlag auszugehen. Die Polizei bittet mögliche Zeugen sich zu melden. Der Schaden wird inzwischen auf 15 Millionen Euro geschätzt.

linksunten.indymedia.org



Brand an Kohlebahn-Stellwerk im Rheinischen Revier

Dokumentation:

Neurath, 10. September 2016, anonym

Am Abend des 10. September haben wir am zwischen Neurath und Rommerskirchen Ortsteil Vanikum gelegenen Stellwerk Neurath unter einem der beiden freistehenden Großtrafos Feuer gelegt. Dafür haben wir mehrere dutzend Liter Benzin verwendet. Dieses Stellwerk ist unbesetzt, dadurch bestand keine Menschengefährdung.

Das Stellwerk ist für den Betrieb der Nord-Süd Kohlebahn unverzichtbar. Sie verbindet den Tagebau Garzweiler mit Niederaußem und der Hambachbahn sowie den Stichgleisen über die das Kraftwerk Neurath mit Kohle versorgt wird. Dort werden Weichen und Signale gestellt, sowie Bahnstrom in die Oberleitung der Kohlebahnen eingespeist.

Weder haben RWE noch die Bullen dazu etwas veröffentlicht. Anzunehmen ist, dass die Motivation dahinter steckt, die steigende Zahl an den Betriebsablauf gefährdenden Aktionen (die ganz nebenbei auch uns erst auf die Idee gebracht haben uns in diesem Bereich auf diese Art zu engagieren) nicht offen einzugestehen und keine öffentliche Debatte entstehen zu lassen. Aktionen wie diese belegen die Verwundbarkeit eines vermeintlich unverwundbaren Energieriesen. Außerdem verdeutlichen sie, dass es Menschen gibt, die bereit sind erhebliche persönliche Risiken auf sich zu nehmen, um diesem elendig zerstörerischen Unsinn ein Ende zu bereiten.

Es mangelt RWE offenbar an einer PR-Strategie, die in der Lage ist, Antwort auf eine solche Aktion zu geben. Sorgen wir dafür, dass sie auch weiterhin keine ruhige Minute haben, solange die Bagger laufen.

Kapitalismus ist Krieg

Dokumentation:

Bielefeld 15. November 2016, anonym

wir haben in der nacht vom 14. auf den 15.11.2016 in Bielefeld den Kik im Ortsteil Brake, den Kik in Sieker, h+m in der Innenstadt und Decathlon in Sennestadt angegriffen. dort wurde mit Farbfuerlöschern die Fassade verschönert und/oder entglast.

mit unserer Aktion setzen wir ein Zeichen gegen die Ausbeutung und Unterdrückung von Arbeiter*innen in Ländern wie Bangladesch, Indien oder Pakistan durch die hiesigen Unternehmen der Bekleidungsindustrie. wir betrachten die Aktion als Teil einer vielfältigen militanten Praxis, die seit einigen Jahren in der BRD und anderswo versucht, mit Angriffen auf den Vertrieb und die Geschäftsräume der Bekleidungsindustrie die Menschenverachtung der Unternehmen öffentlich zu machen. und sie ist ein Zeichen von Solidarität mit den kämpfenden Menschen vor Ort, die sich mit Streiks und militanten Aktionen gegen ihre Ausbeutung zur Wehr setzen. Ansätze von Protest, widerständigem Verhalten oder gar gewerkschaftlicher Organisation – etwa mit dem Ziel, gegen die Willkür der Vorgesetzten vorzugehen, den Arbeitsschutz oder die Löhne zu verbessern – werden rigoros bekämpft. die Unternehmen reagieren mit Entlassungen, Lohnkürzungen oder brutaler Gewalt und werden dabei von Polizei, Armee und Paramilitärs unterstützt. Drohungen, Verhaftungen, Überfälle und politische Morde gehören zum Alltag.

viele Textilfirmen lassen ihre Produkte in „billiglohnländern“ herstellen, insbesondere in Asien, aber auch in Europa, z.B. in Rumänien oder der Türkei. öffentlich wahrgenommen werden die in den Fabriken herrschen-

den katastrophalen Arbeitsbedingungen nur selten. skandalisierungen gibt es allenfalls bei aufsehenerregenden unfällen – so etwa als im April 2013 beim Einsturz des Rana-Plaza-Gebäudes in der Stadt Sabhar in Bangladesch über 1100 Menschen, überwiegend Männer, ums Leben kamen und sich herausstellte, dass dort für gleich mehrere renommierte Unternehmen produziert wurde. wegen einer weiteren Katastrophe im September 2012, einem Fabrikbrand in Pakistan mit über 200 Toten, wird von Überlebenden und Angehörigen zurzeit in Dortmund ein Strafprozess gegen die Firma Kik vorbereitet. doch nicht nur Textildiscounter beteiligen sich an diesem schmutzigen Geschäft. auch hochpreisige Klamotten werden in überfüllten, lärmenden Fabrikhallen unter größtmöglicher Arbeitshetze, zum Teil sogar von Kindern, oft deutlich jünger als vierzehn Jahre, hergestellt. h&m, c&a sowie die hiesige Nobelmarke Gerry Weber sind da nicht besser als Kik.

Schutzmaßnahmen vor Hitze, Lärm oder giftigen Chemikalien sind so gut wie nicht vorhanden. die Entlohnung mit ein paar Dollar pro Tag ist lächerlich. hinzu kommt, dass die Unternehmen häufig Knebelverträge aufsetzen, die Mitarbeitende durch Einbehalt von Lohn langfristig binden und zu modernen Sklav*innen degradieren.

in den Arbeitsbedingungen spiegelt sich auch eine krasse patriarchale Unterdrückung wider. Frauen werden schlechter bezahlt als Männer, müssen im Schichtsystem unter Akkordbedingungen schuften und können im Falle einer Schwangerschaft mit Entlassung rechnen. dabei sind sie die ganze Zeit der Willkür, den Erniedrigungen und der sexualisierten Gewalt ihrer männlichen Vorgesetzten

ausgeliefert. die ausbeutung durch lohnsklaverei, bei der gehälter erst am ende einer vertragslaufzeit ausgezahlt werden, wird besonders häufig bei frauen angewandt. diese zustände schaffen persönliche abhängigkeiten, die kaum anders als mit leibeigenschaft beschrieben werden können.

den textilunternehmen sind diese produktionsbedingungen bestens bekannt.

an grundlegenden verbesserungen, die den profit schmälern würden, sind sie nicht interessiert, doch sehen sie sich auch einer imageschädigenden öffentlichen kritik ausgesetzt. aus diesem grund versuchen sie mit hohem aufwand, den quell ihres reichturns zu verschleiern und ihre „sauberen“ marken von dem unrecht, das an ihnen haftet, und dem blut, das an ihnen klebt, reinzuwaschen. so vergeben sie lizenzen an andere unternehmen, die für sie stellvertretend rohstoffe verarbeiten und waren fertigen lassen oder den vertrieb organisieren. eine andere möglichkeit, das image rein zu halten, sind pseudo-zertifikate, mit denen die unternehmen sich selbst die einhaltung von umwelt- oder sozialstandards attestieren. die ausbeutung und gewalt, von der die textilbranche profitiert, wird so durch systematische lügen verschleiert.

der gesellschaftliche reichturn in diesem land beruht auf globaler ausbeutung. die hat sich in den letzten jahren immer mehr verschärft, denn es ist für die unternehmen zunehmend schwieriger geworden, ihre profite zu erhöhen und die konkurrenz auszubooten. leiden müssen darunter in erster linie die menschen in den produktionsländern.

wirtschaftliche not, hunger und kriege sind ebenso eine folge dieser situation wie flucht und zuwanderung in die länder, die von der ausbeutung profitieren. es ist unerträglich, wenn menschen, die aufgrund hier geplanter armut nach europa kommen, von staatlicher seite als „wirtschaftsflüchtlinge“ diffamiert und gegen an-

dere gruppen, z.b. kriegsflüchtlinge, ausgespielt werden. diese staatliche ausgrenzung und abschottung findet ihre entprechung in der brutalität des rassismus.

die zunehmende rassistische mobilisierung zeigt deutlich, dass viele menschen in der brd inzwischen dazu bereit sind, ihren reichturn und ihre privilegien mit gewalt gegen diejenigen zu verteidigen, auf deren kosten er erwirtschaftet wurde. verlustängste und verinnerlichter rassistismus bilden den nährboden für pegida, afd u.ä.

nicht jede*r kann es sich leisten, öko- und fair-trade-klamotten zu kaufen, und da wollen wir auch gar nicht hin. und unsere aktion richtet sich auch nicht gegen diejenigen, die aus wirtschaftlicher notwendigkeit auf billigkleidung angewiesen sind. schließlich verschärfen sich auch hier seit vielen jahren die verhältnisse hin zu einer umfassenden armut.

allerdings trägt ein unkritischer konsum und die bereitwillige übernahme rassistischer ausgrenzung dazu bei, die verhältnisse zu stabilisieren oder sogar zu verschärfen. dabei ist es relativ einfach, sich an kampagnen gegen die bekleidungsindustrie zu beteiligen und sich dadurch mit den menschen vor ort praktisch zu solidarisieren.



es ist längst überfällig, sich gegen diese entwicklungen zu wehren, die verantwortlichen öffentlich zu machen, ihr geschäft zu sabotieren und über ihre machenschaften zu informieren. unser angriff auf die textilbranche ist ein angriff auf weltweite patriarchale, rassistische und kapitalistische verhältnisse und ausdruck internationaler solidarität.

**kapitalismus ist krieg
für eine herrschaftsfreie und
solidarische gesellschaft**

Nachtrag der Redaktion: Am 16. September haben autonome gruppen den KiK an der Rheinischen Straße in Dortmund mit Bitumen angegriffen (Quelle: linksunten.indymedia.org).

Frieden ist Krieg

Vandalismus gegen Wall für Aaron & Balu

Berlin, anonym

Dokumentation:

Mitten im Frieden hat uns die Wall AG den Krieg erklärt. Jetzt gibt es nur noch Deutsche und die sollen Dienen. Bei der Bundeswehr. Auf der ganzen Welt unsere Interessen verteidigen. So verkünden es in Berlin die Werbeträger der Firma Wall und ihre Stadtmöbel, zu denen scheinbar auch die Wartehäuschen der Verkehrsbetriebe BVG

gehören. Wird mal an einer Haltestelle nicht fürs Morden geworben, darf es stattdessen auch gerne sexistische Kackscheiße oder ein Smartphone sein, mit deren Konsum die abgestumpfte Psyche der Berliner_innen wieder einsatzbereit für den nächsten Arbeitstag gepusht werden soll.

Die Frage warum die Wall AG alles bewirbt, was wir hassen, ist schnell beantwortet.

Firmengründer und Bundesverdienstkreuzträger Hans Wall unterstützt die AfD. Seine Anteile an der Wall AG hat Franz Wall inzwischen an die JCDecaux SA verkauft, dem Weltmarktführer der Außenwerbung. Selbstverständlich betrachten Wall und ihresgleichen die Gewalt der Bundeswehr nicht als problematisch. Sie sind ein Bündnis mit dieser Gewalt eingegangen um verrückte Rassentheorien salonfähig zu machen und von der fortschreitenden Verblödung der Gesellschaft den maximalen Profit zu ziehen.

Für uns hingegen sind die Anklagen gegen Aaron & Balu, die derzeit vor dem Amtsgericht Tiergarten verhandelt werden, Anzeichen der Angst vor einer möglichen Zusammenrottung solidarischer Menschen gegen die Herrschenden und ihren Frieden, der in Wirklichkeit ein Krieg ist. Von dieser Angst sollen nun die Marionetten in den Kostümen von Richter_innen und Staatsanwält_innen die Mächtigen befreien, in dem sie die Angst in unser Lager tragen. Ihr Werkzeug heißt Untersuchungshaft und

soll nicht nur Aaron & Balu für Geständnisse weichkochen, sondern alle Gefangenen in den Anstalten der Berliner Justiz.

Um diesen Druck zu erwidern haben wir stadtweit in den letzten Nächten 19 Bus- und Tramhaltestellen mit Werbung der Wall AG zerstört, sowie 2 Leuchtreklametafeln und eine gläserne Litfaßsäule eingeschlagen. Nebenbei wurde noch ein Fahrzeug der Deutschen Bahn und eines mit Freiwild Aufkleber demoliert.

Diese Aktionsform erfreut sich auch in anderen Ländern großer Beliebtheit und ist quantitativ leicht zu eskalieren, wenn der Ausgang der beiden Prozesse das erforderlich macht. Die Stadt ist voll mit Zielen der Wall AG.

Minoritäre Konfliktsucher_innen

#R94 - Wenn der Rauch sich legt

Rigaer 94

Als am 22.6.2016 der Tag X wegen der Teilräumung der Rigaer 94 ausgerufen wurde, machte sich bei uns ein mulmiges Gefühl breit. Keine*r wusste was wir davon halten sollten. Die Vorbereitungen wirkten weit weg und die verstaubten Pläne mussten erst wieder aus irgendwelchen Schubladen gekramt werden. Ein eindeutiger Angriff auf unsere Strukturen, keine Frage jetzt muss gehandelt werden! Am darauf folgende Morgen gab es ein Gefühl der Trauer um die verlorenen Räume, aber auch ein erhabenes Gefühl der Stärke. Die message war klar geworden, jede Räumung hat ihren Preis!

Vom ersten Tag an waren wir überrascht wie sich die Welle der Solidarität ausbreitete, dass es gelang Leute zu aktivieren die sicher selber noch nie in der R94 waren und keinen direkten Bezug zu dem Haus oder der Kneipe „Katterschmiede“ hatten und über die dortige Subkultur eher schmunzeln. Wie war es möglich, dass das geschah wonach wir uns immer wieder sehnen. Einen gemeinsamen Kampf zu führen, von Solidaritätsbekundungen zu wilden Demos und brennenden Autos und das nicht vereinzelt, sondern massenhaft und überregional? Was geschah, dass sich die Welle des Widerstandes soweit ausdehnte und solange anhielt und sich dabei selber verstärkte? Übernächtigt, von den paar Stunden Schlaf die für uns erst nach Sonnenaufgang möglich waren, erschöpft von den Stunden der Dunkelheit in denen wir eine Drohkulisse bedienten, an der bereits Monate zuvor gearbeitet wurde, an die wir jedoch selbst noch gar nicht glaubten wollten. Waren wir jeden morgen aufs Neue überrascht, dass es doch so viele waren die es uns gleich taten und den Schatten der Nacht nutzten um diese dunklen Zeit mittels Farbkleckse und Feuerschein zu erhellen.

Wir versuchen nun die Frage zu ergründen wie genau dies möglich wurde. Dabei werden wir zunächst

die Protestlandschaft in Berlin kartographieren. Hierzu werden wir einen historischen Rahmen beschreiben um dann die lokal/räumlichen, thematischen und politischen Bezugspunkte zu bestimmen. Die jeweiligen Bezugspunkte verbinden wir hierbei zum einen mit der R94 als auch untereinander, um ein Netz zu spannen welches wir mit dem Schlagwort der kollektiven Identität umschreiben wollen. Im zweiten Teil versuchen wir dieses Netz zu untersuchen, in dem sich diese kollektive Identität gebildet hat und wie sie sich im Verlauf der Juniwochen wandelte. Schlussendlich möchten wir die Eigenschaften des Konfliktfeldes welches sich hier eröffnet hat betrachten. Auch wenn jeder Konflikt seine eigene, individuelle Schöpfungsgeschichte hat und dessen Verlauf sich stets unergründlich ergibt, so versuchen wir die hier spezifischen Ursprungselemente heraus zu filtern .

Spannen wir also das Netz in dem wir den historischen Hintergrund aufzeigen und dessen Bezugspunkte bestimmen.

Geschichte wird gemacht

In dem der historische Rahmen eine Form der Überkategorie bildet, in der die jeweiligen Bezugspunkte einsortiert werden, stellt er für uns gewissermaßen den Raum dar in dem wir das Netz aufspannen möchten. Wir können keinen der lokal/räumlichen, thematischen und politischen Bezugspunkte ohne die Geschichte der besetzten Häuser und den Kampf um Freiräume in dieser Stadt betrachten.

Kaum etwas ist tiefer im berliner Bewusstsein verankert als der Kampf um Freiräume und besetzte Häuser. Jede*r politisch Aktive durfte schon mal einen der unzähligen Besetzerstories aus den guten alten Zeiten lauschen, hat mal etwas über die Schlacht um die Mainzerstraße gehört oder zum Rauchhaussong getanzt. Selbst im Mainst-

ream ist Vielen bewusst wie diese Bewegung das Stadtbild bis in die heutige Zeit prägt. Sie ist also Teil nicht nur linksradikaler oder linker Protestkultur sondern ergänzt das Stadtimago eines wilden und bunten Berlins. Unserem Widerstand sei dank, erzählt die Stadt weiterhin die Geschichte der Freiräume und der Kämpfe die dabei in uns weiter leben.

Diese linksradikale Geschichtsschreibung lebt auch für die jeweiligen die gar nicht selbst dabei waren, die aber dennoch Teil dieser Erinnerungsgemeinschaft sind und die Deutungsprozesse selbstverständlich mit durchlaufen und in die eigene Identität mit einbauten. Dies geschieht allen Widersprüchen und Differenzen, wie die Auseinandersetzung um Instandsbesetzung zum Trotz. All diese unterschiedlichen Geschichten werden bei den Zuhörer*innen zu einer Gruppenerzählung, die ständig aufrecht erhalten und weiter geschrieben wird. Die daraus entstandene Infrastruktur, 25 Jahresfeier hier und dort, das herbei Träumen von rituellen Riots wie nach der Mainzer Straße, die Bullenbelagerung der von Geflüchteten besetzten Gerhard-Hauptmann- Schule. So verwundert es auch nicht, dass es erst kürzlich noch Versuche gab ein Social Center for all zu erkämpfen.

All diese Erfahrungen bilden also den Hintergrund auf dem all die folgenden Erzählungen aufbauen. Die Zeugen werden erneut einberufen, die Geschichte der vergangenen Zeiten wurde durch die Belagerung der R94 aktiviert, wiedererweckt und fortgeschrieben.

Bezüge statt Beziehung über(s)leben in den Parallelwelten

Wir haben nun den Rahmen aufgezeigt aus dem sich die lokal/räumlichen, thematischen und politischen Bezugspunkte bildeten und der sie bis heute prägt.

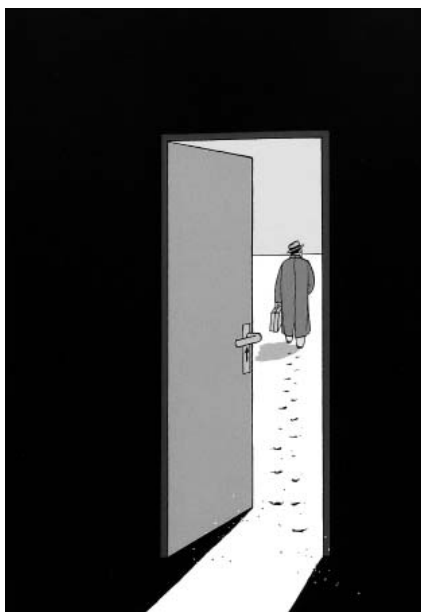
Was ist für unsein Bezugspunkt? Die Bezugspunkte sind im jetzigen Fall für uns ein Sammelbegriff unterschiedlicher Akteur*innen die eine Verbindung mit der R94 eingegangen sind.

Unter Lokal bzw. räumlich fassen wir jene Akteur*innen zusammen die in räumlicher Nähe zur R94 stehen, der Bezug erfolgt hierbei über die gemeinsamen Erfahrungen innerhalb des Gefahrengebiets. Mit dem thematischen Bezug fassen wir all jene zusammen die sich innerhalb der stadtpolitischen Bewegung mit der R94 solidarisch erklärt haben, eine Verbindung besteht im thematischen Bezug über den Kampf gegen die Verwertung des Raumes. Die Beziehung der Autonomen ist für uns politisch begründet und zeichnet den letzten Punkt aus, sie erfolgt über eine ähnliches Weltauffassung. Die Bezugnahme folgt bei den jeweiligen Akteur*innen unterschiedlichen Intentionen und zeigt sich durch verschiedene Äußerungsformen.

Über die jeweilige Zusammenfassung in den Bezugspunkten versuchen wir exemplarisch die Eigenschaften der jeweiligen Verbindung zur R94 herauszuarbeiten, denn diese Verbindungen bilden das Netz in dem sich die politischen Strategen verfangen haben. Innerhalb der jeweiligen Bezugspunkte besteht eine weitreichende Heterogenität, bezogen auf Analyse oder Äußerungsformen. Dieser Heterogenität versuchen wir gerecht zu werden. Die jeweiligen Überschneidungen untereinander sind uns bewusst, trennendes Moment ist der jeweilige Ursprungsbezug. Zwischen den jeweiligen Bezugspunkten gibt es Überschneidungen, unterschiedlich ist der inhaltliche Ursprung.

übers Scheitern

Nun etwas konkreter: Zunächst zum lokalen bzw. räumlichen Bezug. Räumlich betrachtet liegt die Rigaer 94 neben der Liebig 34, der geräumten Liebig 14, mitten im sagenumwobenen Kilometer Anarchie, nur einen Steinwurf vom Dorfplatz entfernt. Laut Bullenangaben bildet die R94 hierbei das „Schaltzentrale“ in einem Raum staatlicher Ausgrenzung. Ein Raum in dem unsere Sicherheit fester Bestandteil ihrer Unsicherheit ist, in dem wir ihnen zeigen wie brüchig ihre Sicherheit ist, so brüchig wie die zahllosen zerborstenen Scheiben. Dieser begrenzte Raum staatlicher Ausgrenzung, von Bullenpräsident Kanth auch als Rigaer Roulette bezeichnet, bildet die argumentative Grundlage für die Errichtung eines Gefahrengebiets, der Eingrenzung staatlicher Entgrenzung und daraus folgend die Angriffe im Januar auf die Projekte. Oder wie Henkel meint „Ich dulde keine Rückzugsräume für Gewalttäter.“



Fehlte zunächst rund um die Scharmützel am Dorfplatz eine Bezugnahme der Anwohner*innen, steigerte

der Staat mittels systematischer Kontrolle von alles und jede*m der sich im Nordkiez aufhielt, die Entgrenzung des Rechtsstaates. Eine Zuspitzung erfolgt dort wo die „Erfahrungen, die Menschen mit der Polizei machen, [sie] prägen. Wenn sich die Bullen wie BesatzerInnen aufführen und so massiv in den Alltag einer ganzen Gegend eingreifen, dann empfinden das viele Leute als das was es ist: ein Polizeistaat.“ Die breite Solidarität des rebellischen Nordkiezes, erfolgte also erst als eine individuelle und direkte Betroffenheit entstand. Sie folgte also keiner politischen Analyse, sondern ist viel mehr eine emotionale Reaktion moralischen Ursprungs. Der Moralkodex, den ein Bullenstaat gegenüber seinen Schützlingen eingeht wurde über die permanente Kontrolle gebrochen und gipfelte in dem Zusammenschlagen eines Familienvaters. Der Bürgerliche Staat und sein Schutzversprechen gegenüber seiner Bevölkerung wurde nicht eingehalten, vielmehr zeigte sich nun allen im Kiez ganz offen die Kehrseite dieses Sicherheitsversprechens. Die Zuspitzung der Verhältnisse machte diese für alle im

Kiez spürbar und skandalisierbar. Das Offenkundige, das zuvor hauptsächlich jenen Marginalisierten im Görli, am Kotti oder den unsicheren Orten betraf, wurde Teil des Alltags und für all jene direkt spürbar die sich im Nordkiez aufhielten.

Analysierend muss hier reklamiert werden, dass dieser Kodex diskursiv verhandelt wird, er sich im gesellschaftlichen Kräftefeld permanent neu und unterbewusst neu bestimmt. Ein Beispiel bei dem sich diese Grausamkeit zeigt ist das Massensterben im Mittelmeer. Das Unglück vor Lampedusa 2013 führte noch zu einer Welle der Empörung und Proteste, nun ist das Sterben im Mittelmeer teil des alltäglichen Hintergrundrauschen geworden. Da braucht es schon Bilder wie die eines unschuldigen toten Kindes das angespült am Strand liegt damit sich wer empört. Das permanente Sterben an den Außengrenzen ist eben auch Teil des Spektakels. Rückblickend betrachtet können wir festhalten das es zwei Auslöser für den Bruch des moralischen Kodex gibt, zunächst den des Skandals, welches ein relativer Moment ist und somit eine ständige Steigerung des Skandals, hier der Bullengewalt bedarf, zum Anderen, die direkte persönliche Erfahrung.

Den lokalen/ räumlichen Bezug zur 94 machen wir also an diesen direkten Erfahrungen im Gefahrengebiet fest, die auf der einen Seite von Bullenrepression gekennzeichnet sind aber auch von der Erfahrung, dass Räume Elemente gesellschaftlicher Re/Produktion sind, umstritten und veränderbar und in diesem Sinne politisch. Der aus einer Empörung wachsende Widerstand wird da fruchtbar, wo er zu einer selbstbestimmten Veränderung führt, dieser Widerstand ist dann radikal, wenn es dessen Ziel ist die Institutionen zu destabilisieren.

Der Raum oder was noch von ihm übrig ist

Den thematischen Bezug stellen für uns die steigenden Mieten dar. Von Anfang an zeigte die R94 die Parallelen von Aufwertung der Stadt und dem Räumen der unbeliebten besetzten Häuser auf. Der Bezugspunkt zwischen Widerstand gegen (steigende) Mieten und das Besetzen von Häusern und Wohnraum ist dabei so klar wie die soziale Frage, die beim Enteignen gestellt wird. Stadtpolitik ist das wohl umkämpfteste Politikfeld in Berlin, die thematische Verknüpfung ermöglichte es, den Kampf um eine subkulturelle Kneipe mit einer breit vernetzten Bewegung zu verbinden.

Aufbauend auf lang existierenden und etablierten Strukturen konnte sich einer tiefen inhaltlichen Verankerung bedient werden. Keine*m in dieser Stadt muss Verdrängung erklärt werden, keine*r kann diese Situation von sich weisen und übersehen. Jede*r einzelne ist

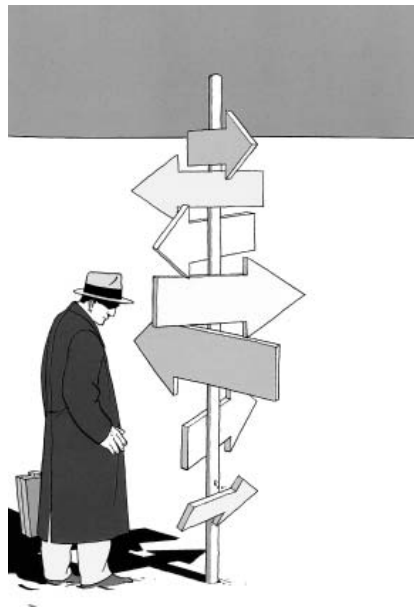
in unterschiedlicher Form betroffen. In diesem Sinne wird vereinzelt um individuelle Lösungen gerungen, je nach Einkommen, sozialem Status und Repräsentanz.

Die vereinzelt Einzelnen können so nie einen gemeinsamen Ausweg finden, nur nach einem individuellen Umgang suchen, mit dieser so als äußerlich erscheinenden Notwendigkeit. Das Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit gegen die alles verwertende Logik festigt sich auf den von Institutionen normiertem Konfliktfeld. Institutionen wie Mieter*innenberatungen, reformistische Kiezinitiativen, das Quartiersmanagement bis hin zu den selbsternannten Politik-Macher*innen von Interventionistischen Linke bis in die Parteien entschärfen dieses Konfliktfeld, da sie ja schließlich für die sozial Schwachen sprechen und sie uns das solange einreden bis wir es schließlich glauben.

In den von etablierten Verhandlungspartnern bestimmten Raum, wird über normierte Handlungen und normierte Sprache eine normierende Lösung geschaffen. Lösungen wie, Bürger*innenbeteiligung, Mietpreisbremse, Miettenvolksbescheid, Millieuschutt, sind so normiert wie die Logik dessen Handschrift sie prägt. Alles kaschiert nur eine Frage die wir noch nie beantwortet haben, weil sie nie gestellt wurde, Reform oder Revolution. Und all das ist Teil der normierenden Ohnmacht, das permanente Vorbeten der Ausweglosigkeit. So ist es nicht verwunderlich, dass obwohl wir in den Metropolen enger, dichter und vernetzter sind als jemals zuvor, wir vereinzelter und verlassenener den je uns dieser Inszenierung des Schicksals unterwerfen. So stapeln sich in den Platten nicht nur die Stockwerke sondern auch die jeweiligen bloßen Existenzen, eben so kalt und leblos wie die Akten die jede Regung des Daseins dokumentieren, kontrollieren, lenken und unterdrücken. Verwaltete, gestapelte, sortierte Objekte von den einige noch ein wenig zucken. „Aussortieren!“

Nicht mehr als ein Funke

Doch wer sind wir? Nicht mehr als ein Körnchen. Die, die sich hier ausdrücken, sind nicht abgrenzbar, nicht zu isolieren, wir sind keine Gruppe, und schon gar nicht ein Haus! Wir, wir sind nicht mehr als eine Position, das ist unser einziger Bezug, diese Position. Uns ging es nie um etwas anderes als diese herrschende Gewalt in all jenen Prozessen zu thematisieren um davon ausgehend Leute dazu einzuladen, eine rein destruktive Haltung zu dieser Realität zu entwickeln. Aus dieser rein destruktiven Haltung dieser Realität gegenüber ergeben sich rein destruktive Handlungen. Sie bilden die Grundzüge eines nicht normierten Konfliktfeldes, ein Konfliktfeld außerhalb institutionalisierter Schlichtungs- und Mediationsverfahren. Wir nutzen unsere Handlungsmacht um die Institutionen zu destabilisieren. Wir nutzen jene Macht die unsere Handlung nicht über das Korsett der Sozialisierung einengt und abschneidet, sondern jene Macht die unsere Handlungen vom Möglichen ableitet. Mittels Handlungen



die bewusst jenseits des normierten liegen, negieren wir die normierten Konfliktlösungen. Uns ging es nie um etwas anderes als die herrschende Gewalt in all jenen Prozessen zu thematisieren und in den Augenblicken der Selbstermächtigung aufzuheben.

Beziehung statt Bezüge die Komposition

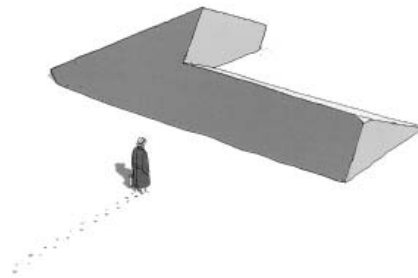
Exemplarisch haben wir nun versucht die jeweiligen Bezüge heraus zu arbeiten, zu verbinden um dann die Eigenschaften dieser Verbindung zu eruieren. Es gibt viele Bezugspunkte und daraus resultierende Antriebsmotive die für den Protest förderlich sind. Als kollektiver Akteur als ein wir findet mensch sich erst im Protest zusammen. Die räumlichen/lokalen, thematischen und politischen Bezugspunkte gingen erst im Rahmen des Protestes, hier um die R94, eine Verbindung ein welche so temporär ist wie der Protest selber. Diese kollektive Identität wird erst im Protest erzeugt und ist nicht dessen Voraussetzung. Uns allen war der Gedanke gemein, allein nichts ändern zu können. Isoliert mit diesem Gedanken verfielen wir in die Tatenlosigkeit einer Depression, oder in die Rastlosigkeit um diesen zu verdrängen.

Wir brauchen also diese Kristallisationspunkte um uns zu finden und die Gemeinsamkeit dieses Isolierten Denkens zu überwinden. Wir brauchen diese Kristallisationspunkte um uns gegenseitig zu ergänzen, nur so können wir in einem höheren Stadium gipfeln und die vereinzelt widerständigen Handlungen in einen Protest zusammen zu führen.

Dies ist der Grund warum es unserer Meinung nach keinen wirklichen schwarzen Juli gab, er endete fast komplett mit der Rückgabe der Kaderschmiede. Es schien keine unmittelbare Notwendigkeit mehr für den Protest zu geben und somit löste sich das entstandene wir auf, die jeweiligen Bezüge verliefen sich im Alltagsgeschehen.

Dadurch das die R94 den Kristallisationspunkt dieser heterogenen Akteure bildet, wurde ihr von unterschiedlichen Seiten ein Status zugesprochen der dem Haus eine Geltungsmacht verlieh, das Handlungsfeld zu definieren. Diese Geltungsmacht ist die Grundvoraussetzung der breiten Solidaritätsaktionen gewesen. Sie speist sich zum einen durch die kollektive Zuschreibung und generiert die Kraft durch die gemeinsame Anerkennung. Ein weiteres Element dieser Geltungsmacht ist der historische Rahmen in dem Riots nach einer Räumung fast etwas rituelles sind und in dem aufgezeigten historischen Bewusstsein verankert sind. Auch darf die Bedeutung Berlins und die weit über die Stadt reichende Vernetzung der jeweiligen Bezüge nicht vergessen werden und darin die Rolle die die R94 und die Kaderschmiede darin selber spielt.

All dies bilden die Anfangsbedingung durch die die landesweiten Soliaktionen auf einen breiten Resonanzboden aufbauen konnten und die Geltungsmacht auf anderen Ebenen temporär bestätigten. Wie eine Deklaration dessen wirkten da die täglichen Mitteilungen aus dem belagerten Haus, die die unversöhnliche Haltung jedes Mal aufs neue zementierten. Der schwarze Juli war eine weitere ergänzende Handlungsaufforderung, darüber hinaus wurden die Nachtschwärmer*innen durch Indymedia Kommentare weiter ermutigt. Die Worte wurden der Welt angepasst und die Welt passte sich den Worten an.



Die Ablehnung einer normierten Konfliktlösung generierte eine Verpflichtung zum Handeln. Keine Scheinlösung, keine Appelle an die Parteien oder Institutionen. Die Notwendigkeit, Gerechtigkeit auf der Straße zu erzeugen, war allen bewusst und prägte die Tage. Kein anderer als die Kämpfenden haben sich diese Aufgabe auferlegt.

In all diesen Handlungen, dem Erzeugen der Gerechtigkeit, kristallisierte sich aus der kollektiven Identität die kollektive Intentionalität. Die sonst so vereinzelt nächtlichen Aktionen wurden kollektiv auf ein Ziel ausgerichtet, erhielten über die Bezüge eine breite Resonanz, so dass ihre Wahrnehmung verstärkt wurde. Der deklarative Akt der zielgerichteten Handlung, ausgehend von einer bewussten Haltung, hin zu einer bewussten Handlung vertiefte die Identifizierung der Handelnden. Sie, die Identität, machte einen qualitativen Sprung, wir identifizieren uns nicht mehr mit etwas, sondern über etwas. Über die Handlung in Solidarität mit den geräumten Projekt. In den Momenten der Handlung wirkt es wie eine Deklaration, wir geben Zeugnis ab Teil eines Kollektivs zu sein die ihr Tun an dieses Gemeinsamen Ziel ausrichtet. Die unmittelbare Notwendigkeit Gerechtigkeit zu erzeugen wurde zum festen Bestandteil eines Selbstbildes in dem die Ignoranz diesem Thema gegenüber fast wie ein Angriff auf die eigene Person wirkte. Das wir welches sich in den kurzen Nächten und den langen Tagen ausdrückte, war kein abgrenzbares, isoliertes wir, kein wir einer Organisation. Es ist das wir einer Position, in dem wir Einzelinteressen verlassen, uns auflösen in dem wir uns verbinden.

Beziehung statt Bezüge nur weil ich dich nicht kenne, kann ich dich so nehmen wie du bist

Wer irgendwo im beschissenen Bundesgebiet im Rahmen dieses Kollektivs handelte, sah sein Handeln nicht mehr bloß als ein individuelles, es war Teil eines kollektiven Tuns und dieses Tun wurde deshalb als unser Tun begriffen. Über diese intendierten Handlungen, ergänzt durch gesteigerte Sichtbarkeit und Hörbarkeit, erhielt der sonst vereinzelt stattfindende Regelbruch einen gemeinsamen Kontext und verstärkte sich so selbst. Das Kribbeln beim täglichen Öffnen von Indy, das „wir haben die Schmiede

zurück bekommen“, das „zwei von uns sind eingeknastet doch gemeint sind wir alle“, all das sind mit Erinnerungen und Gefühle verbundene Ausdrücke eines Kollektivs das sich über die Solidarität gegen die Räumung bildete. Es waren vereinzelte Akteure die im Schatten der Nacht unabhängig voneinander agierten, sich nie begegneten, aber sich in der Gemeinsamkeit des Schaffens wiederfanden ohne von einander wissend, doch umeinander bangten. Nur in dieser Intimität konnten wir einander das anvertrauen was es jenseits der tagelangen Schatten der Nacht nicht gibt, die Angst, die wir nur überwältigen können weil wir sie teilen.

Jeder ausgelöste Protest ist singulär, zeitlich, räumlich und inhaltlich einmalig.

Doch die Proteste, Aufstände und Revolten geschehen, lassen sich weder vorhersagen noch erzeugen sie sind aufflammende Tatsachen, jenseits einer Gesetzmäßigkeit. Es gibt keine historische Notwendigkeit! Auch wenn wir nicht wissen wann wo und warum, so können wir uns sicher sein das es passiert und uns auf diese Tatsache vorbereiten, uns in den Momenten einordnen und Partei ergreifen, die Moral gegen ein Empfinden eintauschen, uns über etwas zu identifizieren.

Wir haben den zum Scheitern verurteilten Versuch unternommen, die Struktur welche sich hinter dieser aufflammenden Tatsache verbirgt zu skizzieren um daraus nun Analogien abzuleiten und ein mögliches Grundgerüst erahnen lassen. Entgegen aller Vermutungen haben uns abgebrannte Autos noch nie interessiert, wir interessieren uns für die Struktur dahinter.

Zunächst denken wir, dass ein historischer Rahmen notwendig ist, ein Diskurs der bestimmte Konflikte und Themenfelder mit einem gemeinsamen Gefühl der Stärke verbindet. Einige Kämpfe verfügen über diesen historischen Hintergrund, doch kann dieser Hintergrund

erzeugt und neu geschaffen werden, er ist eben selbst historisch. So können wir dies bei den Geflüchteten Protesten beobachten. Darüber hinaus bedarf es unterschiedliche Bezüge, die an einem Punkt zusammenlaufen, eine kollektive Identität bilden, und so dem Konfliktpunkt eine Geltungsmacht zusprechen. Die Geltungsmacht ist kein ausschließlich plurales Moment, so wird sie zum Beispiel bei jedem eruptiven Aufstand in den Bounlieus geschaffen. Die marginalisierten Jugendlichen, die nicht gehört werden, besitzen zunächst keine Geltungsmacht. Erst durch die hunderte abgefackelter Autos und Schulen

oder halb verbrannten staatlich gedeckten Prügeltrupps werden sie gehört. Die von den Bezügen zugesprochene oder eben selbst angeeignete Geltungsmacht verleiht dem Konflikt eine soziale Relevanz durch die sie im gesellschaftlichen Kräftefeld eintaucht, dies mitgestaltet. Es entsteht ein Resonanzboden über dem das Geschehen wahrnehmbar wird. Dies ermöglicht es den Protagonist*innen das Konfliktfeld zu definieren. Um einen progressiven Kampf führen zu können, ist ein nicht normiertes Konfliktfeld von Nöten das zum einen die Notwendigkeit zum Handeln erzeugt, zum anderen die Institutionen bewusst destabilisiert. Eine Selbstverstärkung der Aktionen findet in einem Wechselspiel von der unmittelbaren Notwendigkeit, kollektiver Intentionalität und der Rückkopplung von Aktionen statt.



Es braucht keine Räumung um zu Handeln, wir brauchen diese Anlässe lediglich um zusammen zu kommen. In diesen Zeiten ist alles legitim, alles taktisch was der Strategie dient uns zu verbinden.

beginnen wir eine intime Beziehung mit einer unversöhnlichen Position leben wir monogam!

Freiheit für Thunfisch

Am Montag Mittag den 21.11.2016 wurde erneut eine Person (gegen die im Zusammenhang mit der Demo am 09.07. „Rigaer94 verteidigen – Investor*innenträume platzen lassen!“ ermittelt wird) in Münster verhaftet. Sie verhaftete Person, Thunfisch, wurde zunächst in die JVA Bielefeld-Brackwede gebracht und anschließend in die JVA Hannover verschleppt. Sie ist jetzt im Frauengefängnis in Berlin Lichtenberg. Die Verhaftung von Thunfisch reiht sich in eine seit Monaten andauernde Repressionswelle, in deren Verlauf Aaron und Balu in Untersuchungshaft gesperrt worden und es unter anderem in Berlin am 26.10.2016 zu 13 Hausdurchsuchungen kam.

Der Staat schlägt im Moment enorm um sich, zu welchen Mitteln Staatsanwält*innen, Richter*innen und das Berliner LKA noch greifen wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Fakt ist das der Ermittlungsdruck aktuell sehr hoch zu sein scheint. Dass eine Person aus Münster in eine JVA in Berlin auf Ersuchen von Berliner Behörden überstellt wird, untermauert nochmals die Vermutung das die Berliner Bullen und ihre vorgesetzten in Staatsanwaltschaftsposten alles daran setzen Nägel mit Köpfen zu machen.

Es gab auch mehrere Solidaritätsaktionen. Eine solidarische Gruppe schrieb:

„Freiheit für Thunfisch - Am Montag den 21.11.16 wurde unsere Genossin Thunfisch in Münster festgenommen. Nach Aaron und Balu ist sie die dritte Person, die die Schweine im Zusammenhang mit der „Rigaer 94 verteidigen – Investor*innenträume platzen lassen“-Demo eingeknastet haben. Die Büttel um Staatsanwältin Sadri-Herzog versuchen seit der Demo verzweifelt vermeintliche Schuldige, die an den Ausschreitungen an diesem Tag beteiligt waren, zu präsentieren, um somit die Menschen, die sich gegen Verdrängung aus ihren Wohnungen und Kiezen wehren, zu kriminalisieren und einzuschüchtern.

Um unserer Wut darüber Ausdruck zu verleihen und ein kleines Zeichen der Solidarität an Thunfisch und alle anderen Gefangenen zu senden, haben wir in der Nacht zum 24.11 die Hauptanstalt des Berliner Frauenknasts mit Farbflaschen markiert.

Zeigen wir Thunfisch, dass sie nicht alleine ist!
Begleitet die Prozesse!
Werdet aktiv!“

Zum Abdruck der Habibi-Erklärung und den Spannungen in Exarchia

anonym:

Zunächst Mal fanden wir es gut, die Erklärung der Bewaffneten Miliz Gruppen zur Hinrichtung des Mafiosi Habibi in Athen, im Autonomen Blättchen #26 in Papierform vorzufinden. Der Text hat ja bereits für viele Diskussionen gesorgt, deren öffentlich wahrnehmbarer Teil, in den Linksunten Kommentaren und in einer Friedrichshainer Lokalzeitung, nicht die nötige Vertiefung erkennen lässt, die mit der Tötung eines Menschen durch revolutionäre Gruppen einhergehen sollte.

Der Machtverlust des Staates hat im Athener Stadtteil Exarchia ein Machtvakuum geschaffen, dass als seltenes Versuchslabor bezeichnet werden kann, um zu erforschen was sich aus anarchistischen Strömungen in der Gesellschaft entwickelt, wenn sie ansatzweise erfolgreich verlaufen und auf ein geschwächtes System treffen. Das Viertel wird seit langem als Wohnort, Lebensmittelpunkt oder Kampfbasis von antagonistischen Individuen und Zusammenhängen genutzt. Spätestens mit dem Aufstand im Dezember 2008 schien alles möglich.

Doch die jetzigen Spannungen im anarchistischen Raum kündigten sich bereits im Mai 2010 an. Die Toten in der Marfin Bank beim Generalstreik führten zu hitzigen Debatten über den Einsatz von Gewalt. Verkürzt gesagt, warfen Sozial-Anarchist*innen dem nihilistischen Flügel einen verantwortungslosen Umgang mit Gewalt vor, beide Lager entfernten sich voneinander. Zusätzlich brach ein Generationenkonflikt aus, denn die sozialen Anarchist*innen waren oft älter als das Milieu aus dem die Verschönerung der Feuerzellen agierte.

Einige anarchistische Zusammenhänge sahen mit den Wahlerfolgen von SYRIZA die Möglichkeit gekommen, tatsächlich die Gesellschaft zu verändern, während andere Tendenzen weiterhin jeder Partei feindlich gegen-

über stehen. Diese Tendenzen prallten am 06. Februar 2015 in Exarchia aufeinander, als wenige Tage nach der Regierungsübernahme von Syriza ein Streifenwagen in das Viertel fuhr (was seit Jahren nicht mehr vorkam), und direkt von Menschen angezündet wurde; die Besatzung konnte flüchten weil sich ältere „Anarchisten“ einmischten. Das besetzte Soziale Zentrum VOX veröffentlichte einen bösen Text, in dem sie den Angreifer*innen auf die Streife Hooliganismus und Mackertum ohne politische Motivation unterstellten. Es folgten weitere Texte und Gegentexte auf Indymedia Athen und Nikos Maziotis schrieb aus dem Knast eine scharfe Verurteilung gegen die Position des Vox Kollektivs.

Seit dem Frühjahr 2015 finden in Exarchia fast wöchentlich Angriffe auf die Bullen statt, die an drei Positionen um das Viertel postiert sind. Im Gegensatz zu den Vorgängerregierungen, die offen terroristisch auf Unruhen im Kiez reagierten, hat Syriza den Bullen Zurückhaltung befohlen. Die Linken können keine Eskalation beim Umsetzen der Troika Diktate gebrauchen. Der Preis dafür ist ein Machtvakuum in Exarchia, wo der Staat nur noch selten mit Großaufgeboten präsent ist. In diesem Raum sind Typen wie Habibi entstanden, die den u.a.

von jugendlichen Bezugsgruppen und einer staatsfeindlichen Stimmung der Bewohner*innen gehaltenen Freiraum für ihre Tätigkeiten nutzen. Dagegen haben sich „echte“ Anwohner*innen Versammlungen gebildet, die mit tatsächlichen linksradikalen Strukturen, zu denen auch Teile der Vox Nutzer*innen gehören, kooperieren. Eingeklinkt haben sich aber auch Kreise, die für Syriza die Ordnung herstellen wollen, um selbst mehr Raum für ihre Sachen zu haben. Diese Leute betreiben pure Machtpolitik, wobei tatsächlich niemand gegen die Vertreibung der Mafia ist, jedoch die Art und Weise an polizeiliche Repression erinnert. Inzwischen zirkulieren Texte, die den jugendlichen Riot Teams eine anarchistische Motivation absprechen und diese in die Nähe von Hooligans,



Dealern und Schutzgelderpressern rücken. Unterschrieben sind diese Erklärungen, teilweise auch gegen Süchtige und Fressbuden, denen eine Nähe zu den Jugendlichen unterstellt wird, mit den selben Parolen wie die Habibi Hinrichtungserklärung. Es werden Ultimaten gestellt sich zu entscheiden auf welcher Seite man steht. Eine verhängnisvolle Entwicklung, die nur dem Staat nützt und auch schon zu körperlichen Konfrontationen führte.

Der folgende Text ist übersetzt von <http://actforfree.nostate.net/?p=25385> und zeigt die Konfliktlinien auf:

„Einige Worte bezüglich des Bekennerschreibens zur Hinrichtung des Mafiosi Habibi in Exarchia (Athen)

Weil schon vieles gesagt wurde und noch mehr gesagt werden wird, hätte ein weiterer Text voll mit Lob oder Aphorismen nichts hinzuzufügen oder anzubieten.

Deshalb, wegen der jüngsten Ereignisse, wird hier nur über etwas geschrieben werden, was für das Davor, die Gegenwart und das Danach einer Situation für nötig erachtet wird, die nicht nur den Platz (Anm. d. Ü: Platia Exarchion) und die Leute dort betrifft, sondern uns alle. Öffentlich und offen, ohne Individuen und Projekte bloß zustellen oder zu verleumden. Und natürlich nicht mit großer Leichtigkeit und Arroganz wie es sonst üblich ist.

Was in dem Gebiet von Exarchia (und nicht nur dort) mit Dealerei und Mafia vorgeht, ist seit Jahren Allgemeinwissen. Und wirklich, etwas musste zu diesem Thema geschehen von Seiten des anarchistischen/ anti-autoritären Milieus, weil wir nicht die Augen verschließen können zu solch einer korrupten und entwürdigenden Situation.

Es ist definitiv ein Elend und vieles muss sich verändern und das kann natürlich keinesfalls schmerzfrei und friedlich passieren. Was auch immer für Uneinigkeiten bestehen, den Umgang betreffend und individuelle oder weniger individuelle Einstellungen dazu, Verhalten und Denkweisen bezüglich dieses Vorgangs, sind sie mitnichten uninteressant und auch nicht geeignet für den kannibalistischen Appetit in öffentlichen Foren der Unverantwortlichkeit.

Zunächst Mal ein vielleicht offensichtliches Eingeständnis: Niemand war traurig über Habibi's Tod. Die wohl-tätigen Empfindsamkeiten über einen Mord und den Verlust eines menschlichen Lebens sind einfach Stimmen aus dem Wohnzimmer und dissonante Stimmen, vielleicht sogar gezielt. (Das Wer, Wie und Warum getötet wurde und ob das irgendwo hin führt, ist natürlich ein anderer Bestimmungsfaktor, der interne Diskussionen einer Bewegung verlangt). Um es freundlich auszudrücken: jeder



Habibi wird nur von seinen Bossen vermisst werden, namentlich dem Staat und der Mafia.

Wie auch immer, um nicht das Naheliegendste zu vergessen, müssen wir einige Sachen klären. Wir kommen dafür zu dem Bekennerschreiben... Jenseits einiger genereller und oberflächlich formulierter Positionen, die scheinbar geschrieben wurden um Unterstützung oder Sympathie von Anarchist*innen hervorzurufen, ist der Text voll mit autoritären Einstellungen, die sich auf Regime und Funktionen beziehen, die jedem Anarchist fremd sind, fremd zu jeder Bedeutung des Wortes Befreiungsbewegung. Seit wann besteht so eine Logik als Teil des politischen (mit oder ohne Anführungszeichen) Kampfes?

Welcher Anarchist oder Kommunist kann sich offenen Drohungen mit dem Gebrauch von Gewalt im Fall von Ungefügigkeit gegenüber Anweisungen nah fühlen? Und zwar keinen Drohungen gegen den Staat, nicht gegen Faschisten oder Richter, Medien, Verrätern oder Bullen, sondern gegen Drogensüchtige und gewöhnliche Kiffer. Wie kann jemand denken, dass er/sie durch einen Diskurs von Werten repräsentiert wird, der die gewaltsame Vertreibung von Süchtigen als Option favorisiert oder die psychisch Kranken mit Mördern gleichsetzt?

Ist es legitim zu ignorieren, dass der Staat die Spaltung der Bevölkerung in soziale Lager anstrebt und die Marginalisierung der „Unruhigen“, die das Bild der effizienten, funktionalen und glänzenden – also heuchlerischen – Gesellschaft verzerren? Wie können wir nicht die staatlichen Methoden wahrnehmen, die benutzt werden um „Kriminelle“, Gesetzlose und „Psychos“ unumkehrbar zu stigmatisieren und sie in Knästen und Psychiatrien verenden zu lassen, wo sie in der Vergessenheit vergehen, ohne die in vielen Fällen nötige Behandlung? Welche/r Anarchist*in erkennt nicht, dass letztendlich Süchtige und psychisch Kranke selbst die Opfer des Kapitalismus sind?

Um es auf den Punkt zu bringen, die leichtfertige Benutzung von Ausdrücken wie „paranoid“, „psychotisch“ und sogar ihre Verbindung mit „Mördern“ und „Abschaum“ sind Verbindungen, die von Autoritäten und allen Sorten von Herrschern benutzt werden, entweder durch Ignoranz weil dieses Profil eines psychotischen, blutrünstigen Mörders auf extrem geschickte Weise ins Bewusstsein gebracht wurde, hauptsächlich durch die Medien, die die Wirklichkeit bezüglich psychotischer Krankheiten entstellen. Oder mit Absicht, indem Drogensucht, Medikamente und die Ruhigstellung von Süchtigen und Opfern ein weiteres Unterdrückungsinstrument des Staates sind.

Gibt es einen anarchistischen revolutionären Wertekodex, der diese ungezwungenen, beispiellosen und diskriminierenden Verallgemeinerungen durch ungebetene Erlöser und Sachwalter einer harten stali-

nistischen Logik (im besten Fall), tolerieren kann?

Aber auch betreffend der Verweise auf „anti-sozial“ und „undiszipliniert“, wer definiert den Rahmen, in dem anarchistische Interaktion und Aktion als (nicht) verwerflich gilt? Wer definiert den Rahmen anarchistischer Disziplin? Wer kann denken das es eine zentrale Ausrichtung gibt oder einen Pfad, außerhalb dessen jemand als undiszipliniert charakterisiert wird und als solcher behandelt wird?

Aber die Problematik des Bekenner-schreibens endet nicht hier ...



Es gibt keine logische Gedankenbasis um die Bedingungen in Exarchia mit denen der IRA oder der Türkei zu vergleichen, auf die das Schreiben Bezug nimmt, weil diese Beispiele tief verwurzelte Bewegungen betreffen, die im Krieg mit ihrem Staat sind.

Wenn wir ehrlich sein wollen, sollte vielleicht jeder Vergleich als unverhältnismäßig und falsch platziert betrachtet werden ... Außerdem betrifft dieses Problem nicht nur die Platia, sogar nicht nur das weitere Gebiet von Exarchia. Wir können nicht einfach davon sprechen einen Kiez „zu befreien“, weil auf diese Art lediglich eine Verschiebung und keine Lösung des Problems stattfinden wird.

Und wenn man die Sache näher betrachtet, können wir nichts anderes als verärgert sein durch die früheren „Säuberungsversuche“ der Ladenbesitzer und angeblichen Anwohner (Großgrundbesitzern) der Gegend, was nicht so eklatant wäre, sind sie doch in dem Rahmen einer Logik, die für den Staat und die Wirtschaft zweckmäßig ist...

Alle – oder fast alle – von uns, stimmen zu, dass da wirklich Angelegenheiten sind, entweder gelegentlich oder eher dauerhaft, mit Individuen, Verhalten und Einstellungen, die irrtümlicherweise in unserer Bewegung gedeihen, aber auch generell auf unserem Lieblings Platz, genauso wie in dessen Umgebung.

Aber dies zu begreifen ist der einfache Teil, entweder auf die „akademische“ Weise zu Gunsten der Analyse selbst, oder begleitet von einer Handlung durch die individuelle

Erkenntnisse entstehen. Wie auch immer selbst wenn dies den zweiten Fall betrifft, sind sie nutzlos ohne essenzielle Gegenvorschläge oder wenn sie von vagem Gerede begleitet werden. Wenn es zudem keine fundamentale Analyse zu Situationen wie psychischen Erkrankungen gibt und die Analyse eine Scheinbewertung nicht überschreitet – so wie, eine paranoide Person ist ein Mörder und ein Mistkerl- eine Bewertung/Beurteilung die mit der der Autorität selbst übereinstimmt, als auch der Großteil der Gesellschaft, welche sie entweder aggressiv oder passiv, wie Parasiten und gelegentlich als Feinde behandelt.

Niemand ist für das Tolerieren der Mafia, auch nicht für die Hooliganisierung unserer Aktionen. Aber zwischen dieser Position und der extrem hierarchischen und beherrschenden Logik der Verfasser*innen dieses Bekennerschreiben, ist eine massive Lücke. Welcher revolutionäre Plan der Organisation wurde jemals in dieser autoritären Sprache ausgedrückt? Im Namen welcher Revolution werden diffuse Drohungen mit roher Unterdrückung entfesselt? Welche Art der Anarchie spricht wie ihre Abrechnungen?

Wenn wir etwas politisch oder menschlich nicht mögen, kämpfen wir um es zu verändern oder abzuschaffen. Aber zu welchem Preis? Mit welchem Inhalt? Ist der Zweck durch alle Mittel oder Instrumente bedient die ihm entsprechen, ganz egal was die persönlichen Kosten sind? Sind wir Menschen oder Roboter? Wenn der politische und wertvolle Inhalt uns so eklatant unbekannt ist, dann ist entweder die Qualität verloren gegangen, während man den Zweck verfolgt hat, oder sie existierte nie. Die Vorschläge, Logiken, Pläne und das Bewusstsein, dass dadurch entsteht oder ausgedrückt wird, das ist es was brennt...

Es ist dort wo du sehen kannst ob Worte oder Taten sich stetig/beständig in die Richtung anarchistischer Befreiung bewegen oder ob sie andererseits Logiken ausdrücken die dem absolut fremd sind.

Während wir manchmal denken, dass unser Problem außerhalb von uns ist, ist es eigentlich in uns oder um uns herum.

Stärke uns allen. Krieg gegen Mafia und Autorität.“

Revolte im Lager Morai, Lesbos

Am Montag, dem 24.10. haben erneut Geflüchtete gegen die Zustände im Lager Moria auf Lesbos, Griechenland, revoltiert. Dabei wurden sechs Büros des EASO abgebrannt. Sie warten teilweise seit Monaten ohne Antwort auf die Ergebnisse ihrer Asylanträge.

Im September ist das Lager zu großen Teilen abgebrannt. Dem ging ein Hungerstreik der Geflüchteten gegen die Bedingungen im Lager voraus, der in Kämpfen

zwischen den Bewohner_innen und mit der griechischen Polizei endete.

Momentan leben über 4000 Menschen in dem Militärlager, das von außen mit den mit NATO-Draht versehenen Zäunen aussieht wie ein Gefängnis. Das ist mehr als das doppelte als die Zahl, für die das Lager eigentlich ausgelegt war. Die Bewohner_innen leben zum Teil in Campingzelten, zum Teil in Zelten mehr als zwanzig Personen

aneinandergereiht ohne jede Privatsphäre. Einzelne schlafen wegen der Enge sogar im Freien.

Bei der Essensausgabe müssen sie zum Teil zwei Stunden anstehen und es gibt Berichte über verdorbenes Essen, dass bei Hunderten zu Übelkeit geführt hat.

Vor Kurzem wurde das Wasser im Lager für mehrere Tage abgestellt, sodass die Toiletten und die Duschen nicht benutzbar waren.

Auch der kommende Winter bereitet große Sorgen - im letzten Winter hat es geschneit, und sie wissen nicht, ob sie weiter in ihren völlig ungeeigneten Zelten bleiben müssen.

Nach dem Camp ist vor dem Camp

Das No Border Camp als eine mögliche Antwort auf die herrschenden Zustände

Wir* betrachten die aktuelle politische und gesellschaftliche Situation als eine „historische Situation“.

Historisch heißt für uns, dass wir den „langen Sommer der Migration 2015“ als eine Art Ausgangs- vielleicht sogar Wendepunkt Punkt in einer Entwicklung von Abschottung und zunehmendem Nationalismus/Totalitarismus bewerten, auch wenn diese Entwicklungen nicht isoliert zu betrachten sind, sondern im Kontext der Geschichte der letzten Jahrzehnte.

Historisch heißt für uns auch, dass wir unsere Handlungsmöglichkeiten von Tag zu Tag, von einer Gesetzesverschärfung zur nächsten, mit jedem neuen Zaun, schwinden sehen.

Wenn wir also der sich immer mehr zementierenden Festung Europa nicht jetzt etwas entgegen setzen, so werden wir bald zurückschauen und bedauern, die Wichtigkeit der Situation nicht erkannt zu haben.

Wir haben uns entschieden auf das No Border Camp in Thessaloniki zu fahren. Wir sahen die Chance, mit vielen Menschen zusammen zu kommen und in einem transnationalen Austausch vielleicht ein Stück weit zusammen eine Antwort emanzipatorischer und freiheitlicher Bewegungen innerhalb der europäischen Mauern zu „formulieren“. Wir hatten viele offene Fragen und die Hoffnung, gemeinsam aus der Hilf- und Ratlosigkeit gegenüber der von uns als so historisch empfundenen Zeit herauszukommen.

Griechenland und seine Grenzen in jegliche Richtungen schienen uns ein strategisch sinnvoller Ort zu sein, an dem wir unsere Kämpfe temporär bündeln und uns sichtbar und in großer Anzahl erheben könnten. Die Idee des Camps beinhaltete für uns demnach auch, gemeinsam in Aktion zu treten, einen - wenn auch nur symbolischen, so aber doch massiven - Angriff auf die Infrastruktur des Grenzregimes und die Zäune selbst zu starten.

Aus unserer eigenen Position heraus, also aus dem Inneren der Festung, von Leuten mit europäischen Pässen und

weiteren Privilegien, galt es für uns, die Festung Europa von innen anzugreifen.

Angekommen vor Ort.

Intransparenz, Autorität und keine Selbstorganisation

Angekommen auf dem Unicampus in Thessaloniki, begannen wir zu versuchen, die Situation vor Ort nachvollziehen zu können - ein Zustand, der uns von nun an verfolgen würde und aus dem wir bis zum Ende des Camps nicht mehr herauskamen. Es waren noch sehr wenige Leute angereist, das eigentliche Camp noch nicht gestartet und das abends stattfindende Plenum wurde größtenteils in griechisch gehalten. Verstanden haben wir somit wenig, klar war jedoch, es gab Streit innerhalb der Camporga. Wobei wir, wenn wir im Verlauf dieses Textes von Camporga schreiben jene meinen, die für uns offensichtlich als solche zu erkennen waren.

Ab diesem Abend wurden wir das Gefühl von Intransparenz, autoritärem Auftreten der Camporga und einer fehlgeschlagenen Selbstorganisation nicht mehr los.

Wo liegen die Konfliktlinien?

Was hat es mit der Abspaltung einer der Gruppen aus der Orga auf sich? Was für Gruppen sind überhaupt vor Ort? Wer gehört wohin?

Unser eigenes Handeln beruhte in den nächsten Tagen immer wieder auf Unwissenheit und eigenen Deutungen des Geschehens, vieles war uns unklar und das ständige „verstehen wollen“ hat uns viel Zeit und Energie geraubt. Aber dazu später mehr.

Ein paar Tage später waren auf dem Camp dann ca. 1500 Menschen aus verschiedenen Ländern und Spektren. Das war sehr erfreulich. Gab es doch die Befürchtung, dort hauptsächlich mit Deutschen zu sitzen. Eine breite Beteiligung vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen versprach eine große Chance auf ein Zusammenkommen für Auseinandersetzungen und Gegenstrategien – mit all seinen Konflikten und Widersprüchen der spektrenübergreifenden Zusammenarbeit. Eine deutsche Hegemonie war dennoch sowohl in Bezug



auf die Anzahl der Leute als auch auf das Auftreten und Diskussionsansätze stark zu spüren.

Auffällig war ebenso, dass nur wenig griechische Genoss*innen vor Ort waren und wir vergebens nach vielen unserer anarchistischen Genoss*innen Ausschau hielten. Auch waren viele Geflüchtete vor Ort, was generell sehr erfreulich ist, so wie es jedoch konkret gelaufen ist, betrachten wir dies zugleich sehr kritisch und problematisch, auch dazu später im Text mehr.

Die Diskussionen.

Von großer Bedeutung innerhalb der Diskussionen vor Ort war der Austausch und die Vernetzung der verschiedenen No Border- Strukturen der sogenannten Balkanroute. Es gab viel Raum und intensive Auseinandersetzungen unter den unterschiedlichen Gruppen. So kam es zu neuen Vereinbarungen, gemeinsamen Projekten und der Intensivierung von Organisationsprozessen. Das ist gut und wichtig, reicht jedoch nicht aus.

Wir sehen es als ein politisches Scheitern, sich nur mit Folgen der Fluchtbewegungen zu beschäftigen. Uns haben inhaltlich scharfe Diskussionen über politische Strategien für transnationale Kämpfe gegen die staatliche Ordnung gefehlt, um einer Welt der Freiheit Aller näher zu kommen.

Uns reicht es nicht darüber zu diskutieren, wie wir Menschen supporten können, am Grenzzaun vorbei zu kommen. Stattdessen muss es das Ziel sein, den Grenzzaun und somit das Grenzregime anzugreifen. Diese Diskussionen hatten jedoch keinen Raum.

So bitter das auch ist, lediglich die durch den Putschversuch in der Türkei spontan auftretenden Diskussionen, die sich über mehrere Tage zogen, haben wir als sehr selbstbestimmt und tiefgehend erlebt, unabhängig des offiziellen Programms.

Die Aktionen.

Von der Camporga geplant und somit offiziell angekündigt, waren mehrere Aktionen über den gesamten Campzeitraum hinweg. Ein Protest an den detention centers in Paranesti und Xanthi, eine „Migrant's Pride“-Großdemo in Thessaloniki selbst und ein Ausflug an die griechisch-türkische Grenze um an dem Evros-Zaun zu protestieren.

Beginnen wir also mit dem Ausflug zu den Detention Centern am Mittwoch. Prinzipiell gab es auf dem Camp und den Vollversammlungen- auch für diesen Tag- viel zu wenig Infos über bevorstehende Aktionen, eine angemessene Vorbereitung wurde so systematisch erschwert.

Angekommen in Paranesti, einem völlig isoliert liegenden Dorf in den Bergen Nordgriechenlands, beschränkte sich der Protest auf ein Rumstehen vor den Bullen, ohne Sichtkontakt zu den Häftlingen, lediglich eine Soundanlage wurde aufgebaut. Nach undurchsichtigen „Verhandlungen“ konnte eine 20köpfige Delegation (Ärzt*innen, Anwalt*innen) den Knast betreten, um danach von der Situation drinnen zu berichten.

Im Anschluss daran ging es zurück zu den Bussen, es gab Essen, um danach die Fahrt nach Xanthi fortzusetzen. Die zuvor engen Bullenreihen öffneten sich und die Busse fuhren genau jene Straße entlang, die zuvor für uns gesperrt war, direkt an dem Knast vorbei. Alles schien vorher vereinbart, ein abgekartetes Spiel. Das sollte er also sein, der angemessene Protest eines No Border Camps?

Ein zweiter Anlauf dann in Xanthi. Der Abschiebeknast dort liegt auf dem Gelände einer Bullenakademie. Im Unterschied zu davor entwickelte sich hier eine Dynamik. Eine selbstorganisierte Stimmung, in der Zäune aufgemacht, gesprüht und Dächer erklommen wurden.

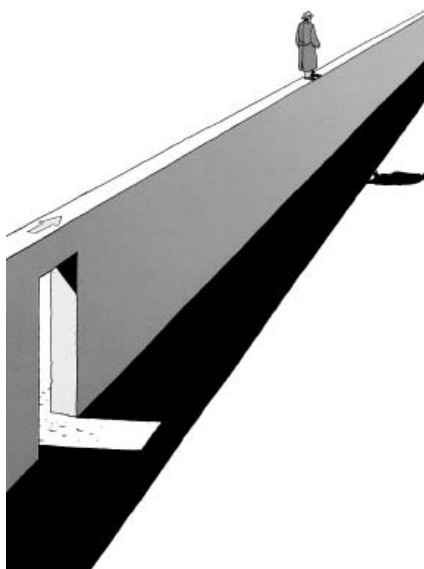
Es gab einen Angriff auf die Bullen und es ist gelungen, sich in Sicht- und Hörweite zum Gebäude zu positionieren. Insassen waren an den Fenstern zu sehen, Rufe und Parolen waren zu hören, bis Wärter die Rolläden schlossen und so jeden Kontakt verunmöglichten.

Die entstandene sehr positive Dynamik, hat sich am nächsten Tag fortgesetzt. Schon am morgen wurde das Büro der IOM (International Organization of Migration) angegriffen. Wir verweisen an dieser Stelle auf einen Text im Autonomen Blättchen Nr. 26 „Von Aktionskontrollen, Aktionsaboteuren und Aktionssimulanten“, in der wir unsere Freude über diese Aktion wiederfinden.

Nachmittags folgte dann die „Migrant's Pride“-Demo und auch am Abend waren scheinbar Menschen motiviert, in Aktion zu treten. Es sollte jedoch anders kommen. Was genau passiert ist, lässt sich vermutlich nicht mehr rekonstruieren, auf der general assembly am nächsten Abend wurde jedoch einiges deutlich.

Zuvor jedoch wollen wir nicht vergessen, dass am Freitag eine Demo mit etwa 500 Menschen durch Thessaloniki lief. Diese Demo war zuvor nicht von der Camporga geplant, sondern entstand aus den erwähnten spontanen Diskussionen bezüglich des Putschversuches in der Türkei.

Abgesehen von Parolen in verschiedenen Sprachen („Weder Militärputsch noch Diktatur“) war die Stimmung bei vielen eher verhalten bis deprimiert. Die vorgesehene Route am türkischen Konsulat vorbei blockierten die Bullen mit 2 MAT- Bussen kurz vor Ende, sodaß die Demo in eine kleine Seitenstraße abbiegen musste.



Zurück zu der Assembly am Freitag Abend:

Die Camporga verhinderte am vorherigen Abend also eine Aktion. Mehr wurde nicht verraten: Es hätten sich Menschen versammelt um eine Aktion durchzuführen und diese seien erfolgreich von der Camporga daran gehindert worden. Dafür hat die Camporga keinerlei Legimitation! Ihr autoritäres Auftreten wurde für uns hier in voller Absurdität deutlich.

Während der Assembly wurde u.a. durch die Orga die Ansicht vertreten, Aktionen könnten nur nach vorheriger Absprache mit der general assembly stattfinden. Dies würde jedoch dazu führen, dass manche Aktionen schlicht nicht stattfinden können - da eine vorherige Offenlegung sie verunmöglichen würden. Auch hier verweisen wir auf den Text im Autonomen Blättchen. Die Forderung ist zudem eine Farce, schien doch die geforderte Absprache nicht für alle Campteilnehmer*innen gleichermaßen zu gelten - so waren Beyond Europe Aktionen keinesfalls vorher abgesprochen mit allen, was jedoch von niemandem kritisiert wurde.

Ebenfalls irritierend auf der Assembly war für uns, dass den Menschen der geplanten Aktion unterstellt wurde, sich keinerlei Gedanken um mögliche Folgen ihrer Aktion, sowie die Sicherheit des Camps zu machen.

Wir stimmen zu, dass es wichtig ist, sich bei jeder geplanten Aktion ausführliche Gedanken bezüglich der Campsicherheit zu machen. Wir halten es jedoch für eine Unterstellung, ohne es wissen zu können, davon auszugehen, dass dies nicht geschehen ist. Wir für unseren Teil gehen hingegen erstmal positiv davon aus, dass sich verantwortungsvoll Gedanken gemacht wurde.

Die Autorität der Camporga wurde auf der assembly nicht nur in dem als Erfolg dargestellten Verhindern einer Aktion deutlich, sondern insbesondere in dem daraus folgenden Umgang mit der Situation.

Zwischenzeitlich stand im Raum- und das nicht nur als Gerücht sondern als konkretes Vorhaben von zumindest Teilen der Camporga- das Camp vorzeitig zu beenden. Transparent gemacht wurden diese Überlegungen nicht, so war es doch ein wenig verwunderlich, als sich Menschen der NoBorder-Küche auf das Plenum stellten mussten um zu verkünden, dass sie bis zum Ende des geplanten Camps kochen werden. Auch die Orga hatte letztendlich beschlossen, das Camp doch nicht abzubauen, auch wenn die Bühne bereits abgebaut wurde, das Abschlusskonzert abgesagt und kein Wort über all das verloren wurde.

Am Ende der Assembly wurde dann noch kurz über den folgenden Tag gesprochen, an dem der geplante Protest an der griechisch-türkischen Grenze stattfinden sollte. Die Stimmung war angespannt, die Berichte zu der geplanten Aktion unmotivierend bis abschreckend.

Nicht verwunderlich also, dass bei dem Ausflug am nächsten Tag nur sehr wenige Menschen mitfuhren.

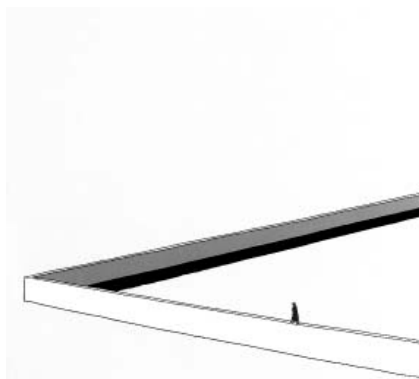
Auch hier hinterließ das autoritäre Aktionskonzept einen schalen Beigeschmack. Wie zu erwarten stoppten die Bullen die Busse weit entfernt vom Zaun. Es folgten wenige Sekunden eines Gehaue mit den Bullen und dann sollte wieder gefahren werden. Es wirkte auf uns wie ein abgekartetes Spiel, in dem die Regeln schon gesetzt waren. In dem man als Aktivist*in eine Statistenrolle einnehmen sollte und weggefahren wurde, sobald die Fotos im Kasten waren. Davon zeugen z.B. auch Kommentare wie „Es jetzt mal gut sein zu lassen“ um eine sonstwie geplante „Massenaktion“ nicht zu gefährden.

Auch wenn ein Großteil der mitgefahrenen Menschen noch diskutieren wollte, was anschließend noch als Aktion stattfinden konnte, wurde beschlossen zu fahren. Beschlossen, in dem einfach die ersten schon in die Busse stiegen und die noch Diskutierenden in der Abgaswolke zurückgelassen wurden. So werden also Fakten geschaffen.

Kritik an autoritären Strukturen auf dem Camp.

Im Aufruf zum Camp aus Thessaloniki war angekündigt, ein Camp mit selbstorganisierten, horizontalen und direkt-demokratischen Strukturen und Abläufen aufbauen zu wollen. Soweit der Anspruch. Leider war davon in vielerlei Hinsicht nicht viel vorhanden. Dies verfehlte grundsätzlich gesehen, nicht nur den Anspruch an ein emanzipatorisches Projekt, sondern hat auch die Versuche von Leuten, das Camp mitzugestalten und eigene Ideen umzusetzen, nicht nur nicht unterstützt, sondern stark erschwert. Kritik an der Vorgehensweise wurde immer wieder während des Camps, spätestens ganz konkret beim Abschlussplenum geäußert. Erst dort versuchte eine der Organisatorinnen dieses Verhalten zu erklären.

Was die gescheiterte Selbstorganisation betrifft, möchten wir erneut auf den Artikel im autonomen Blättchen Nr. 26 verweisen. Dieser benennt sehr gut unseren Eindruck, dass „Selbstorganisation“ nur an jenen Punkten gewünscht wurde, wo noch nichts geplant war. Also beim Putzen oder auch bei der Nachtwache. In allen anderen Bereichen hingegen waren wir mit einer massiven Verhinderung aller Ansätze der Selbstorganisation konfrontiert.



Das Autoritäre Auftreten der Camporga haben wir nun schon einige male benannt. Be- und Verhinderung von Aktionen, das Durchsetzen wollen eines Aktionskonsenses und in nahezu allen Bereichen eine massive Intransparenz. Diese betrifft bei Weitem nicht nur das angedachte Abbrechen des Camps, sondern beispielsweise auch das vorenthalten jeglicher Informationen bezüglich der Darstellung des Camps in der Presse und somit auch der Stimmung in der Stadt/in der Politik. Erst beim Abschlussplenum wurde benannt, dass schon sehr früh zumindest Bullen und Stadt das Camp gerne geräumt hätten und schon vor Beginn irgendwelcher Aktionen die Stimmung sehr angespannt war.

An sehr vielen Stellen wirkte es auf uns, als hätte die Camporga keinen Bock aufs Camp, sondern versuchte in erster Linie ihr Programm durchzuziehen: irgendwie wurden wir das Gefühl von politischem Kalkül nicht los.

Beyond Europe.

Mit autoritärem Auftreten auf dem Camp hatten wir es jedoch nicht nur seitens der Camporga zu tun, auch Beyond Europe zeigten sich mal wieder von ihrer besten Seite. Mit einem in Teilen intransparenten und hierarchischen Ansatz von Organisation, hat dieses Bündnis das Camp in großen Teilen dominiert. Solche von außen/oben vorgegebenen Massenorganisationsansätze haben definitiv nicht hin, wenn wir uns GEMEINSAM organisieren wollen. Dies ist für uns kein Nebenwiderspruch, sondern muss mitgedacht und umgesetzt werden, damit die Idee eines gemeinsamen Kampfes auf Augenhöhe Realität werden kann. Partizipation und Selbstorganisation können nicht auf vorgeschriebene Art und Weise funktionieren.

Wir wollen hier nicht mehr viele Worte darüber verlieren. In der Beschreibung der Situation verweisen wir auf den Artikel im Autonomen Blättchen, dessen guter Kritik wir uns in vielen Punkten anschließen.

Leider teilen wir jedoch die positive Einschätzung/Hoffnung nicht, dass es sich um einen einmaligen Fehltritt Beyond Europes handeln könnte.

Dazu gibt es zu viele ebenfalls negative Erfahrungen und wir haben zudem eine generelle Kritik an Massenorganisationen. Diese Kritik ist nicht neu. Dennoch ist es uns wichtig zu betonen, dass wir uns für die Zukunft wünschen, dass mehr Menschen nicht immer und immer wieder naiv hoffen, ein Zusammenarbeiten mit solchen Massenorganisationen könne beim nächsten Mal besser verlaufen. Um das zu verhindern, dürfen wir nicht- wie so

oft - unser eigenes Potential verschenken. Wir müssen uns selbst besser vorbereiten, eigene Aktionen planen und autonom von solchen Strukturen agieren.

Ein paar Worte noch zu der Transport-AG.

Im Aufruf zum Camp wurde der Anspruch formuliert, gemeinsam mit Geflüchteten zu kämpfen, auch auf dem Camp. Dazu gründete sich in den ersten Tagen eine „Transport-AG“, um Kontakt in die umliegenden Lager herzustellen und Fahrten zu organisieren, so dass Geflüchtete die Möglichkeit haben sollten am Camp teilzunehmen.

Diese AG - bzw. der Umgang mit dieser - war für uns ein weiteres Beispiel für die herrschende Intransparenz. Schien der Wunsch nach diesen Fahrten am Anfang auch seitens der Camporga sehr ausgeprägt, wurde mit der Zeit immer unklarer, was da eigentlich genau passieren sollte. Lokale Strukturen waren nicht ansprechbar, wenn es um Fragen ging wie: Wo befinden sich die Lager und wie kommen wir dorthin? Bestehen schon Kontakte und welche Erfahrungen sind gemacht worden? Welche Sprachen müssen wir übersetzen? Wie wollen wir dort auftreten? Was im Falle von Repression? usw. usf.



Als die ersten aus den Lagern Einge-ladenen - darunter sehr viele Familien und Kinder – eintrafen, war kaum Struktur vorhanden, um eine Teilnahme am Camp zu ermöglichen. Es fehlte an Übersetzer*innen, es fehlte Aufklärung über den Sinn des Camps und wie es aufgebaut ist, es fehlte an der Einladung aktiv teilzunehmen.

So waren also viele Geflüchtete vor Ort, in den Diskussionen jedoch saßen fast ausschließlich nicht-geflüchtete Aktivist*innen.

Was war genau geplant? Wie hatte die Camporga sich das alles vorgestellt? Stimmt es, dass sie später die Fahrten zu den Lagern stoppte und somit verhindern wollte, dass noch mehr Geflüchtete das Camp erreichten?

Auch hier waren wir viel damit beschäftigt, verstehen zu wollen. Und damit, uns eigene Fragen zu stellen, die in Bezug auf diese AG und generell bzgl. der Geflüchteten auf dem Camp aufkamen.

Mit wem wollen wir auf einem solchem Camp zusammen kommen?

Geht es primär darum, möglichst viele Geflüchtete aus den Lagern zu holen, in Kontakt zu kommen und zu supporten?

Führt das automatisch zu dem, auf dem Camp aufgekommenen, Festivalcharakter?

Was heißt das für Fragen der Campsicherheit bei Aktionen, wenn viele Menschen ohne gesicherten Status und viele Kinder auf dem Camp sind?

Oder geht es um Diskussionen und Aktionen, bei denen dann nicht entscheidend ist, wie viele Geflüchtete vor Ort sind, sondern wer die gleichen Ziele/Ansätze hat und Lust hat gemeinsam zu diskutieren und Aktionen zu machen?

Geht es also nicht eher darum, auch die Geflüchteten als Genoss*innen zu verstehen und gemeinsam zu agieren?

Geht beides zusammen? Wo widerspricht sich das?

Und was lässt sich abschließend sagen?

Ein No Border Camp steht - wenn es sich so nennt - ja wohl auch in der Tradition von No Border Camps, die einen autonomen Background haben, wo selbstorgani-

sierte Aktionen genau so ihren Platz haben wie inhaltliche Diskussionen und Workshops. Das gilt es beim nächsten Mal wieder mehr umzusetzen.

Im Nachhinein lässt sich eine etwaige politische Außenwirkung des No Border Camps Thessaloniki 2016 nur schwer einschätzen, vermutlich tendiert sie aber gegen Null.

Angesichts des historischen Moments, der unserer intensivierte Aufmerksamkeit bedarf, sind wir einigermaßen enttäuscht. Jedoch gilt es nun, an die sinnvollen Ansätze anzuknüpfen und die eigene Organisation und vor allem die der Menschen auf der Flucht zu intensivieren und zu unterstützen.

* Ein überregionaler Zusammenhang

Keine Spende für das Deutsche Rote Kreuz

Münster, 15.11.2016, anonym

Heute stattete eine Gruppe von etwa 40 Aktivist*innen gegen sexualisierte Gewalt in Lagern den Büros der DRK-Tochter „Betreuungsdienste Westfalen-Lippe gGmbH“ einen Besuch ab. Die Gruppe will damit auf die menschenunwürdigen Zustände in den von der DRK-Tochter betriebenen Flüchtlingslagern aufmerksam machen und fordert den Rückzug des DRK und der Tochtergesellschaft aus dem Geschäft mit der Flüchtlingsunterbringung.

Das DRK betreibt über seine Betreuungsdienste in NRW sieben landeseigene Massen- und Abschiebelager, genannt Erstaufnahme- oder Zentrale Unterbringungseinrichtungen und Notlager. Diese begünstigen wegen des Fehlens von Privatsphäre und der menschenrechtswidrigen Lebensbedingungen immer wieder sexualisierte sowie rassistische Gewalt durch Betreuer*innen an den von ihnen abhängigen Betreuten, insbesondere an geflüchteten Frauen.

Ein im Sommer 2016 bekannt gewordener Skandal um sexualisierte Gewalt durch Mitarbeiter des DRK sowie seiner Securities im Lager Burbach bei Siegen brachte bei vielen engagierten Flüchtlingsunterstützer*innen das Fass zum Überlaufen – hatte doch erst vor gut zwei Jahren ein rassistischer Folterskandal im Lager Burbach für weltweite Empörung gesorgt!

Etwa vor einem Jahr wurden zwei Geflüchtete Zeugen der Entführung einer jungen Frau durch Securities, die offenbar sexuell missbraucht wurde und erst nach zwei

Tagen ohne ihre Kleidung im Lager Burbach wieder auftauchte. Das DRK verleugnete und vertuschte die Vorfälle. Die beiden Zeugen wurden vom DRK fälschlich kriminalisiert und aus dem Lager verwiesen. Ein Mitarbeiter, der die ungeheuerlichen Vorfälle polizeilich anzeigte, wurde entlassen – ebenso aber auch ein wegen sexueller Ausbeutung beschuldigter DRK-Mitarbeiter.

Mit dem Betreiben von Massenlagern, denen die Gewalt strukturell eingeschrieben ist, tritt das DRK seine der Humanität und Neutralität verpflichteten Grundsätze mit Füßen. Besonders schäbig ist die Beteiligung des DRK

und seiner Tochter Betreuungsdienste an der immer schnelleren Abschiebung von Menschen. Von den vier Abschiebelagern in NRW wird das in Bad Godesberg von der DRK Betreuungsdienste betrieben.

Dort sind die Menschen faktisch rechtlos einem Verfahren ausgesetzt, das sie in kürzester Zeit wieder aus dem Land schafft. Insbesondere Roma aus den sog. Westbalkanländern sind davon betroffen. Ihre Herkunftsländer sind durchweg für Roma nicht sicher, sie werden überall verfolgt und ausgegrenzt.

Wir fordern vom DRK und seiner „Betreuungsdienste Westfalen-Lippe gGmbH“:

Raus aus allen Lagern und ähnlichen Einrichtungen für Geflüchtete, in NRW sofortige Schließung der DRK-Lager Burbach, Olpe und Bad Godesberg

Keine Beteiligung an der Trennung Geflüchteter in sog. Bleibeberechtigte und sog. Illegale



Stattdessen soll das DRK ALLE Geflüchteten unterstützen in ihren Grundrechten auf körperliche Unversehrtheit, menschenwürdige Unterbringung (Wohnungen), (Selbst)versorgung, Bildung, Gesundheit und Arbeit.

Hintergründe und detaillierte Pressemappe:
<https://keinespende.noblogs.org>

KEINE SPENDE FÜR DAS DEUTSCHE ROTE KREUZ

Leben ist kein Algorithmus und reproduce future

Lange hat die radikale Linke die bevorstehenden gesellschaftlichen Umbrüche „im Rahmen der Digitalisierung“ ignoriert. Jetzt gab es gleich zwei gut besuchte Konferenzen, die dem Thema mehrere Tage widmeten. In Köln trafen sich Anfang Oktober etwa 300 Menschen unter dem Titel „Leben ist kein Algorithmus“ [*bigdata.blackblogs.org*]. Die Konferenz war eher autonom und eher Ü30 geprägt. Im November trafen sich in Hamburg rund 500 Linksradikale aus dem umsganze-Spektrum [*techno.umsganze.org*]. Hier war der Altersdurchschnitt mit U30 glücklicherweise deutlich niedriger.

Die Einladungs-Reader beider Konferenzen konnten unterschiedlicher nicht sein. Während die Kölner Konferenz einen „technologischen Angriff“ diskutierte und sich auf die Suche nach einer praktischen Technologiekritik zu dessen Abwehr begab, lancierte TOPBerlin für die Hamburger Konferenz einen Text, der (in Teilen) den beschleunigten technologischen Fortschritt herbeisehnt, da TOPBerlin darin bessere Bedingungen sehen, die kapitalistische Haut als äußere Eigenschaft einer ansonsten begrüßenswerten Technologisierung revolutionär abzustreifen. Bereits im Vorfeld hatte Detlef Hartmann zu dieser Sichtweise eine kritische Stellungnahme mit der Warnung vor einer links-legitimierten Technokratie auf der „falschen Seite der Barrikade“ verfasst. (Wir hoffen das autonome Blättchen druckt diesen Text zur weiteren Diskussion ebenfalls ab). Letztlich schien diese marxistisch-orthodoxe Interpretation der „begrüßenswerten Produktivkraftsteigerung“ durch die Technologie wenig richtungsweisend für die weiteren Schritte beim Kampf ums Ganze zu haben.

Denn auch in Hamburg wurde praktisch-kritisch über die Maschinisierung von Arbeit und Leben diskutiert. Auch in Hamburg gab es sehr wohl praktische Ansätze hinsichtlich der Eingriffsmöglichkeiten in eine notwendigerweise immer höher-frequente Logistik z.B. im Hamburger Hafen im Rahmen der bevorstehenden G20-Protteste.

Sowohl in Köln, als auch in Hamburg wurden anhand der jeweiligen Beispiele San Francisco und London die verheerenden Folgen einer Smartifizierung der Metropolen

diskutiert. Ein Bevölkerungsaustausch: smarte Eliten, statt weniger solvente Unter- und Mittelschichtsbevölkerung fordert auch in anderen Ballungszentren Anti-Vertreibungskämpfe heraus.

Beide Konferenzen sind in gewisser Weise aber auch hinter ihren Möglichkeiten in Bezug auf eine Organisation des Widerstands zurück geblieben. Es war deutlich, dass sich das jahrelange Diskussions-Vakuum zu diesem Thema nicht ad-hoc auflösen lässt. Noch immer herrscht in vielen Köpfen die Vorstellung, es gehe im wesentlichen um „Überwachung“ im Sinne einer Orwell'schen, vornehmlich staatlichen Repression. Um die Wirkungsweise technokratisch durchgesetzter Lenkungsmechanismen zu durchdringen und zu fassen, muss offenbar noch viel diskutiert werden. Um die Feinde der Autonomie gesellschaftlich wahrnehmbar anzugreifen, muss vermutlich noch viel mehr diskutiert werden. Gut dann lasst uns das tun. Wie immer verschränkt mit den ersten praktischen Gehversuchen - nicht zukünftig, sondern jetzt!

Auf beiden Konferenzen wurde ein praktischer Vorschlag einer Unterstützung der streikenden Amazon-Belegschaft gegen die algorithmische Fremdbestimmung ihrer Arbeit (Amazons lernende Lagersoftware schreibt Tempo und Ablauf aller Arbeitsschritte bis ins kleinste Detail vor) diskutiert:



Zeitgleich zum Streik rund um den vorweihnachtlichen Black-Friday 2017, dem Amazon Schnäppchen-Tag, blockieren wir von außen einen Standort. Hier bietet sich z.B. das Innenstadt-Verteilzentrum im Kuddamm-Karree Berlin an. Amazon garantiert eine Zustellung der dort lagernden Produkte innerhalb von zwei Stunden (für Prime-Kunden sogar innerhalb einer Stunde). Eine in den engen Seitenstraßen angreifbare Garantie! Begleitet von

weiteren analogen und digitalen Widerständen lässt sich vielleicht die seit vier Jahren fortwährende Ignoranz von Amazon gegenüber seiner Kritiker*innen aufbrechen. Wir haben elf Monate Zeit, den Vorschlag zu diskutieren und Amazon einen wirklich schwarzen Freitag zu bescheren.

Auf in die nächste Runde - auf dem anarchist square des Chaos Computer Congress (27.-30.12.16) in HH zum

Jahresende wird weiter diskutiert – leider ist der 33c3 mit über 12.000 Teilnehmer*innen vollständig ausgebucht. Schaffen wir weitere Orte der Diskussion - einige denken laut über eine internationale Sommeruni Anfang

September 2017 nach - wir halten euch auf dem Laufenden!

einige überregional Diskutierende

An alle Produktivkraft-, Technik- und Fortschrittsfetischisten:

Ihr könntet (mal wieder) auf der falschen Seite der Barrikade stehen.

Bis heute sind wir immer wieder mit dieser abgeschmackten Behauptung über die Schmerzgrenze hinaus angeödet worden: Technik ist entweder gut oder wenigstens neutral oder wird unter Abstraktion vom gewaltsamen Prozess ihrer Herstellung und Durchsetzung neutralisiert: als Dampfmaschine, Fließband, und heute „Digitalisierung“. Ja sogar als Teil eines sozialen Verhältnisses affirmativ gesetzt und als Produktivkraft begrüßt. Es sei nur ihre kapitalistische Anwendung bei der Ausbeutung von Menschen, der ihre Widersprüchlichkeit bestimme und die sie schlecht und fragwürdig werden lasse. Von ihr müsstet wir befreit werden, um so die Technik, die Menschen, die Arbeit zu befreien. Der letzte große historische Zyklus, in dem dergleichen propagiert wurde, war der sogenannte „tayloristische“ oder „fordistische“. In ihm wurden tayloristische Rationalisierung, das Fließband und ihre Maschinerie eingesetzt. Auch sie waren, so die Legende, im Grunde nützlich bzw. neutral. Ja, sogar bestimmendes Strukturprinzip der gesamten Gesellschaft. Mittel der Knechtung und Überausbeutung waren sie nur im Dienste des Kapitalismus. Das sagten Sozialisten aller Couleur, Bolschewisten, Trotzkiisten und dergleichen. Die wirkliche Geschichte hat das als propagandistische Lüge entlarvt. An dieser Lüge lässt sich auch für heute vieles lernen.



Taylor's Wut als Angehöriger einer aufsteigenden Avantgarde aus dem amerikanischen Progressivismus galt der Kontrolle der Arbeiter*innen über ihr eigenes Arbeitsverhalten. Sie konnten langsam arbeiten, sie konnten schnell arbeiten, ohne dass ein direkter Zugriff auf ihr Verhalten zur Erhöhung von Produktivität und Rendite möglich war. Also machten sich Taylor und Konsorten wie Gilbreth und Gantt daran, das Arbeitsverhalten genau zu erfassen und in Einzelschritte zu zerlegen, um sie dann seriell zu einer Kette zu reorganisieren. Die Kontrolle der Arbeiter*innen über ihr eigenes Verhalten sollte so durchbrochen und letztlich beseitigt werden, um das Kommando hierüber auf die Managementebene abziehen. Ford hat seine Erfahrungen hiermit in die Organisation des Fließbands übernommen. Taylor ließ in seinen Schriften (den „Principles“) und seinen öffentlichen Erklärungen (z.B. im US-Kongress) nicht den Hauch eines Zweifels über den sozialen Charakter seines Vorstoßes

aufkommen. Er nannte ihn einen auf eine ganze Epoche angelegten „Krieg“ („war“) gegen die Arbeiter*innen, eine „schonungslose, harte und gemeine Form des Kampfes“, des „fighting“ gegen sie, und die Rationalisierung eine „neue Waffe“. Er sprach nicht etwa von der Benutzung von etwas Nützlichem als „Waffe“, auch nicht von ihr als Teil eines sozialen Verhältnisses. Vielmehr ging es um die innere Logik der Rationalisierung, um die strategische Zielrichtung der Technologie im Kampf gegen die Arbeiter*innen als kriegerisches Projekt. Keineswegs

nur um Herrschaft, denn die brach sich ja noch an Eigenwillen und Subjektivität der Klasse. Der Krieg und die Kämpfe dauerten Jahrzehnte. Sie wurden über eine ganze Epoche hinweg in alle Dimensionen der amerikanischen und schließlich der Weltgesellschaft getrieben. In den USA, Europa, in Russland. Dort zunächst unter dem Zaren, und dann nahtlos daran anknüpfend in der Sowjetunion unter Lenin und seinem tayloristischen Kettenhund Gastev, Trotzki und Stalin, und zwar gegen den permanenten und zeitweise außerordentlich militanten Widerstand der Arbeiter*innen noch über den „Großen Terror“ 36/37 hinaus. Taylors „Krieg“ nahm zu seiner Durchsetzung zwei blutige „Maschinenkriege“ in Anspruch, inklusive der sie begleitenden völkermörderischen Barbareien. Egal, ob sich seine Avant-

garden nun „Kapitalisten“ oder „Sozialisten“ nannten, sie waren alle Kapitalisten, wenn man sich mal von den vulgärmarxistischen Definitionen trennt. Sie betrieben nicht die Verwendung einer Maschine, sondern einen Zurichtungsangriff, der die restlose Maschinisierung von Arbeit und Leben zum Ziel hatte, bis in Haushalt, Familie und städtisches Umfeld hinein. Der Begriff des „Fordismus“ und die paradigmatische Vorstellung von einer „Fließbandgesellschaft“ (Trotzki imaginierte sogar die totale Integration von Stadt und Land zum „sozialistischen Fließband“) tauchte als Produkt des Antagonismus auf der Kapitalseite erst Jahrzehnte später nach Beginn des Angriffs auf. Dieser ist schließlich an den Widerständen der Subjekte in den 60er und 70er Jahren weltweit, auch bis in den letzten Winkel des Realsozialismus (z.B. „Prager Frühling“) hinein in die Krise geraten. Er wurde, wie dies in der Geschichte in ähnlicher Weise immer wieder passiert ist, durch einen neuen technologischen Angriff zur Wiederherstellung des Kommandos auf neuer historischer Stufe aufgefangen: dem technologischen

Angriff der Informationstechnologien, und zwar von den entscheidenden Akteuren ausdrücklich unter Berufung auf den Taylorismus.

Wir haben den Beginn dieses neuen epochalen Angriffs – denn mehr ist es bis jetzt nicht- in Büchern, Artikeln und zum Schluss in Köln auf einem Kongress unter dem Titel „Leben ist kein Algorithmus“ dargestellt. D.h. in die Tiefe seiner Logik von Unterwerfung und technologischer Aneignung von Lebensprozessen (nicht zu verwechseln mit der notwendig damit einhergehenden Aneignung von Produkt und Mehrwert), und in ihre verschiedenen Felder in Arbeit und Gesellschaft verfolgt. In den Angriff auf die Sozialstrukturen durch eine Politik der „schöpferischen Zerstörung“ und Vertreibung (am Beispiel des Silicon Valley/ San Francisco); in einer Politik der gnadenlosen Unterwerfung von Arbeit in völlig neuen Formen (Amazon, Uber); in einer Politik des Eindringens in Subjektivität und Gefühl („Facebook, Liebe, Sex“); in einer Politik des Zwangs zur Selbstunterwerfung im digitalisierten Schuldenregime; in einer Politik des Zwangs zur Selbstoptimierung im Gesundheitswesen; in einer Politik der Transformation des Geldregimes und der politisch-ökonomischen Bewirtschaftung, und und und. Wir fällen nicht das lächerliche Urteil, dass die Technologie „schlecht“ ist. Aus welcher – ohnehin historisch bedingten – Ethik heraus denn auch. Wir sagen, es ist Gewalt und sozialer Krieg. Die Form der technologischen Aneignung von Lebensprozessen (nicht nur des Produkts!) im Angriff der neuen innovatorisch-technologischen Avantgardeunternehmen hat direkt Kämpfe der Arbeiter*innen und angegriffenen Subjekte im erweiterten gesellschaftlichen Zusammenhang der kapitalistischen Reproduktion gegen sich aufgerufen. Er fordert auch uns –so haben wir argumentiert- dazu auf, der Offensive im Sinne der Befreiung, Selbstorganisation und Entwicklung völlig neuer Formen revolutionärer Subjektivität zu beugen.

Angesichts dieser eindeutigen Befunde von technologischem Angriff und Gewalt und der blutigen historischen Erfahrungen der Opfer sind wir bestürzt darüber, wie es dazu kommen kann, dass wir in den Vorbereitungsverlautbarungen und -materialien zu diesem „ums-ganze“-Kongress wieder Folgendes lesen müssen:

Sie sehen die Maschinen zwar eingebunden in die „widersprüchliche Verfasstheit der Technik im Kapitalismus“. Die Frage laute jedoch: „Wie können wir die Maschinen – und mit ihnen uns – vom Kapitalismus befreien?“ Egal, wie problematisch und schwierig sie sich das vorstellen, der Aussagenkern ist letztlich: Kapitalismus „wisch und weg“ und dann kommt das Goldstück Maschine und wir mit ihm befreit hervor. Letztlich sei der

Kapitalismus der Maschine äußerlich. Und weiter: „Die Digitalisierung ist darum eine technische Revolution, weil sie alle gesellschaftlichen Bereiche neu strukturiert. Die Gesellschaft stellt sich nicht mehr nach dem Bild der Dampfmaschine her, aber auch nicht mehr nach dem Bild des Fließbandes, sondern nach dem Bild der universellen Rechenmaschine“ –zur Erschließung ihrer „enormen Produktivitätssteigerung“. Sowas tut die Gesellschaft? Sich selbst? Und dann noch als Revolution!? Wow! Wir gratulieren! Dann müssten (und mussten) die technologischen Avantgarden sich ja gar nicht erst die Mühe ihrer epochal angelegten mörderischen Zurichtungsoffensiven machen. (Grimmiger) Spaß beiseite!

Die historische „ums-ganze“-Bildleiste nimmt das gewünschte Ergebnis bei Unterschlagung des Angriffscharakters und langwierigen -prozesses schon affirmativ vorweg, identifiziert sich mit ihm und säubert zugleich die unangenehme Wahrnehmung der Opfer und sogar der Toten ideologietechnisch heraus. Keine harmlose, sondern verhängnisvolle Operation, die im fordistischen Zyklus die Ermordung von zig Millionen Menschen als unvermeidliche Kosten des Fortschritts rechtfertigen half. Und zur Methodik der Herstellung von Begriff und „Bild“: Selbst Marx hat genug zum Verhältnis von Geschichte und Begriff, zur Geschichte als generativem Ort der Entwicklung von Begriffen

gesagt, um jedem selbsternannten Marxisten die Schamröte über ein solches Manöver der Neutralisierung des historisch-technologischen Gewaltcharakters ins Gesicht zu treiben. Zur Geschichte der Kämpfe, wohlgemerkt. Und schließlich hören wir aus dem Vorbereitungskreis des ums-ganze-Bündnisses sogar, dass es darum ginge, mit der Befreiung der Maschinen die in ihnen liegenden Kräfte freisetzen, sodass die Maschinen uns wieder ins „Reich der Freiheit“ bringen könnten.

Das alles geht nicht. Diese Kräfte zielen auf kapitalistische Unterwerfung und Inwertsetzung in Einem. Sie sind in ihrem technologisch-ökonomischen Kern Kapitalismus. Gefordert wird damit praktisch die Befreiung kapitalistischer Gewalt. Aus der geschichtlichen Erfahrung wissen wir, dass die Avantgarden des Kapitalismus keine Barbarei scheuen, um die in den Technologien liegenden Potenziale umzusetzen. Werden sich neue linke Avantgarden in leicht modifizierten sozialistischen Gewändern auch diesmal anschließen? Denn das ist es letztlich, was auch auf diesem Kongress verhandelt wird. Ob du auf der anderen Seite der Barrikade bleibst oder gegen die Barbarei im technologischen Gewand mitkämpfen willst. Wir wollen mit Dir darüber sprechen. Und wenn die Zeit nicht reicht, laden wir zu einem Treffen ein.

Detlef Hartmann



Bargeld für alle(s)!

Die EU-Kommission will den baren Zahlungsverkehr einschränken und das Bargeld in einem zweiten Schritt ganz abschaffen. Die elektronische Bezahlung per Funkchip-Karte, per App auf einem Smartphone oder einer smarten Uhr soll dann für alle alternativlos sein. Dänemark und Schweden sind Vorreiter dieser Entwicklung. Hier ist die Annahme von Bargeld für Teile des Einzelhandels keine Pflicht mehr.

Warum soll das Bargeld abgeschafft werden?

Sicher nicht um vermeintliche Terrorfinanzquellen auszutrocknen - über ein Verbot von Mobiltelefonen wird nicht debattiert, obwohl sich „der Terror“ nachweislich mehrheitlich über Mobiltelefone organisiert. Es geht vielmehr um den regulierenden Zugriff auf unsere Bereitschaft Geld auszugeben bzw. Schulden aufzunehmen: negative Zinsen sollen in mittlerweile permanentisierten „Krisenzeiten“ die Wirtschaft stimulieren. Das ist aus Sicht der Europäischen Zentralbank die konsequente Fortführung ihrer Niedrigzinspolitik der letzten acht Jahre. Der ehemalige Chef-Ökonom des Internationalen Währungsfonds Kenneth Rogoff hält derzeit sogar Negativzinsen von bis zu -4% für ökonomisch angemessen!

Solche Strafzinsen für das Bunkern von Geld werden aktuell bereits bei Interbanken-Transfers und bei großen Spareinlagen erhoben, können aber nur sehr eingeschränkt an die durchschnittliche Endverbraucher*in weitergereicht werden. Der Grund: Nur etwa 10% aller Bank-Kund*innen würden ihr Geld unter diesen Bedingungen auf der Bank lassen – alle anderen würden den billigeren Weg gehen und das Geld kostenfrei, bar zu Hause lagern und gegebenenfalls (deutlich günstiger) versichern lassen. Das Bargeld als Fluchtmöglichkeit vor Negativzinsen soll also verschwinden.

Was der Verlust des Bargelds bedeutet, sehen wir im US-Staat Kansas. Hier wird die Sozialhilfe nicht mehr überwiesen, oder bar ausgezahlt sondern in Form einer elektronischen Karte ausgegeben, die Benutzerabhängig in ihrer Reichweite und ihrer Anwendbarkeit beschränkt ist. In Repressiv-pädagogischer Manier können damit nicht mehr alle Produkte gekauft werden. In Oberbayern führte die Kreisstadt Altötting 2015 die Refugee-Card ein, die Geflüchteten nur bestimmte Einkäufe räumlich begrenzt erlaubt – die moderne Form des Lebensmittelgutscheins, der elektronisch die Residenzpflicht umsetzt und zudem zum Monatsende verfällt.

Wem nutzt die totale Transparenz?

Mit der Abschaffung von Bargeld sind alle Transaktionen und alle Einkäufe nachvollziehbar. Die großen Einzelhan-

delsketten wollen diese totale Erfassung nicht nur für hoch personalisierte Werbung nutzen, sondern bereiten die Umstellung auf individuelle Preise über smarte Preisschilder vor. Erfasst und berechnet werden soll, wieviel jede Kund*in individuelle bereit ist, für ein bestimmtes Produkt zu zahlen. Vorbei die Zeit des einheitlichen Preises für alle. Einige kennen diesen Effekt bereits bei der Online-Bestellung auf diversen Portalen – hier liegt der Preis für Bestellungen, die von Apple-Endgeräten aus getätigt wurden, unter Umständen zehn Euro höher als bei Bestellungen vom Standard-PC.

(Kranken-)Versicherungen wollen Zugriff auf diese Daten haben. Aus unserem Einkaufsverhalten und weiteren Informationen über unser Leben soll unser Gesundheitsbewusstsein permanent bemessen werden. Der Versicherungstarif soll so für jeden individuell und kontinuierlich neu kalkuliert werden.

Unser Nein

Bargeld ist praktisch – es erfordert keine Registrierung. Bargeld ist universell - anders als bei elektronischen Bezahlssystemen gibt es keine Besitzerabhängigen oder räumlichen Einschränkungen. Bargeld „gehört uns“: Da kann niemand negative Zinsen berechnen. Wir können es in unbeschränkten Mengen unter die Matratze legen oder wieder ausgraben. Guthaben bei Banken unterliegen gerade in Krisenzeiten unzähligen Restriktionen. Wir erinnern an die Beschränkung der Auszahlung in Griechenland oder die vollständige Entwertung der Spareinlagen in Portugal. Auch die Auszahlung von bitcoins kann verwehrt werden. Zudem erfordert es weitergehende technische Kenntnisse, um mit bitcoins wirklich anonym zu zahlen. Bargeld hingegen ist von allen (anonym) nutzbar – egal wie alt, egal wie marginalisiert. Das elektronische Geld ist kompliziert, teuer, unsicher, überwacht und steuerbar. Für uns gibt es also keinerlei Gründe auf das Bargeld zu verzichten.

Jetzt mag es komisch klingen, dass sich neben bürgerlichen, teils konservativen und leider auch rechten Kreisen nun ausgerechnet Antikapitalist*innen für

den Erhalt des Bargelds aussprechen. Tatsächlich erfordert dies eine Erklärung, die sich eindeutig von rechten Motiven abgrenzt: Unser Bezugspunkt ist nicht die Freiheit des Privateigentums. Unsere Freiheit basiert auf Selbstbestimmung, auf Autonomie. Das ist ein gravierender Unterschied. Wir behaupten, dass wir mit dem Verbleib beim Bargeld der Überwindung des Kapitalismus und der Abschaffung des Geldes näher sind als mit der für alle verbindlichen Nutzung elektronischer Bezahlssysteme.



Historisch gab es verschiedene Etappen, die darauf abzielten, Ökonomie flüssiger zu machen – quasi-instantane Geldtransfers spielen hier heute eine wichtige Rolle. Banken bewerben sich um Rechnerplätze möglichst nah am Börsenzentralrechner, um Vorteile bei der Abwicklung von Geldgeschäften im Zehntel- Millisekundenbereich zu haben.

Zudem ist die Vorhersagbarkeit menschlichen Handelns (nicht nur statistisch sondern individualisiert) Basis für einen beträchtlichen Teil heutiger Wertschöpfung. Das Messen und Steuern sämtlicher Regungen in unseren alltäglichen „Regelkreisen“ ist dabei mehr und mehr von konstruktiver Selbsteinspeisung in das System geprägt. Die Übermittlung sämtlicher Einkäufe und Geldtransfers

ist dabei ein bedeutender Schritt in Richtung permanenter Erfassung mit dem Ziel der Verhaltenssteuerung. Das ungehinderte Messen jeglicher Lebensregungen zur Optimierung dieser Verhaltensökonomie ist daher aus antikapitalistischer Sicht zurückzuweisen.

Wir sind im Sinne von *Jaques Fradin* nicht auf der Suche nach einer alternativen Ökonomie, sondern nach einer Alternative zur Ökonomie. Wir müssen ihre Basis, das Messen und Steuern, die soziale Physik ihrer Technokrat*innen grundlegend in Frage stellen.

Pay Cash – Zahl lieber bar!

cash.blackblogs.org

Captain Future

Was wäre, wenn ... – ... Wearables zur Pflicht würden?

Die Bundesregierung verabschiedete im Juli 2018 das Gesetz zum elektronischen Fitnessnachweis, kurz ELFINA. Monatlang hatten die Krankenkassen darauf gedrängt. Sie hatten zwar ausreichend große Reserven, denn die Beiträge sprudelten dank guter Wirtschaftslage. Aber die Politik bestand darauf, dass die Kassen fortan auch die Pflegekosten einer alternden Bevölkerung zahlen sollten. Sie willigten ein, aber nur unter der Bedingung, dass endlich ihr Programm zur „proaktiven Gesundheit“ eingeführt wird.

Bis auf die Pharmabranche begeisterten sich alle für das große Ziel, die Details verschwanden derweil im Sommerloch. So freuten sich die Versicherten zunächst, als sie von ihren Krankenkassen Endes des Jahres ein Paket mit einem Fitness-tracker erhielten. Weniger Freude löste allerdings der beiliegende Brief aus: Fortan sei es Pflicht, den Tracker zu nutzen. Sonst verliere die Versichertenkarte ihre Gültigkeit. Aber was war ELFINA genau?

Der elektronische Nachweis sollte sicherstellen, dass die Bevölkerung sich fit und gesund hielt. Die Wearables vermerkten die Bewegungsdaten und sendeten sie, sobald ein WLAN-Zugang in der Nähe war, an die Krankenkassen. Wer sich weigerte, musste mit Sanktionen rechnen. Sie reichten von horrenden Beiträgen bis zum Rauswurf aus der Kasse. Organisierten Widerstand gab es kaum, da viele schon freiwillig per Fitnesstracker den Jahresbonus ihrer Krankenkasse nutzten. Um Betrug vorzubeugen, durften Versicherte ab jetzt nur das von ihrer Krankenkasse zur Verfügung gestellte Wearable nutzen.

Dummerweise waren die Fitnesstracker nicht besonders genau. Schrittzähler beispielsweise wichen zum Teil um 40 Prozent vom tatsächlichen Bewegungsumfang ab, manchmal nach oben, manchmal nach unten. Die einen mussten sich verausgaben, um auf die geforderte kör-

perliche Aktivität zu kommen, andere konnten quasi vom Sofa aus Punkte sammeln. Das Problem war weniger das Gerät selbst, als die Art wie man sich bewegte. Fitnesstracker boten spezielle Programme an, um ihren Kunden die optimalen Körperhaltungen beizubringen.

Rasch stellte sich dabei heraus: Für Bestnoten bei den Kassen und den damit verbundenen günstigsten Tarif waren ungesunde Bewegungsabläufe notwendig, die zu Fehlbelastungen und Haltungsschäden führten. Während die Kassen in ihrem BigData-Programm eine wahre Fitness-Revolution sahen, verzeichneten Orthopäden beträchtliche Mehrarbeit.



Das Gesetz verlangte zwar, dass Versicherte ihren Fitness-tracker nutzen und ihre Daten an die Kassen übermitteln. Wie diese Bewegungen zustande kommen, blieb jedoch der Phantasie jedes einzelnen überlassen. Es war bezeichnend für eine Gesellschaft im technokratischen Aufbruch, dass ein technischer „Hack“ das Rennen machte: Ein Start-up bewarb seine Idee unter dem Titel „Fitness für Wearables“. Die Tracker bekamen ihr

eigenes Trainingsgerät. Die Firma entwarf entsprechende Roboterarme und – beine, denen man die Tracker anlegen konnte. Schon per Crowdfunding hatte das Start-up 20 Millionen Euro eingeworben. Als die Produkte auf den Markt kamen, waren Schlangen vor den Läden zu sehen – wie zu besten Apple-Zeiten.

Seitdem dreht in jedem Wohnzimmer mindestens ein Wearable seine einsamen Runden. ELFINA wurde bedeutungslos – aber nie abgeschafft. Die Angst vor einem massiven Jobverlust bei den Herstellern war einfach zu groß.

anonym

Happy Birthday Chelsea Manning

Am 17. Dezember feierten Computer- und Menschenrechts-Aktivist*innen, Antimilitarist*innen, Queer-Aktive und Antiknast-Bewegte in verschiedenen Städten den Geburtstag von Chelsea Manning mit einem „Whistleblowing-Tag“.

„Wir wollen Chelsea Manning in ihrer schwierigen Phase der Quasi-Folterhaft unterstützen und wir wollen die politische Form des Whistleblowings verbreiten.“

Für viele in den Vorstandsetagen und Staatsapparaten stellt sich mittlerweile nur noch die Frage, wann und nicht ob eine versteckte Schweinerei an die Öffentlichkeit gerät. Whistleblowing ermöglicht allen zum politischen Subjekt zu werden, ohne sich offen zur Dissidenz bekennen zu müssen. Mensch kann jahrelang in Institutionen, am Arbeitsplatz, in allen Bereichen, zu denen wir Zugang haben wichtige Informationen über Missstände und Ungerechtigkeiten sammeln und der Öffentlichkeit zuspiesen, ohne sich outen zu müssen. Eine sinnvolle widerständige Praxis wie wir finden, der wir zu noch größerer Popularität verhelfen möchten.

Alle kennen Wikileaks, die meisten wissen aber nicht wie mensch einen wirklich anonymen Kontakt dorthin aufbaut. Wie können wir sicherstellen, dass die Veröffentlichung verantwortlich gegenüber der Quelle und auch verantwortlich gegenüber Unbeteiligten geschieht? Der Heise-Verlag hat im Herbst 2016 eine weitere Plattform eröffnet, die es Träger*innen „brisanter“ Informationen leichter machen soll, anonym zu „whistleblowen“. Workshops zur sicheren Recherche, Bearbeitung und Veröffentlichung sensibler Dokumente vermittelten eine abgesicherte Kontaktaufnahme zu Whistleblowing-Plattformen.

Was ist die Geschichte des Whistleblowings, was sind Grenzen dieser Widerstandsform, welche Praxen fallen uns noch ein um uns gegen den technologischen Zugriff auf unsere Selbstbestimmung zur Wehr zu setzen? Der Hacker und politische Aktivist Jeremy Hammond – er sitzt nach einem der bedeutendsten Hacks der letzten Jahre gegen das regierungsnahen Sicherheitsunternehmen Stratfor in den USA aktuell eine zehnjährige Haftstrafe ab – kam nach den Snowden-Enthüllungen zu folgender Erkenntnis:

„(...) Es reicht also nicht, ihre Aktivitäten zu entlarven, wir müssen diese Geheim- und Nachrichtendienste eigenhändig niederreißen, wir müssen die Straßenlaternen zertrümmern wie in der Französischen Revolution. Dazu braucht man kein

großer Hacker oder hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter mit Zugang zu sensiblen Informationen zu sein, der dann zum Whistleblower wird. Wir müssen uns nur bewusst machen, welche Rolle wir bei der Aufrechterhaltung des Status quo spielen, uns über unsere Fähigkeiten und Möglichkeiten klar werden, herausfinden, was die jeweilige Entsprechung von Snowdens Aktion in unserem eigenen Leben sein könnte, und dann das System zerlegen.“

Die vergessene Whistleblowerin - Chelsea Manning

Wie bedrohlich der US-amerikanische Staat das Whistleblowing einstuft, sehen wir an der Haftstrafe von Chelsea Manning, die für 35 Jahre weggesperrt werden soll, sollte sie überhaupt so lange die folterähnlichen Haftbedingungen durchstehen. Die US-Militärbehörden wollen Chelsea Manning brechen. Die Whistleblowerin benötigt dringend unsere Unterstützung.

Vor drei Jahren, am 21. August 2013, wurde im ersten großen Militärgerichtsprozess der USA gegen einen Whistleblower das Strafmaß verkündet. Die Anklage richtete sich dabei gegen den Obergefreiten Bradley Manning, der erst zum Ende des Prozesses öffentlich erklärte, künftig sein »wahres Ich als Frau« leben zu wollen.



Das verhängte Strafmaß am US-Militärgericht in Fort Meade (Maryland): 35 Jahren Gefängnis gegen den ehemaligen Nachrichtenanalysten der US-Armee wegen »Spionage« und »Diebstahls von Regierungseigentum«. Erzkonservative Militärs, Politiker und Medien hatten dem »Verräter« wegen der auf der Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlichten Dokumente über die Kriegsverbrechen der USA in Afghanistan und Irak sowie die Machenschaften des US-Außenamtes sogar öffentlich den Tod gewünscht.

Im Februar 2016 hatte Chelsea gegenüber Amnesty International erklärt: »Ich habe das Gefühl, die ganze Zeit weggeschlossen zu sein, ohne Stimme und ohne meine Liebe und Unterstützung Leuten zeigen zu können, die sie brauchen. Ich könnte soviel tun, der Gesellschaft soviel geben. Ich verbringe jeden Tag damit, Hoffnung zu schöpfen, dass ich das eines Tages tun kann.«

Anfang Juli verließ die Gefangene offensichtlich die Kraft, auf diesen Tag zu hoffen. Just in diesen Tagen war auch der Psychologe, mit dem sie schon eine Weile intensive Gespräche über ihre Gefühlslage geführt hatte, mehrere Tage nicht im Dienst. Manning am Telefon zu der Person aus dem Unterstützungsnetzwerk: »Ich brauche Hilfe, aber ich bekomme sie nicht.«

Chelsea Manning ist am 5. Juli 2016 und ein zweites Mal Anfang November nur knapp dem Tod entronnen. Als

die Nachricht bekannt wurde, die weltweit wegen ihres Mutes geschätzte Whistleblowerin habe einen Suizidversuch unternommen, traten Menschenrechts- und Solidaritätsgruppen sofort der offiziellen Darstellung von einem »Selbstmordversuch« entgegen. Wenn Manning sich das Leben habe nehmen wollen, sei dies Folge »jahrelanger Misshandlung im Gefängnis«, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung.

Nun hat das Militärgefängnis in Reaktion auf den „Suizid“-Versuch die Haftbedingungen abermals verschärft. Chelsea hat immerhin über einen zuvor durchgeführten Hungerstreik erwirken können, dass die US-Behörde der

von ihr geforderten Geschlechtsumwandlung in der Haft zugestimmt hat.

Wir haben Bewunderung und hohen Respekt vor der Konsequenz und der Beharrlichkeit von Chelsea in ihrem Kampf gegen menschenverachtende Ungerechtigkeit auch innerhalb der Militärhaft.

Wir unterstützen den Kampf von Chelsea Manning

Free Chelsea now !

whistle.blackblogs.org

Gegen die totale Erfassung hilft nur Widerstand!

Gedanken zu einem Transparent an der Fassade des AJZ in Bielefeld

In den letzten Jahren wurde viel über die Digitalisierung geschrieben. Sämtliche Symptome an dieser Stelle aufzuwärmen würde den Rahmen sprengen*1. Ich möchte viel mehr anhand einiger Beispiele eine Position innerhalb dieses Diskurses stark machen.

Technologie ist nicht neutral.

- Ich stehe der Technologie und ihren Entwicklungen feindlich gegenüber.

Der Digitalisierung und der umfassenden Kontrolle aller Lebensbereiche muss sich praktisch entgegen gestellt werden.

- Ich verspüre nicht den Drang danach eine Lösung zu suchen, die den Mittelweg findet, der mit allen hippen wischi-waschi Positionen vereinbar ist.

Natürlich muss auch ich mich in dieser Welt bewegen und lebe dem entsprechend in Widersprüchen, da ich mich nicht alleine in die Höhle zurückziehen will, die einem*ei-ner in Diskussionen von den Befürworter*innen der Technologie spätestens nach dem dritten Satz als die einzige Lösung angedichtet wird ... ich will den Angriff entgegen dem technologischen Zugriff!

Oft herrscht Verwirrung über die Begriffe Technik und Technologie; mit unter werden sie gleichgesetzt. Mit der Technik ist es vielleicht noch etwas einfacher, denn sie kann man mit der jeweiligen Art und Weise Werkzeuge zu nutzen, mit denen wir unsere Welt kreieren, beschreiben. Folglich gibt es nicht die Technik. Doch „Technologie ist nicht die Vollendung der Techniken, sondern im Gegenteil die Enteignung der Menschen von ihren verschiedenen grundlegenden Techniken. Technologie

ist die Systematisierung der effizientesten Techniken und folglich die Einebnung der Welten und der Verhältnisse zur Welt, die sich jeweils in ihr zeigt. [...] Der Kapitalismus ist in diesem Sinne wesensmäßig technologisch; er ist die rentable Organisation der produktivsten Techniken in einem System.“ (Unsichtbares Komitee – „An unsere Freunde“) Technologie trägt also stets die Logik der Herrschaft in sich. Sie wirkt sich mal mehr mal weniger offensichtlich auf jene, die ihre „Errungenschaften“ anwenden, aus; weshalb ich denke, dass die anarchistische Perspektive auch technologiekritisch sein sollte. Weshalb ich denke, dass wir schauen sollten, wo wir in einer Logik funktionieren, die nicht die unsere sein kann oder wo wir Dinge nutzen, deren Funktion unseren Zielen entgegen läuft.

Aufgewachsen in einer Welt, geprägt durch Fremdbestimmung und Autorität, sind wir – als Anarchist*innen - täglich damit konfrontiert den Kampf zur Wiedererlangung der Kontrolle über unser Leben zu führen. Zu einem widerständigen Leben gehörte für mich stets bestimmte Fertigkeiten zu erlangen, wie beispielsweise das Knacken von Schlössern fürs Hausbesetzen, oder der Ladendiebstahl, um weniger dazu gezwungen zu sein, Geld für Essen und Kleidung zu haben und somit mehr Kraft zu haben, für politische Projekte.

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört für mich Dinge so tun zu können, dass ich beispielsweise nicht von irgendwelchen IT-Konzernen abhängig bin bzw. gesteuert werde. Ich will weiterhin Orte ohne Navigationssysteme finden, in dem ich Karten lese und mit Menschen spreche. Ich will von Angesicht zu Angesicht mit Menschen sprechen, mein Gegenüber in Gänze wahrnehmen, bereit sein mich zu streiten ohne dass ein Konzern dazwischen geschaltet ist, der die Wortzahl beschränkt und meine Ausdrucksweise



verkümmert. So will ich auch weiter in der Lage sein Freund*innen zu finden – offline.

Es geht mir nicht um irgendeinen Enthaltensamkeits-Life-Style, sondern darum die Einflüsse der Technologien der Kontrolle aus meinem Leben heraus zu halten. Dazu muss ich mir klar machen, was es mit sich bringt, wenn ich all die Geräte und Programme nutze, die mir vermeintlich das Leben erleichtern. Wie selbstbestimmt laufe ich durchs Leben? Ist Widerstand nicht erst durch selbstbestimmtes Handeln möglich?

Leider habe ich den Eindruck, dass zur Zeit das smarte Verlernen besonders angesagt ist. Die Kontrolle über sämtliche Lebensbereiche wird in die Hände von Konzernen gelegt, was dazu führen wird, dass mehr und mehr Menschen vollkommen app-hängig sein werden – Nein, sogar mehr und mehr gesteuert werden - von Google, Facebook, Apple etc. Ist dem nicht so, dass wer Alles über Alle weiß, auch weiß, was zu tun ist, um dich dazu zu bringen, dies oder jenes zu tun?

Wie Marionetten deren Fäden Glasfaserkabel sind, durch welche sie unentwegt Feedback – Likes – an den Puppenspieler senden. Dieser führt sie immer sanfter - und immer smarter - sodass sie ihre Fäden schon nicht mehr spüren...

Eine verkürzte Sichtweise? Eine unpassende Metapher? Ja, ich denke sie reicht definitiv nicht aus, um Herrschaft zu beschreiben. Diese ist deutlich verworrener und besonders auch mit Hinblick auf die Kybernetik zu analysieren. Doch ist zu erkennen, dass sich zur Zeit mehr und mehr Macht, in zuvor nicht dagewesener Form, bei bestimmten Konzernen konzentriert, die direkten Zugriff auf spezifische Menschen(gruppen) erlaubt.

Willst du Leben, willst du also Selbstbestimmung, gar Widerstand, schlage ich vor, schmeiß dein Smartphone in die Tonne, vergiss Whats App und Twitter und triff dich mit echten Menschen auf einen Tee. Dies würde z.B. die Möglichkeit bieten Texte zu diskutieren, die ihr euch evtl. im Infoladen eures Vertrauens geholt habt. Und ob du nun noch drei Tassen Tee trinkst, sagt dir am besten dein eigener Körper an Stelle einer Health-App.

Es ist an der Zeit die banalsten Dinge (wieder) zu erlernen, um überhaupt ein Leben zu leben, geschweige denn widerständig zu werden. It's time to disconnect. Facebook

est notre enemy! Bei Facebook ist mensch so frei wie in einem Einkaufszentrum. Die Hausordnung hat wer anders geschrieben und der Grund, warum du dort bist, ist um zu konsumieren. Auch wenn du meinst, bestimmte Menschen nur per Facebook erreichen zu können, sage ich: Lass es!

Wenn diese gewissen Menschen die Welt nur noch durch die Mattscheibe bzw. das Touch-Display kennen, dann ist das ein Problem. Das heißt aber nicht, dass wir der technologischen Entwicklung auf den Leim gehen müssen und in ihren Sphären anfangen zu denken und zu handeln müssen.

Es gilt eine nicht-primitivistische technologiekritische Position zu schärfen und vehement zu vertreten.

Meine politische Ausdrucksweise wird sich nicht auf Kurznachrichten oder auf das „Liken“ von angekündigten Events beschränken. Sie findet auf der Straße statt: mit Postern und Slogans an den Wänden, Flyern und Zeitungen in deinen Händen und mit dem Klirren von Schaufensterscheiben bei Nacht. Zu dem sollten wir Räume im Diesseits – offline – schaffen, in denen wir uns treffen, kennenlernen und in denen wir leben können – als Ausgangspunkte der Subversion*2. Die sog. Virtuelle Realität halte ich für einen dem Leben fernem Raum. An ihm wird nur geschehen, wofür ervorgesehen ist und das ist nicht der Angriff auf die herrschende Ordnung, sondern ihre Festigung*3 .

Wir können nur etwas neues schaffen und das Bestehende angreifen, wenn wir uns aus seinen Fängen lösen. Das heißt die Logik der Technologien versuchen zu durchschauen und sämtliche Gadgeds aus unseren Leben zu verbannen.

A. Nalog

*1 Viele lesenswerte Beiträge finden sich in diversen Ausgaben des Autonomen Blättchens, der Zeitung „Disconnect“, in dem Buch „Digitale Herrschaft“, in Texten von Wolfi Landstreicher, beim Unsichtbaren Komitee in „An unsere Freunde“, ...

*2 Eigentlich ein alter Schuh. Angesichts der Realität und dem, was sich da als düstere Zukunft abzeichnet, eine Notwendigkeit deren Wichtigkeit nicht oft genug zu betonen ist.

*3 Woher kommt eigentlich dieses tolle Internet? Ein Sich-Befassen mit der Entstehung und der Geschichte des Internet möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich empfehlen.



Close the GAP

Dokumentation:

Köln, 30. September 2016, anonym

<https://linksunten.indymedia.org/en/node/192246>

Farbenfroher, nächtlicher Besuch am 30. September bei der Kölner Firma CoGAP (Center of Genetic Analysis and Prognosis) in der Lungengasse 48-50.

CoGAP ist in Deutschland eines der prominentesten Unternehmen der neuen Lifestyle-Medizin. Sie bewirbt gerade intensiv ihren neuesten Coup der Selbstoptimierung - eine Gen-Diät!

Nach der gentechnischen Analyse einer Speichelprobe wird die Proband*in in verschiedene Stoffwechsel-Schubladen einsortiert, um ihr dann eine genau auf sie zugeschnittene Diät zukommen zu lassen.

Das 2009 gegründete Unternehmen bietet genetische Dienstleistungen für eine „personalisierte Gesundheit“ und „Lifestyle-Analysen“ an. CoGAP hat ein genetisches Analyseinstrument für „betriebliches Gesundheitsmanagement“ entwickelt. Aufgrund der demografischen Entwicklung seien unbedingt „Maßnahmen zu ergreifen, die dafür sorgen, die Gesundheit der Erwerbstätigen so lange wie möglich zu erhalten und gleichzeitig die Kosten der Betriebe für krankheitsbedingte Ausfälle möglichst gering zu halten“ - so die die Firma CoGAP in einem Beitrag „Ernährungsberatung durch DNA-Analyse“. Der DNA-Test wird direkt im jeweiligen Unternehmen durchgeführt. Nach Feststellung des „Metatyps“ (Stoffwechsel-Grundcharakter) werden den Mitarbeiter*innen auf Basis dieser genetischen Analyse individuelle Fitness- und Ernährungsprogramme verordnet. Insbesondere soll Übergewicht vorgebeugt werden.

Bei einer Umfrage stellte sich heraus, das knapp zwei Drittel der befragten Unternehmen Interesse an einem solchen Test haben, da ihrer Meinung nach auf diese Weise besonders die „Motivation der Mitarbeiter am Arbeitsplatz“ verbessert würde.

Angriff auf Hauptsitz von Google in München

Dokumentation:

Wir haben in der Nacht vom 6.11. auf den 7.11.16 den Hauptsitz von Google in München großflächig mit rotem Lack und Bitumen eingefärbt

(Informationen sind Macht. Wer sie besitzt ist mächtig.)
Das zentrale Geschäftsfeld von Google ist die kapitalistische Verwertung von Informationen, was den Konzern zu einem der mächtigsten Konzerne der Welt macht.



CoGAP fordert seinen Kund*innen auf „proaktiv“ mit ihrer Gesundheit umzugehen. Dabei definieren sie Krankheit als genetisches Risiko, das die Gesundheits-Selbstunternehmer*in privat managen muss. „Zunächst werden nur die Reichen davon profitieren, doch auch das wird sich ändern, wenn der Preis einer Genomsequenzierung unter 100 Dollar sinkt. Dann wird ein größerer Teil der Weltbevölkerung in den Genuss der hochspezialisierten, individualisierten Diagnosen kommen.“ (Eric Schmidt und Jared Cohen, Google: Die Vernetzung der Welt)

In diesem neuen, aufstrebenden Markt medizinischer Lifestyleprodukte steckt zudem ein fettes Potenzial, die immer noch geringe Akzeptanz für weitergehende Überwachungs- und Kontrolltechniken auf substaatlicher, individueller Ebene zu steigern.

Schluss mit der „fürsorglichen“ Übergriffigkeit!

Mund auf - der Lifestyle-Medizin die Zähne zeigen!

**Selbstbestimmung
statt fremdbestimmte Selbstoptimierung !**

anonym

Durch die Aufzeichnung von Suchabfragen und das Scannen sämtlicher über Gmail verschickter Mails lassen sich nach wenigen Monaten präzise Dosiers über unser Verhalten und dessen Vorhersagbarkeit erstellen. Die Entmündigung menschlicher Fähigkeiten ist eines der Geschäftsziele von Google - das Abhängig machen von seinen Diensten.

Wie bei jedem kapitalistischen Unternehmen basiert der Reichtum von Google auf der Ausbeutung seiner Mitarbeiter_innen. Doch Google ist mehr: sein Geschäfts-

modell ist der Versuch der Vermessung der Welt. Dabei geht es nicht nur um die kartografische Erfassung der Erde, sondern um eine möglichst vollständige Erfassung menschlichen Verhaltens. Die von Google abgeschöpften Daten werden bereits Heute kommerziell verwertet: für Marktanalysen, auf Kunden abgestimmte Werbung, zur Manipulation usw. All das ist nur der 1. Schritt. Die Analyse der Daten soll eine immer weitergehenden Vorhersage menschlichen Verhaltens in allen Lebensbereichen ermöglichen. Google weiß mit wem wir kommunizieren und will wissen was wir denken und denken werden.

Dieses Wissen und millionenschwere firmeninterne Forschungsprogramme wie Google Brain sollen in letzter Konsequenz die Schaffung künstlicher Intelligenz ermöglichen. Die Google-Strategen entwickeln dabei Szenarien in denen Menschen in wenigen Jahrzehnten durch künstliche Intelligenz ersetzbar sind. Was als Versprechen eines Lebens ohne Arbeit und Ausbeutung daherkommt bedeutet unter kapitalistischen Bedingungen nichts anderes als das überflüssig machen eines Großteils der Menschheit.

Nicht ohne Grund hat sich die Singularity University in direkter Nachbarschaft zum Hauptsitz von Google in Silicon valley angesiedelt. Die als Elite Universität konzipierte Einrichtung welche Führungskräfte aus der ganzen Welt in den Bereichen KI, Robotik, Nanotechnologie, Bioinformatik, Medizin und Netzwerktechnik ausbildet ist einer der maßgeblichen Vertreter der transhumanistischen Bewegung. Auf ihrer Eröffnungszereemonie fanden sich neben der Führungriege von Facebook auch Personen wie Ray Kurzweil und Larry Pagar ein (Mitbegründer von Google) der eine Eröffnungsrede

hielt. Ziel des Transhumanismus ist die Verschmelzung von Mensch und Technik. Nach ihrer Einschätzung wird das menschliche Gehirn bis 2030 komplett erforscht sein was die Möglichkeit erschafft sich in einem Postbiologischen Leben zu verewigen (einem Backup von einem selbst das in Computersystemen weiter existieren soll). Transhumanist_innen sind davon überzeugt das der Ausweg aus einer Welt die sie maßgeblich mit zerstört haben im Übergang von Mensch zur Maschine liegt. Ihre Akteure setzen sich aus aus einer ultra neoliberalen Rechten zusammen, welche ihren Ausgangspunkt im Machzentrum von Silicon Valley hat.



Das zugrundeliegende Effizienzdenken über fehlbare Körper die altern und krank werden können hat schon heute seine konkreten Auswirkungen auf Mitarbeiter_innen im IT-Sektor in Form von Eizellen-Einfrierung um die Ausfälle von Frauen im fruchtbaren Alter zu reduzieren.

Neben den ersten erfolgreichen Angriffen auf Google Shuttle-Busse in San Francisco die zur einer großen Verunsicherung innerhalb von Google geführt haben wurde die Einführung von Google Glasses bereits auf unbestimmte Zeit verschoben. An diese Erfolge kann anzuknüpft werden in dem wir Google auf allen nur denkbaren Ebenen sabotieren!

Die schöne neue Google-Welt demaskieren und angreifen!

Für ein Leben jenseits von Kontrolle, Macht und Ausbeutung!

anonym

DDoS-Attacke legt Twitter, Netflix, Paypal, Spotify und andere Dienste lahm

USA, Japan, Deutschland, 21. Oktober 2016

Wegen einer massiven DDoS-Attacke sind die Services großer US-Internetdienste, darunter unter anderem Twitter, Paypal, Netflix und Spotify, am Freitagabend in Teilen der USA und Europas zeitweise nicht zu erreichen.

Das US-Unternehmen Dyn teilte am Freitag mit, es untersuche eine Reihe von Angriffen auf seine DNS-Infrastruktur. Dyn betreibt nicht nur den Service DynDNS zur dynamischen Aktualisierung von Domain-Einträgen, sondern ist auch Provider für die klassischen DNS-Systeme vieler großer US-Konzerne.

Der Sprecher des Weißen Hauses, Josh Earnest, sagte laut dpa, das Heimatschutzministerium beobachte die

Situation, könne über mögliche Urheber aber noch nichts sagen.

Die DDoS-Attacke begann nach Angaben von DynDNS um 13.00 Uhr deutscher Zeit. Der erste Angriff betraf vor allem die US-Ostküste, eine zweite Welle folgte ab etwa 19 Uhr deutscher Zeit und hielt in der Nacht noch an. In Deutschland war zeitweise auch Amazon betroffen. Die Ausfallkarte von DynDNS zeigte Störungen in Deutschland, den USA und Japan.

Der Security-Journalist und -Blogger *Brian Krebs*, Ende September selbst Opfer einer massiven DDoS-Attacke, berichtet davon, dass dieser Angriff eventuell angekündigt war. In seinem Blog zitiert er eine Nachricht vom

vergangenen Montag, die vielen großen Unternehmen zugegangen sein soll. Darin hieß es wörtlich:

„Your network will be DDoS-ed in 96 hours if you will not pay 2 Bitcoins at [XXX] address. If you will not pay in time, DDoS attack will start, your web-services will go down permanently. After that, price to stop will be increased to 5 BTC with further increment of 5 BTC for every day of attack. NOTE, i'm not joking. My attack are extremely powerful now - now average 700-800Gbps, sometimes over 1 Tbps per second. It will pass any remote protections, no current protection systems can help.“

Krebs' Spekulationen zielen in die Richtung, dass Hacker ein riesiges Botnetz aus Smart Devices aufgebaut haben könnten. Er spricht davon, dass schlecht abgesicherte Geräte, etwa Überwachungskameras, digitale Videorecorder und private Router infiltriert worden sein könnten.

heise.de

G20 angreifen

Die Aktivitäten gegen den G20 Gipfel am 7.+8.Juli 2017 in den Hamburger Messehallen nehmen Fahrt auf. Nachdem das anarchistische Spektrum einen Aufschlag machte, gibt es nun Aufrufe aus so ziemlich allen Ecken. Wir lassen zunächst die Aktivist*innen einiger militanter

Aktionen im Gipfel-Kontext zu Wort kommen und schließen mit einem autonomen und dem umsganze Aufruf. Wir sammeln eure Aktivitäten und stellen sie ab jetzt in einem G20-Ticker zusammen - das Netz ist so kurzlebig ...

[HH] Hurra! Hurra! Die Messe brennt ...

Dokumentation:

Hamburg, 26. November 2016, anonym

<https://linksunten.indymedia.org/de/node/197648>

Wir haben heute um 23:00 an dem Austragungsort der OSZE- und G20 Gipfel, der Hamburger Messe im Eingang Süd, mit Reifen und Benzin Feuer gelegt. Die Glasfront an der Karolinenstraße ist einer intensiven Bearbeitung mit Hämmern, Farbe und Steinen unterzogen worden. Wir haben uns zu dieser Abrissinitiative entschieden, da wir die Messe, die sich als Messe zur Welt versteht, ebenso grundsätzlich ablehnen wie die dort geplanten Herrschaftstreffen.

Die Messe ist ein Symbol für den (bisher) nicht endenden Kreislauf von Produzieren und Konsumieren, von dieser Warengesellschaft, die Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausschließt und andere einschließt. Wir wollen diesen Kreislauf wie auch die Messe zerstören.

Die Messehallen befinden sich keineswegs praktisch im Wohnzimmer des Schanzen- und Karolinenviertels, wie sich die Landesvorsitzende der Grünen, Gallina, ausdrückte, sondern schwelten in der Vergangenheit lange als Abrissbirne über den Köpfen der Anwohner_innen. In den 50ern und 60ern hat die Stadt Hamburg große Flächen und viele Gebäude im Karolinenviertel aufgekauft und einen Wettbewerb ausgeschrieben, der als Prämisse den Totalabriss des Karos für eine Erweiterung der Messe und des

„Justizforums“ vorsah. An der Feldstraße war ergänzend dazu lange die Errichtung einer gigantischen Sport- und Mehrzweckhalle geplant. Als der Hamburger Senat in den 70ern nach und nach von den Abbruchplänen abrückte, versuchte die Messe AG weiter den Abriss umzusetzen. Und letztendlich erhielt die Messe neue Flächen und Hallen am Rande des Karolinenviertels. Flankiert wurde der Neubau durch Hotelbauten im Schanzenpark, der Schröderstiftstraße und der Feldstraße.

In den 80er, 90er und 0er Jahren wurde das Karo 1/4 zum Schauplatz von Hausbesetzungen (z.B. LaMa Häuser) und Kämpfen um den Bauwagenplatz Bambule. Die Hamburger Regierung erfand eine Stadterneuerungsgesellschaft, um den Bestand an baufälligen Gebäuden zu modernisieren und eine Befriedung und Aufwertung auf schleichendem Wege zu bewerkstelligen. Das Ergebnis ist das Aufmotzen des Karolinenviertels zu einer Erlebnis- und angesagten Einkaufszone für Hamburgtourist_innen. Nach dem Auslaufen der Mietpreisbindungen mussten viele arme Bewohner_innen wegziehen, da für sie die Miete zu teuer wurde.

Mit den Inhalten und Verkaufsangeboten der in den Hallen aufgeführten Messeevents konnten die Anwohner_innen meist wenig anfangen: Hanseboot und Hansegolf, Sportbedarf für Reiche und solche, die es werden wollen, Messen der Flugzeug- und Schiffbauindustrie wie die Aircraft Interiors Expo oder die größte Schiffbaumesse der Welt SMM, wo auch Rüstungsfirmen wie Lürssen ausstellen.



Im Windschatten der Hamburger Olympiapläne machten einige Strateg_innen aus Berlin un der Hansestadt eine Austragung des OSZE und des G20 Treffens klar, um die Popularität von Hamburg zu erhöhen. Außenminister und bald Bundespräsident Steinmeier empfahl Hamburg als Gipfelloation, da diese Stadt als Tor zur Welt gilt und als alte Hanse- und Hafenstadt für Weltoffenheit und Toleranz, für Kultur steht.

Wir assoziieren mit Hamburg vornehmlich Brechmittelfolter, Polizeiskandale, racial profiling, Kriegsschiffe im Hafen, die protzige Präsentierung ihres Reichtums durch die Hamburger Multimillionär_innen, monströse Investitionen in „Leuchtturmprojekte“ wie die Elbphilharmonie, Abschiebeknast am Flughafen und ein geschlossenes Heim, um Jugendliche wegzusperren.

Die Durchführung von politischen Gipfeln erscheint vielen erstmal als banal und normal. Doch die damit einhergehende Militarisierung, die Erprobung des Notstandes ist nichts, was einfach wieder verschwindet. Es handelt sich um Bestandteile einer ausgefeilten Repression und Kontrolle, die kontinuierlich weiter entwickelt wird.

Die Planungen und Vorbereitungen der Ordnung im Zusammenhang mit dem Treffen schreiten voran. Es werden Zellen im Untersuchungsgefängnis und den Knästen auf Hahnöfersand und in Billwerder hergerichtet. Die Polizei erhält einen neuen Panzerwagen namens Survivor, neue Sturmgewehre und neue Schutzschilde, für auswärtige

Bullen werden 15 Millionen Euro locker gemacht, die deutsche Polizeigewerkschaft beginnt Brötchen für ihre Kolleg_innen zu schmieren, Hubschrauber kreisen über der Stadt, Sixpacks der Bundespolizei erkunden das Terrain - aber auch wir stehen in den Startlöchern. Die Rebell_innen der Subversion werden in Hamburg deutliche Spuren hinterlassen und Zeichen der Zerstörung setzen.

This is a call for action: Gegen die herrschende Ordnung der Welt, den revolutionären Kampf organisieren, bis jede Grenze fällt.

Wir werden unsere Kämpfe nicht auf die Tage der Gipfel beschränken. Deshalb rufen wir international auf, den April 2017 für grenzenlose dezentrale Momente von Widerstand zu verwenden, Bezüge zwischen den unterschiedlichsten Kämpfen herzustellen und unsere Angriffe zu verstetigen.

- **Troublemakers of the world save the date: 7.7./8.7.2017**
- **dem G20 in Hamburg Tschüs sagen**

26.11.2016, Karolinenstraße, Hamburg

[B] Angriff auf HOCHTIEF

Dokumentation:

Berlin, 23. November 2016, anonym

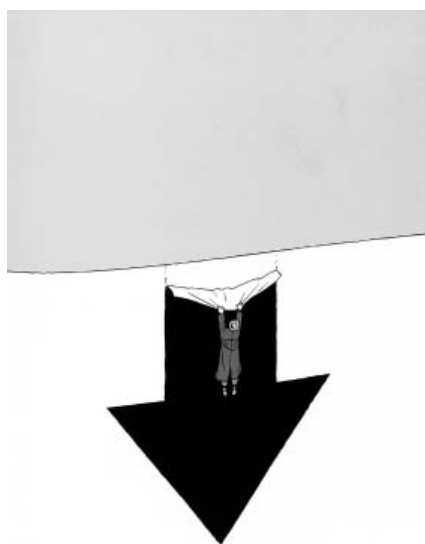
Ende August hat die „anarchistische Gruppe Rouvikonas“ in Griechenland eine Aktion gegen die Mautstelle der Autobahn Korynthos-Patras durchgeführt, dabei wurden die Scheiben der Mauthäuschen eingehauen und Flyers hinterlassen. Nach dem Angriff wurden 10 GefährtlInnen festgenommen und mit Haftstrafen bis zu 37 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Die Aktion richtete sich gegen den Bau einer privatisierten Autobahn einer Unternehmensgruppe, der neben einigen griechischen Unternehmen auch der deutsche Bauriese HOCHTIEF PPP SOLUTIONS GMBH angehört. In dem Schreiben der „anarchistische Gruppe Rouvikonas“ heißt es dazu:

„Wir lasen oft über die Unfälle auf der Nationalstraße, die Korynthos und Patras verbindet, eine Straße, die von den Benutzern als „Guillotine“ bezeichnet wird. Auch lasen wir von den Skandalen rund um den Bau dieser modernen Autobahn. [...] Dieses Projekt, das nie zu

Ende zu kommen scheint, wurde vom Staat mit Millionen Euro an Steuern finanziert, die den am stärksten gefährdeten Menschen in der Gesellschaft auferlegt wurden.

[...] Während das Projekt unvollendet bleibt, sind Mautgebühren bereits in Betrieb, die zusätzliche Einnahmen bringen und die Gewinne der Baufirmen erhöhen. Als ob es nicht genug wäre, dass von den Leuten erwartet wird, Straßengebühren für viele Jahre zu bezahlen, für ein Projekt, das sie bereits durch Steuern bezahlt haben, fordert das Unternehmen nun von den Reisenden, Mautgebühren zu zahlen, bevor die Autobahn überhaupt fertig gestellt wurde. [...] Sie fordern von den Leuten, für eine Straße zu zahlen, die tötet. Das ist für uns keine Überraschung, denn wir sind uns bewusst, wie Kapitalismus und Autorität wirken.“



HOCHTIEF, einer der Größten Baukonzerne weltweit, gilt als deutscher Krisengewinner, welcher maßgeblich von den Privatisierungsmaßnahmen wie eben dieser Autobahn oder dem Athener Flughafen in Griechenland profitiert. Während es den meisten Menschen immer beschissener geht,

werden auf ihrem Rücken Gewinne abgeschöpft.

Gleichzeitig tragen Konzerne wie HOCHTIEF mit ihren Großbauprojekten für Infrastruktur überall auf der Welt wesentlich zur Zerstörung von Natur und Landschaft bei. Es gibt kein nachhaltiges Bauen im Sinne des Kapitals. Es gibt nur größer und schneller, optimiert für den Warenfluss und den Profit. Alle anderen Behauptungen sollen sie in einem besseren Licht dastehen lassen und sind Heuchelei.

Wir haben in der Nacht zum 23. November den Neubau von HOCHTIEF, an der Köpenicker Straße 54, mit Farbe und Steinen angegriffen. Mit dieser Aktion senden wir Grüße an die GefährtlInnen in Griechenland, die für ihr Handeln die Repression des Staates zu spüren bekommen haben. Wir halten das Zerstören der Mautstation für legitim und notwendig und sehen unseren Angriff auf das Bürogebäude als Fortsetzung ihres Kampfes.

Aber auch die Örtlichkeit des Neubaus von HOCHTIEF am Spreeufer zwischen Mitte/Kreuzberg und Friedrichshain hat zur Auswahl unseres Zieles beigetragen. Da, wo vor nicht allzu langer Zeit noch Raum zum Wohnen, Treffen und Feiern außerhalb staatlicher Kontrolle lag. Da, wo der ehemalige Wagenplatz „schwarzer Kanal“ sein zu Hause hatte und die leerstehende Eisfabrik ein Unterschlupf für Obdachlose bot, wird ein Grundstück nach dem anderen verscherbelt. Alles was nicht verwertbar ist, wird früher oder später geräumt oder verdrängt, um dem Einzug des Kapitals den Weg zu bereiten. Das Resultat sind sterile, kameraüberwachte Bürogebäude und hochpreisige Eigentumswohnungen, die nur für einen exklusiven Kreis an Leuten mit dem nötigen Kleingeld erschwinglich sind. Die Stadt der Reichen gewinnt weiter an Boden und diejenigen, die sich die Teilhabe daran nicht leisten können oder wollen, müssen sehen wo sie bleiben.

G20 in Hamburg. ein Vorschlag...

Wir verachten diese Welt und ihre VerteidigerInnen. Den Egoismus und die Gier. Die Arroganz der Macht und die Selbstgefälligkeit der Verantwortlichen.

Diese Welt und alles wofür sie steht, findet auf dem G20 ihren Ausdruck. Das Treffen bietet uns die Möglichkeit die Verachtung gegenüber dem Bestehenden in offene Feindschaft zu verwandeln, welche sich in unseren Handlungen widerspiegelt.

Vieles wurde schon gesagt und geschrieben zu den Gipfelprotesten, den Großevents und dem Spektakel, das nicht nur die Herrschenden zu inszenieren verstehen. Es wurde auch immer wieder von Teilen der Protestbewegung reproduziert. Wir sind uns den Grenzen solcher Ereignisse bewusst. Trotzdem halten wir es für richtig, uns damit zu beschäftigen, darüber auszutauschen und die

Möglichkeiten und Perspektiven unsere Kämpfe entlang solcher Gipfel zu entwickeln.

Wir wollen uns nicht darauf beschränken im Sommer 2017 in Hamburg aufzutauchen, einen Krawall zu veranstalten um dann guten Gewissens wieder nach Hause zu fahren. Vielmehr liegt uns daran, schon jetzt im Vorfeld zu versuchen lokale Kämpfe miteinander zu verknüpfen, einen Bezug zueinander herzustellen und mittels Aktionen, Texten, Analysen und Berichten von den unterschiedlichsten Orten, Affinität zu schüren. Ziel sollte es sein, uns nachhaltig in unseren Kämpfen zu unterstützen und inspirieren.

Wir begrüßen zum einen eine militante Kampagne wie im Vorfeld zum G8 in Heilgendamm, zum anderen eine informelle Koordinierung, wie sie durch den Aufruf aus den griechischen Knästen zum Schwarzen Dezember entstand.

Selbstorganisierte lokale Kämpfe, wie die ZAD (zu verteidigende Zone) gegen den Flughafen in Westfrankreich. Die Kämpfe der Geflüchteten an den Grenzen Europas. Kämpfe in den Stadtteilen und Metropolen wie in Exarchia in Athen oder rund um die Rigaer Straße in Berlin. Der „Prison-Strike“ in den amerikanischen Knästen oder die Revolte gegen die rassistischen Morde durch Bullen in den USA. Dies sind nur einige wenige Beispiele aus der westlichen Welt, welche Ausgangspunkte sein könnten, um die VerteidigerInnen des Bestehenden auf breiter Front ins Visier zu nehmen. Es sollte darum gehen, diese Kämpfe durch einen internationalen Bezug zu stärken und über den Austausch von Wissen das Terrain dieser Kämpfe zu vergrößern.

Genauso wie HOCHTIEF, Telekom, Fraport, Deutsche Bank etc. in Griechenland für etliche Schweinereien verantwortlich sind, gibt es unzählige weitere Konzerne, die überall auf der Welt ihre Macht über unser Leben ausbauen. Im Auftrag des Kapitals und als Handlager der Autoritäten und ihren Repressionsorganen.

Neben den staatlichen Behörden wie Militär und Polizei, sind es zunehmend global agierende Firmen, die die Herrschaftssicherung übernehmen und gegen soziale Bewegungen ins Feld geführt werden. Eine ganze Industrie, von der Rüstungsfirma bis zu den IT-SpezialistInnen, verdient sich eine goldene Nase an der Aufstandsbekämpfung. Aber auch das massenhafte Wegsperrn von Menschen in privatisierten Knästen, nach dem Modell der USA, ist ein lukratives Geschäft. Durch die Versklavung und Ausbeutung der Inhaftierten schlagen Unternehmen maßlose Profite.

Oft sind es an unterschiedlichsten Orten dieser Welt die selben, die durch ihre schmutzigen Deals Elend verbreiten.



ten. Lasst uns diese benennen, ihre Mächenschaften bekannt machen und wo immer sie präsent sind, angreifen. Der G20 kann einen Bezugsrahmen darstellen, durch welchen sich die einzelnen Kämpfe und Angriffe miteinander koordinieren und verbinden lassen.

Andererseits gilt es zu verstehen, was den ganzen Laden eigentlich am laufen hält und wo die Schwachstellen

dieses System sind. Die Infrastruktur für Waren- und Datenflüsse, Verkehrswege und Glasfaserkabel, Stromnetze und Funkantennen bilden die Standbeine für eine funktionierende Ökonomie und bieten für uns eine Vielzahl von Möglichkeiten, diese zu stören und zu sabotieren.

In Berlin wurde bereits vorgelegt und ein Funkmast der Bullen angezündet. Dazu heißt es in einem Schreiben:

„[...] die Überwachung des urbanen Raums durch intelligente Videosysteme und den Schnittstellen zwischen verschiedenen Behörden, wird unentwegt vorangetrieben und zielt auf die Regulierung und Steuerung aller Individuen. Die durch IT-Firmen entwickelten Techniken und Algorithmen erleichtern die Arbeit repressiver Organe. Durch das massive Einspeisen von Informationen in Datenbanken, werden Prognosen aufgestellt, in welchen Gegenden potentiell mehr Straftaten zu erwarten sind.

Firmen und Institutionen, die sich an der Entwicklung und Perfektionierung dieser Technologien beteiligen, sind ein entscheidender Faktor zum Erhalt der sozialen Ordnung und eine Säule der Sicherheitsarchitektur um bestehende Machtverhältnisse aufrecht zu erhalten. [...]

[B] Angriff auf Thales

Dokumentation:

Berlin, 12. November 2016, anonym

<https://linksunten.indymedia.org/en/node/197315>

Es wird wärmer, was die Vorbereitungen zu einem heißen Juli gegen den G20 betrifft. In der Nacht vom 11. auf den 12. November wurde Firmeneigentum von Thales zerstört.

Thales ist eines der elf größten Rüstungskonzerne mit einem Jahresumsatz von 14 Milliarden Euro und darüber hinaus Teil etlicher Technologieprogramme, wie an dem Satellitenprogramm Galileo:

um zumindest zeitweise den reibungslosen Ablauf zu unterbrechen, haben wir den Funkmast der Bundesbullen am Südkreuz angezündet. Das zweite Feuer galt einer Überwachungsanlage der Bundesnetzagentur. [...]"

Gerade mit Blick auf den kommenden G20 in Hamburg, der im Zentrum einer Metropole stattfinden wird und alleine schon deswegen die Sicherheitsbehörden an den Rand ihrer Möglichkeiten bringt, halten wir es für interessant solche Handlungsoptionen für den Zeitraum des Gipfels und davor mit zu denken. Denn die Infrastruktur einer Großstadt lässt sich auch durch mehrere tausend Bullen nicht vollständig schützen. Sowohl die geladenen Gäste wie auch ihre Wachhunde sind ständig darauf angewiesen von A nach B zu kommen, miteinander zu kommunizieren und mit Energie und Waren versorgt zu werden. Diese Logistik findet an realen Orten statt. Wir müssen verstehen wo und wie diese funktioniert, um genau dort zuzuschlagen.

Wir sind uns sicher, dass die Dynamik eines guten Riots ein passendes Mittel ist, um in Hamburg einen Kontrollverlust zu bewirken. Wenn sich dieser durch gut gezielte Nadelstiche auf die Infrastruktur der Stadt ergänzen lässt, dann könnte dies ein wahres Freudenfeuer werden.

Solidarität mit den rebellischen Gefangenen.

Grüße an die beschuldigten im Zusammenhang mit den Banküberfällen in Aachen.

Viel Kraft an die Betroffenen der Hausdurchsuchungen in Berlin.

Gegen den G20. Für die Freiheit!

...In Hamburg sagt man Tschüss!

Anfänglich nur für zivile Zwecke konzipiert, wie Smartphones, Navigationsgeräte, etc. beschloss das Europäische Parlament im Juli 2008, dass diese Technik auch für Operationen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) „zur Verfügung stehen“ sollte.

Thales entwickelte auch das Projekt „watchkeeper“. Hier wurde im Auftrag der britischen Streitkräfte eine unbemannte Drohne (Thales Watchkeeper WK450) hergestellt. Die 2012 fertiggestellten Drohnen flogen bis 2014 an die 140 mal über Afghanistan und konsequenterweise wurde die Drohne 2016 weiterentwickelt. Seit diesem Jahr ist es möglich die Drohne mit einem 2-kg-Ge- fechtsskopf und Laser- sowie GPS-Steuerung auszurüsten.

So kann die Technologie von Thales endlich auch direkt töten.

Mit ihrem Drohnenprogramm sind sie aber auch schon im Jungle von Calais aufgefallen, dort sind ihre Produkte auch herumgeflogen. (eine Liste von bei der Räumung Beteiligter findet sich hier)

Dies war unser eigentlicher Anlass, den antiken griechischen Philosophen Thales beim Wort zu nehmen: (*Untätigkeit ist eine Qual*). Deshalb mussten wir ein Auto des Rüstungskonzerns in Weißensee abbrennen.

So freute uns auch die Nachricht der letzten Woche, von dem brennenden Bohrbagger auf der Cuvrybrache in Berlin. Und möchten uns hier den Worten der Gefährten_innen anschließen: "In Hamburg und auf dem Weg dort hin, wollen wir genau über diese Fragen und Konflikte auf globaler Ebene in Austausch und Diskussion kommen. Denn so wie Gentrification nicht an einer Landesgrenze

endet, sollte unser Widerstand nicht an einem Ort enden, sondern vielmehr gemeinsam mit vielen Orten und Konflikten pulsieren. Auf das wir eine Gemeinsame taktung finden und ein staccato des Angriffes entsteht."

**Wir sind überall. Kämpfe verbinden.
G20 zum Desaster machen.**

(weiterführend auch: anarchistischer Aufruf G20)

"... dazu entsteht in den Reihen des Feindes eine Verwirrung, weil mehrere Brennpunkte des Konfliktes ausbrechen und nicht nur dort, wo er es erwartet und sich darauf vorbereitet hat, sondern auch an anderen Punkten, die im strategischen Lageplan der Bullenoperationen unvorhersehbar waren."

Verschwörung der Feuerzellen – Schwarze Internationale

[B]ohr-Bagger brennt

Dokumentation:

Berlin, 21.November 2016, anonym

<https://linksunten.indymedia.org/de/node/197276>

Wir haben in der Nacht von Donnerstag auf Freitag den Bohrbagger auf der Cuvry-Brache mittels vier Litern Benzin in Brand gesetzt.

In weniger als einem Jahr versammeln sich viele Clowns, neue und alte, in Hamburg um den G20 Gipfel zu veranstalten. Es werden Bilder gemacht von lächelnden Staatschefs, es wird sich gegenseitig gelobt, doch nun endlich etwas gegen Krieg, Flucht oder Klimaerwärmung getan zu haben – gleichzeitig werden an den Zäunen einige Bewegungsmänner*innen rütteln und Widerstand simulieren – aber im Grunde, alles Teil des selben Spektakels.

Kein Gegen-Gipfel mit eigenen Bildern kann auf dieses Spiel die Antwort sein, kein Themen-Marathon mit Partei-Programm ähnlichen Antworten, keine inhaltliche Leere...

Ein Weg – keine Antwort - ist die Eskalation und Entwicklung unserer Konflikte in den Stadtteilen und Kiezen. Überall in Europa gibt es Widerständige-Orte an denen sich die Themen der Globalen Ebene in unseren Alltags-Kämpfen widerspiegeln, sich Menschen wehren

und neue solidarische Orte entstehen. Wenn wir nun also an einem konfliktreichen Ort wie der Cuvry-Brache ein Feuer gegen einen unnötigen Neubau entfachen, dann genau um diese Konflikte zu stärken und in globalen Bezug zusetzen. Gentrification, Kapital-Investment in Form von Neubauten, Gefahrengelände und vermeintliche Bürgerbeteiligung sind überall präsent - egal ob in Barcelona bei der Räumung des Can Vies, in Exarchia die Kunst als neuer hipper Scheiß oder in der Rigaer Straße der CG-Gruppen Neubau.

In Hamburg und auf dem Weg dort hin, wollen wir genau über diese Fragen und Konflikte auf globaler Ebene in Austausch und Diskussion kommen. Denn so wie Gentrification nicht an einer Landesgrenze endet, sollte unser Widerstand nicht an einem Ort enden, sondern vielmehr gemeinsam mit vielen Orten und Konflikten pulsieren. Auf das wir eine Gemeinsame taktung finden und ein staccato des Angriffes entsteht...

Konflikte verbinden, Kiez-Kämpfe nach Hamburg zum G20-Gipfel tragen – Heute lokal morgen global!

Am 7 & 8 Juli in Hamburg und darüber hinaus...

Autonome Gruppen

PS: Und eines sollte klar sein: falls weiter gebaut wird – wir kommen wieder!

Und wer weiß, vielleicht wird der Investor auch mal direkt in München angegriffen...



[B] Brandanschlag auf Telekom-Fuhrpark

Dokumentation:

Berlin, 6. November 2016, anonym

Acht Monate vor dem Gipfel der G20 in Hamburg verüben klandestine Zusammenhänge in ganz Europa jede Nacht ihre Anschläge auf die bestehende Ordnung. Meistens ohne sich zu kennen, werden in den Hotspots der anarchistischen Subversionen, verteilt auf die staatlichen Konstrukte der Festung Europa, doch immer wieder ähnliche Adressaten für unser Feuer gefunden. Oft im lokalen Bezugsrahmen und zu selten mit der Perspektive einer länderübergreifenden Sabotage gegen den Herrschaftsapparat.

So ist das Netz der Angriffsbereiten und Angriffswilligen immer auf der Suche nach Möglichkeiten, die Aktionen auf einen gemeinsamen Fokus zu lenken. Wir sollten mehr Mut haben uns zu verabreden, zu verreisen, um Orte aufzusuchen wo wir uns begegnen, in Austausch treten und unsere verwandten Erfahrungen vervielfachen. Es geht uns aber auch darum an den Orten, wo wir leben Aktionen durchzuführen, die über lokale und spezifische Kontexte hinaus Verbindungen schaffen, die temporäre Grenzen ignorieren und damit unkalkulierbar werden.

Wir sehen diese Kriterien in vielen Momenten und Bewegungen autonomer Gruppen weltweit, aber haben viel zu oft das Gefühl, dass es bei verbalen Solidaritätsbekundungen bleibt anstatt in eine inhaltliche Auseinandersetzung über zu gehen.

Wir haben uns deswegen dazu entschlossen, die Mobilisierung gegen den G20-Gipfel zu unterstützen und als Moment zu betrachten, der die Möglichkeit eröffnet Bezüge unter unseren oft isolierten Kämpfen, entweder in Texten zu diskutieren, aber vielmehr in Aktionen zum Ausdruck zu bringen.

Die nächsten Monate der Planungen und Ausführung werden, so hoffen wir, internationalen Charakter haben, wenn es erreicht wird autonomen Gruppen den Bezugspunkt einer Vorfeldkampagne zum G-20 Gipfel zu vermitteln. Wir sprechen uns also dafür aus, dass selbst die abgeschiedensten und isoliertesten Zellen dazu aktiv

werden die Angriffe zu planen und zu verbinden und somit die Mobilisierung flächendeckend verstärken.

Dies wird dazu führen, dass auch neue autonome Gruppen aktiv werden und Wissen über den Angriff sammeln können. Die Phase bis zum G20-Gipfel soll mit dem Ziel verbunden sein, unsere reale Stärke festzustellen und danach nicht auf das nächste Event zu warten. Vielmehr haben die Texte aus den Zonen der Revolten in Frankreich oder Griechenland uns die Hoffnung gegeben, eine Annäherung an die ununterbrochene Subversion in den urbanen Zentren finden zu können.

Das Prinzip ist nicht neu und vielfach erprobt. Zuletzt bei Destroika und den dezentralen Aktionen gegen die Räumung der Rigaer 94 wurde es geschafft, den großen Teil unseres Potentials zu nutzen, was sich in jeder Hinsicht gelohnt hat. Begleitet wurde die kampagnenartige Zuspitzung durch anschlussfähige militante Massenergebnisse. Daran müssen wir immer öfter und energischer anschließen.

Wir rufen also ausdrücklich alle militanten Gruppen dazu auf, ab jetzt aktiv zu werden und kleine oder große Aktionen gegen den Terror der G20 – Staaten und die damit einhergehende Kannibalisierung der Gesellschaft durchzuführen.

Unsererseits haben wir am Sonntag Morgen, 6. November auf einem Parkplatz der Deutschen Telekom in Berlin Hohenschönhausen mehrere Brandsätze deponiert und somit einen Teil des Fuhrparks zerstört. Wie bereits von einer Hamburger Gruppe nach ihrem Anschlag auf COSCO herausgearbeitet, ist die Deutsche Telekom als zivil – militärischer Konzern, ein globaler Player der Repression und Ausbeutung. Aktuell ist die Deutsche Telekom in die technische Unterstützung von Frontex involviert, um Fluchtrouten und Schleuser zu ermitteln. Mit der Übernahme der griechischen Telefongesellschaft OTE haben sie den Zorn bereits mehrfach auf sich gelenkt. Wir haben diesem Zorn einen weiteren Ausdruck verschafft.

G20 – Gipfel in Hamburg angreifen!

Eine Autonome Gruppe

[HH] Buttersäure gegen Porsche von Bankenpräsident

Dokumentation:

Hamburg, 16. Oktober 2016, anonym

Heute Nacht verschafften wir uns Zugang zu dem Privatgelände von Hans Walter Peters, In de Bost 6a in Blankenese, Hamburg. Wir haben seinen Porsche Cayenne mit Buttersäure stillgelegt.

Damit stellen wir die Frage nach der Reichstumsverteilung – "Wessen Welt ist die Welt" – in Hamburg und

setzen sie auf den militanten Fahrplan bis zum G20 im Juli 2017.

"Panama-"Peters besitzt ein Vermögen von 250 Millionen Euro und ist einer der 60 Superreichen in Hamburg. 1994 begann er bei der ältesten deutschen Bank, der Berenberg-Bank. 2000 wurde er persönlich haftender Gesellschafter – eine Formulierung, die uns ganz gut gefällt -, 2009 übernahm er die Sprecherrolle der Gesellschafter. Er hat 26% der Stimmrechte an Berenberg.

2015 erzielte die Bank einen Jahresüberschuss von 104 Millionen Euro. Sie begleitete im vergangenen Jahr zehn Börsengänge – mehr als jede andere deutsche Bank. Berenberg verwaltet ein Vermögen von mehr als 40 Milliarden Euro. Privatkund_innen werden erst ab einer Einlage über einer Million Euro akzeptiert. Die Berenberg Bank spendete in der Vergangenheit mindestens eine Million Euro an die CDU. Die SPD und die FDP wurden auch geschmiert.

In die Schlagzeilen geriet diese ehrenwerte Bank über die Veröffentlichung der Panama Papers und ihren Kontakt zur panamaischen Kanzlei Mossak-Fonseca mit ihren Waffenschiebereien und Drogengeschäften. Fonseca hatte ihren Kund_innen die Hamburger Bank wärmstens empfohlen.

Wir machen uns keine Illusionen über die Freundlichkeit, Ehrlichkeit und das soziale Gewissen von Geldinstituten – “Deutsche Banken, deutsches Geld morden mit in aller Welt!” Eine Bank, die 67% Eigenkapitalrendite einführt,

kann dies nur über die Abwicklung dreckiger Geschäfte im großen Stil erreichen. Jede_r Normalverdiener_in kann sich ja mal ausrechnen, wie lange es bräuchte, um wie Panama-Peters in 20 Jahren 250 Millionen Euro anzuhäufen.

Peters war seit 2013 im Präsidium des Bundesverbandes der deutschen Banken. Im April 2016 wurde er Präsident dieser Vereinigung, der 210 private Geldhäuser angehören. Jetzt ist er der Bankenlobbyist Deutschlands schlechthin. Der Bundesverband deutscher Banken machte während der “Griechenland-Krise” Druck auf die Bundesregierung und die EU, um “Kredithilfen” und die damit gekoppelten Auflagen durchzusetzen. Die deutschen Banken, die erheblich im griechischen Bankensektor investiert hatten, wollten kein Geld verlieren.

Macht weitere Aktionen gegen die Pfeffersäcke vor dem G20. Irgendwann werden wir uns von diesem Pack verabschieden können – in Hamburg sagt mensch Tschüss!

[HH] Brandanschlag auf PKWs von Polizeidirektor Enno Treumann

Dokumentation:

Hamburg, 23. September 2016, anonym

“10 000 mal kontrolliert
10 000 mal ist nichts passiert
aber heute Nacht (23.9.2016)
hat es Buuum gemacht”

nämlich in Polizeidirektor Enno Treumanns Carport, der vor seinem Einfamilienhaus, Raamfeld 12, zu finden war. Die Autos der Familie Treumann wurden durch Feuer vernichtet und die Nachtruhe des Menschenjägers gestört.

Enno Treumann ist Chef der “Region Mitte” und zählt zu den ranghöchsten Bullen Hamburgs und ist seit 20.4.2016 Leiter der “Task-Force Drogen”. Die 80 köpfige Sondereinheit betreibt eine Hetzjagd auf vermeintliche Dealer_innen in St. Pauli, der Sternschanze und St. Georg. Ihre Bilanz: von April bis Ende August wurden 230 Einsätze durchgeführt, über 11 500 Personen überprüft, mindestens 5000 Platzverweise und Aufenthaltsverbote ausgesprochen, mehr als 350 Menschen wurden vorläufig festgenommen, 2000 Strafanzeigen gestellt, 60 Haftbefehle erlassen und 13 Freiheitsstrafen verhängt. Im Rahmen der Amtshilfe kamen mindestens 5000 Bullen zum Einsatz.

Für People-of-Color wurden die Einsatzgebiete der Task-Force zeitweilig zu No-Go-Areas.

Den medialen Höhepunkt markierte eine von Treumann veranlasste Razzia von Gebäuden in der St. Pauli Hafenstraße: 3 Hundertschaften, einschließlich schwerbewaffneter verummter Beweis- und Festnahmeeinheiten,

riegelten die Straße ab, brachen eine Haustür auf, bedrohten die Bewohner_innen und beschlagnahmten eine Mehrfachsteckdose und ein Stromkabel.

Im Hof nahmen die Bullen 34 mutmaßliche Dealer_innen vorläufig fest. Der Hamburger Senat und die Polizei demonstrierten Stärke im “Krieg gegen die Drogen”. Polizeipräsident Meyer sagte: “Wir werden es den Dealern so ungemütlich wie möglich machen.”



Dass dabei auch jemand tot auf der Strecke bleibt, wie Jaja Diabi, der wegen 1-2 g Mariuhana festgenommen wurde und im Gefängnis gestorben ist, juckt die Staatsmacht nicht.

Demonstrationen gegen die rassistischen Kontrollen vor dem Wohnhaus des Innenministers Grote werden dagegen als unakzeptabel und unerträglich bezeichnet. Dienst ist Dienst und privater Feierabend privat.

Wir sind da eher Sympathisant_innen des Grundsatzes:

Täter haben Namen und Adressen und “sowas kommt von sowas”!

Der Boss der Polizei Region Mitte, Enno Treumann, wird in der Zeit des G20 Gipfels mit operativen Aufgaben betreut. Die Häuser und Autos der Polizeiführer sind für uns legitime Ziele.

Wir unterstützen den Vorschlag der Militanten, die vor einigen Wochen die Reederei Cosco angegriffen haben, die Herrschaftstrukturen vor den G20 Gipfel anzugreifen und in Hamburg und anderswo Tschüss zu sagen zu allem, was uns auf dem Weg zu einer befreiten Gesellschaft im Wege steht.

Heute haben wir den Autos des Polizeidirektors Treumann Tschüss gesagt.

Bullen verpissst euch, keiner vermisst euch die rassistischen Kontrollen stoppen

[B] Funkmast der Bundespolizei angezündet

Dokumentation:

Berlin, 8. September 2016, anonym

im juli 2017 wird in hamburg ein großes spektakel der 20 führenden industrienationen stattfinden., denen die eigene sicherheit und die erhaltung ihrer privilegien einer ausbeuterischen welt am herzen liegen. das tophema wird natürlich die aktuelle sicherheitspolitische lage sein. im gesamt europäischen raum und auch darüber hinaus gibt es derzeit momente, die die sicherheitsarchitektur ins schwanken bringen. angefangen mit den unfreiwilligen fluchtbewegungen tausender illegalisierter, über die selbstorganisationsversuche von neu entstehenden bewegungen sei es in frankreich oder ferguson, bis hin zu rebellischen stadtvierteln in verschiedenen europäischen metropolen. alleine die vorstellung darüber, dass ein leben ohne ihre regulierungen funktionieren könnte, raubt den vertretern der nationen den schlaf und lässt sie enger zusammenrücken, um diese faktoren zu eliminieren. hierbei wird der deckmantel der „terrorabwehr“ der öffentlichkeit gegenüber als universeller grund angeführt um ihr handeln zu rechtfertigen. dass die verschärfungen am ende alle betreffen und besonders auf strukturen abzielen, die sich nicht der regelkonformen gesellschaft unterwerfen und die eigene ausbeutung nicht akzeptieren wollen, interessiert die wenigsten und führt zu einer ungebremsten perfektionierung der überwachung.

nach dem kurzzeitigen kontrollverlust und den massenhaften unüberwachten grenzübertritten innerhalb des letzten jahres wurden alle grenzen im europäischen raum

zeitweise geschlossen oder grenzkontrollen wieder eingeführt. um die reibungslose verteidigung nationaler grenzen als eckpfeiler staatlicher macht zu gewährleisten, entstanden vor allem im bayrischen grenzgebiet kontrollposten durch die bundespolizei um die ungebetene gäste von anfang an nach verwertbarkeit zu kategorisieren und möglichst frühzeitig abzuweisen. diese sortierung wird in der edac datenbank



des bka vorgenommen, welche eine vielzahl von informationen aufnimmt: fingerabdrücke, portraits und kontakt-netze. dadurch wird nachvollziehbar, wo, wann und wie die „illegalen“ überquerungen stattfinden. erst deutsche firmen wie die telekom und t-systems ermöglichen weltweit diese routinierte verarbeitung durch die entwicklung und bereitstellung von überwachungstechnik.

der computerriese ibm, der eine vorreiterfunktion in der überwachung ganzer städte einnimmt und in engster freundschaft zu den herrschenden steht, baute in rio ein kontrollzentrum, welches die vernetzung einzelner behörden ermöglicht und ganze stadtteile in echtzeit überwacht. das „intelligent operation center“ in rio ist nur eine kurzer blick in die zukunft. aus dem verlangen nach sicherheit und ordnung entstehen immer mehr dieser zentren. so wird im gefechtsübungszentrum „schnöggersburg“ nicht der nächste einmarsch in ein krisengebiet geplant, sondern die asymmetrische bekämpfung von aufständischen im inneren. mittlerweile übernimmt deutschland wie in vielen anderen bereichen der rüstungs- und sicherheitsindustrie, eine führungsrolle und teilt bereitwillig taktiken mit anderen ländern, um den machterhalt und die wirtschaftlichen interessen auch außerhalb der eigenen grenzen zu sichern.

die weiterentwicklung der automatisierten strafverfolgung schreitet zügig voran. auf einigen autobahnabschnitten entstehen derzeit vernetzte kamerasysteme, die alle passierenden fahrzeuge einloggen und beim verlassen des abschnitts entsprechend ausloggen. es wird immer nachvollziehbarer, wo man sich wann und wie bewegt. die entsprechende technik wird als zukunftsweisend beworben und soll effizienter verstöße im verkehrswesen abstrafen. mittlerweile werden diese technologien im alltag immer invasiver eingesetzt. so gibt es eine projektgruppe bestehend aus regierenden, strafverfolgungsbehörden und der deutschen bahn, die derzeit an einer gesichtserkennungssoftware arbeitet. diese soll an bahnhöfen die gesichter aller reisenden erkennen und in echtzeit mit einer datenbank beim bka abgleichen.

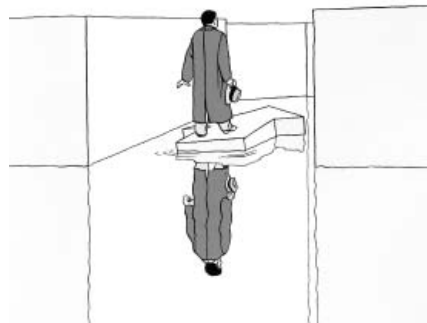
der mensch wird als biometrische datei gespeichert, verarbeitet und identifiziert. diese daten werden schon seit jahren gesammelt und bewegungsprofile erstellt, die es ermöglichen nachzuvollziehen, welche person sich in welcher straße bewegt. private ip-kameras von denunzianten tragen zur optimierung dieser prozesse bei, da diese dauerhaft vernetzt sind und entsprechend durch die schweine genutzt werden. die überwachung des

urbanen raums durch intelligente videosysteme und den schnittstellen zwischen verschiedenen behörden, wird unentwegt vorangetrieben und zielt auf die regulierung und steuerung aller individuen. die durch it-firmen entwickelten techniken und algorithmen erleichtern die arbeit repressiver organe. durch das massive einspeisen von informationen in datenbanken, werden prognosen aufgestellt, in welchen gegenden potentiell mehr strafatzen zu erwarten sind.

firmen und institutionen, die sich an der entwicklung und perfektionierung dieser technologien beteiligen, sind ein entscheidender faktor zum erhalt der sozialen ordnung und eine säule der sicherheitsarchitektur um bestehende machverhältnisse aufrecht zu erhalten. es gibt tausende profiteure, die sich durch die stetige weiterentwicklung und technologischen fortschritt als feinde der freiheit offenbaren. sie sind angreifbar.

um zumindest zeitweise den reibungslosen ablauf zu unterbrechen, haben wir den funkmast der bundesbullen

am südkreuz angezündet. das zweite feuer galt einer überwachungs-vorrichtung der bundesnetzagentur.



solidarische grüße senden wir an aaron und balu, die seit fast zwei monaten eingesperrt sind und auch an alle anderen inhaftierten genoss_innen.

wir rufen dazu auf, im vorfeld des g20 gipfels die infrastruktur der herrschenden und deren profiteure anzugreifen!

[HH] Steine und Farbe gegen Chinese Ocean Shipping Company (COSCO)

Dokumentation:

Hamburg, 7. September 2016, anonym

Wir haben am 7. September 2016, in dem Monat, in dem der China Summit in Hamburg und der G20 Gipfel in Hangzhou stattfinden, die Europazentrale der Chinese Ocean Shipping Company (COSCO) in der Hamburger Neustadt (Herrengaben 74) mit Rauch, Steinen und Farbe angegriffen.

„SEHT HER GRIECHEN, SO GEHT WIRTSCHAFT HEUTE“

(Focus Überschrift zu dem COSCO-Deal 2009 und den Arbeitsbedingungen im Hafen)

COSCO ist die relevanteste Reederei Chinas und viertgrößte Containerreederei der Welt. 2016 hat COSCO 67 % der Hafengesellschaft von Piräus für 368,5 Mio Euro vom griechischen Privatisierungsfonds gekauft. Piräus ist die Nummer 1 der Passagierhäfen in Europa und einer der führenden europäischen Frachthäfen. Bereits 2009 hat COSCO Teile des Hafens für einen Zeitraum von 35 Jahren für eine jährliche Gebühr von 100 Mio Euro gepachtet.

Der Deal bescherte COSCO großzügige Steuererleichterungen und befreite die chinesische Reederei weitgehend von Sozialabgaben für die Hafenarbeiter_innen. COSCO ersetzte Festangestellte durch Zeitarbeiter_innen ohne Tarifverträge, kürzte die Rentenansprüche, führte unbezahlte Überstunden ein und lockerte Arbeitsschutzrichtlinien. COSCO Angestellte verfügen über weniger als die Hälfte des Einkommens, welches ihre Kolleg_innen bekamen, die bei der städtischen Hafengesellschaft OKP beschäftigt waren. Gegen die Privatisierung gibt es breiten Widerstand: Die Streiks und Proteste der Hafenarbeiter_innen in Athen und Thessaloniki, aber auch den

Flughäfen auf den Urlaubsinseln, ziehen sich durch den ganzen Sommer.

Mit dem Kauf des Hafens von Piräus verschafft sich China einen Zugang zu den europäischen Märkten. Viele Computerhersteller (Hewlett-Packard, ZTE, Huawei, Sony) verschiffen bereits ihre in China hergestellten Produkte nach Griechenland. Großes Interesse gilt dabei der Weiterverarbeitung chinesischer Produkte in Europa, damit diese ein Zertifikat der Europäischen Union erhalten.

Mittlerweile besteht ein dichtes Netz von chinesischen Hafenbeteiligungen im gesamten Mittelmeerraum: Anteile der italienischen Häfen von Genua und Neapel, der Häfen von Alexandria und Said in Ägypten, Hafenanlagen in Haifa und Ashdod, wie im türkischen Kumpport und im algerischen Cherdell gingen in chinesischen Besitz über. Diese Einkaufsoffensive ist Teil der 2013 von der chinesischen Staatsführung vorgestellten Strategie einer neuen Seidenstraße: „one belt one road“.

DAS TROIKA DIKTAT UND DIE ROLLE DEUTSCHLANDS

Der Verkauf des Hafens von Piräus ist nur eins von vielen Beispielen für die Privatisierungsmaßnahmen in Griechenland. Verscherbelt werden Gas- und Stromversorgung (noch in diesem Jahr soll der griechische Erdgasfernnetzbetreiber DESFA verkauft werden), Post, Wasserwerke und Autobahnen, Häfen und Flughäfen, aber auch Thermalquellen, Inseln, Strände und Immobilien. Ganz im Sinne der Auflagen, die das Land im Gegenzug für die Kredite der Troika (bestehend aus EZB, EU-Kommission und IWF) erfüllen muss. Durch den Verkauf von Staatseigentum an private Investor_innen aus aller Welt soll Athen 50 Mrd Euro einnehmen. Erzielt wurden seit 2011 jedoch nur 3,5 Mrd Euro.

Profiteure dieses Ausverkaufs sind nicht zuletzt deutsche Firmen: So buhlt die Münchener Gesellschaft Deutsche Invest Equity Partners GmbH um das Hafenundernehmen OLTH und Siemens bewirbt sich um den griechischen Strombetrieb.

Die ehemals staatliche Telefongesellschaft Griechenlands, OTE, ist mittlerweile zu 40 % im Besitz der deutschen Telekom. Die Übertragung von weiteren staatlichen Anteilen an die Telekom soll eine der Bedingungen für die Auszahlung der Kredite gewesen sein. Über 3300 Stellen hat die Telekom in dem Unternehmen bereits gestrichen. Ein solcher Arbeitsplatzabbau droht auch den anderen öffentlichen Einrichtungen, die privatisiert werden.

Ein großer Gewinner der Privatisierung in Griechenland ist die Frankfurter FRAPORT. Für 1,2 Mrd Euro hat FRAPORT die 14 profitabelsten Flughäfen für die Dauer von 40 Jahren gepachtet. Umfangreiche Subventionen, Transferleistungen und staatliche Garantien wurden von Seiten des griechischen Privatisierungsfonds ebenso zugesichert, wie ein Verzicht auf Immobilien und Gemeindesteuern. Vermutlich werden die Haupteigner der FRAPORT (das Bundesland Hessen, die Stadt Frankfurt und die Lufthansa) Gewinne in zweistelliger Milliardenhöhe in den nächsten Jahrzehnten einstreichen.

Der ursprüngliche Plan, eine Mischung aus profitablen und defizitären Flughäfen abzustoßen, war kurz zuvor verworfen worden. Sehr wahrscheinlich eine Initiative der deutschen Regierung innerhalb der Troika, zumal die Lufthansa Consulting GmbH (Tochter des mit 8 % an FRAPORT beteiligten Lufthansa Unternehmens) bei dem Deal die Beratung übernommen hatte.

Während deutsche Firmen sich in Griechenland die Sahnestücke sichern, wird in der deutschen Presse gegen „die Griech_innen“ gehetzt, mit Bezeichnungen wie „faul“ oder „auf unsere Kosten“ soll das Spardiktat legitimiert und eine solidarische Bezugnahme verhindert werden. Dabei ist Deutschland eine der treibenden Kräfte hinter der Austeritätspolitik der EU, die Griechenland aufgezwungen wird. Eine Anmaßung sondergleichen, wenn man bedenkt, dass bisher keinerlei Entschädigung für die deutschen Kriegsverbrechen in Griechenland gezahlt wurden.

SOZIALABBAU IM ZEICHEN DER TROIKA

Neben der Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen treibt das Spardiktat der Troika den Sozialabbau voran: Staatliche Leistungen werden gekürzt oder ganz gestrichen, Ausgaben für den Bildungssektor gesenkt und Steuern erhöht.

Die strenge Sparpolitik Griechenlands hat verheerende Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der dort lebenden Menschen. Dabei wirkt sie sich hauptsächlich

auf die sozial Schwächeren aus. 30 % der Griech_innen leben mittlerweile am Rande oder unterhalb der Armutsgrenze, viele sind obdachlos.

Mit knapp 27 % (2008 waren es 7,4 %) ist die Arbeitslosenquote die höchste der EU, für Jugendliche lag sie 2014 bei 51 %. Arbeitslosengeld von maximal 360 Euro gibt es nur für ein Jahr, anschließend fällt auch die Krankenversicherung weg. Mittlerweile hat jede_r dritte Griech_in keine Krankenversicherung. Und jene, die noch versichert sind, bekommen Medikamente, wenn diese überhaupt noch zu bekommen sind, nur bei Vorauszahlung. Viele Menschen haben weder fürs Krankenhaus noch für Medikamente das Geld. Zudem sind die meisten Krankenhäuser geschlossen. Insbesondere chronisch Kranke, HIV-positive und Krebspatient_innen sind gefährdet. Die Suizidrate im Land hat sich verdoppelt, die Neugeborenensterblichkeit liegt bei 43 %!

An dieser humanitären Katastrophe ist die deutsche Bundesregierung ebenfalls maßgeblich beteiligt. So hat das Bundesministerium für Gesundheit im April 2012 die Federführung zum Umbau des griechischen Gesundheitssystems übernommen.

CHINA MEETS EUROPE IN HAMBURG

In Zweijahresintervallen wird in Hamburg der hochrangige deutsch chinesische Wirtschaftsgipfel mit dem Namen „Hamburg Summit: China meets Europe“ veranstaltet. In diesem Jahr findet das mittlerweile 7. von der Handelskammer durchgeführte Treffen

vom 14. – 16.9. statt. Die zentralen Themen sind Internationalisierung und Digitalisierung. China ist einer der entscheidenden Handelspartner Deutschlands und wichtigster Spieler im Hamburger Hafen. Über die Hälfte des deutschen Außenhandels mit China wird hier abgewickelt. Für einen Großteil chinesischen Exports ist der Hamburger Hafen Transitstation und Verteilzentrum für den Weitertransport innerhalb Europas, aber auch nach Russland. Über 550 chinesischen Firmen haben eine Niederlassung in Hamburg. Somit ist es nicht verwunderlich, dass hochrangige Vertreter_innen Deutschlands, Chinas, der EU, der EZB und aus der Wirtschaft hier zusammenkommen,

um über die kommenden Projekte und Gewinnmöglichkeiten zu beraten.

IN HAMBURG SAGT MAN TSCHÜS

Wir laden alle militanten Gruppen, Gefährt_innen, Chaot_innen und Troublemaker am 7. und 8. Juli 2017 nach Hamburg ein. Dort kommen die Vertreter_innen der 19 mächtigsten Nationen und der EU zusammen und beraten über die Zukunft der Erde. Dieses Treffen wird viele Teile der Stadt in einen Ausnahmezustand versetzen. Der Senat und die Lenker_innen der Hansestadt versprechen



sich von diesem Ereignis „enorme Strahlkraft“ und in die Riege der Weltmetropolen aufzurücken: Nie mehr zweite Liga. Wenn sie sich da nicht verrechnet haben ... Denn die unkalkulierbare Größe des militanten Widerstandes und motivierter Aufständischer könnte ihnen einen Strich durch die Rechnung machen. Nach dem Platzen der Olympiaträume könnte das Ansehen Hamburgs sich im wahrsten Sinne des Wortes in Rauch auflösen. Und wer weiß, ob die Einweihung des Milliardengrabes Elbphilharmonie zu einem würdigen Ereignis wird?

Der Senat möchte, dass der Hamburger G20 Gipfel ein Signal für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung aussendet. Uns würde da so einiges einfallen, z.B. die Sozialisierung der Vermögen der über 1500 Dollarmilliardär_innen aus den G20 Staaten, angefangen mit den

superreichen Hamburgs, den Ottos, Herz, Kühnes ..., die sehr gut an der Globalisierung verdient haben.

Wir ermuntern alle dazu, schon ab sofort subversive Taten mit G20 Bezug zu starten. Als gemeinsames Motto können wir uns vorstellen: „In Hamburg sagt man Tschüs!“.

Lasst uns alles auf dem Müllhaufen der Geschichte werfen, was einer revolutionären Utopie im Wege steht.

Hamburg (Germany)

[HH-NoG20] Schluss mit dem Konsens: Für Differenzkultur und radikale Antworten gegen den Wettbewerb der Elendsverwaltung

Wenn der G20 im Juli 2017 nach Hamburg kommt, sehen wir keinen Erfolg in einer Mobilisierung, die viele Menschen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner versammelt und von der am Ende wenig mehr bleibt als simple Botschaften. Wir sind stattdessen für eine politische Differenzkultur mit utopischem Überschuss, die notwendige Radikalisierungen im Handgemenge nicht nur zulässt, sondern beabsichtigt. Ohne radikale Antworten lassen sich die zentralen politischen Fragen der Gegenwart nicht lösen, der Klimawandel nicht stoppen, Armut und Grenzen nicht abschaffen. Wie sich gesellschaftliche Kämpfe und Utopien in diese Richtung weiterentwickeln können, ist für uns eine zentrale Herausforderung der Zeit.

In diesem Thesenpapier wollen wir mögliche Zielsetzungen und Perspektiven autonomer und unabhängiger Mobilisierungen gegen den G20-Gipfel in Hamburg umreißen, aber auch Fallstricke und Grenzen darstellen.

I. Antikapitalistische Zustände als realexistierende Perspektive stark machen

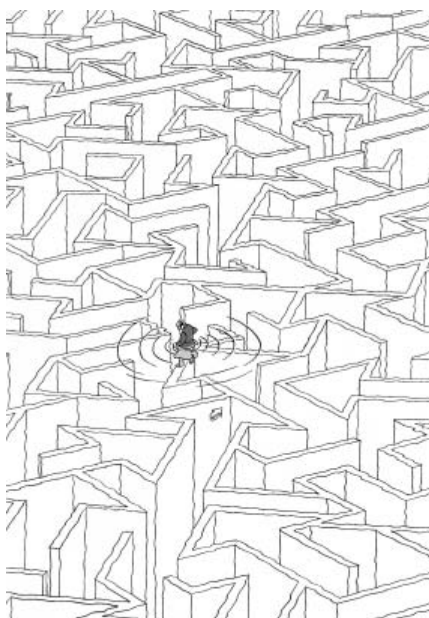
Nach dem Niedergang des Staatssozialismus als realexistierendes Gegenmodell zum Kapitalismus wurden trügerische Hoffnungen auf einen globalen Siegeszug dieses Systems als beste aller möglichen Welten propagiert. Diese wurden jedoch enttäuscht: Die Öffnung von Märkten hat ebenso wenig die Menschen befreit wie die Welt sicherer gemacht. Kriege, Hunger- und Umweltkatastrophen sind keine Nebenwirkungen, sondern fest integrierter Bestandteil und Resultat kapitalistischer Konkurrenzkämpfe.

Der aktuelle Aufstieg des Rechtspopulismus und die Zunahme protektionistischer Politiken deutet zudem an, dass die neoliberale Globalisierung, wie wir sie bisher kannten, an ihre Grenzen gekommen ist. Nach dem Wahlsieg von Trump war von einem Ende der Nachkriegsordnung zu lesen. Wenn dies zutreffen sollte, dann geht es während der Proteste rund um den G20 auch um die Frage, wie zukunftsfähig antikapitalistische Perspektiven und Praktiken sind.

Wir halten es in dieser Situation für zentral und notwendig, Ideen radikaler Gesellschaftsveränderung sichtbar zu machen, in ihrem Sinne einzugreifen und gesellschaftliche Diskurse emanzipatorisch zu verschieben. Aneignungskämpfe stellen in der Phase der kommenden ökonomischen Neuordnung eine ebenso wichtige Gegenrealität dar wie die Autonomie der Migration und die solidarische Intervention gegen die Ein- und Ausschlüsse bürgerlicher Leitkulturen.

Dabei richten wir unsere politischen Forderungen nicht an bürgerlicher Akzeptanz und Gesellschaftsfähigkeit aus. Unsere Klammer ist nicht, was unter der gegenwärtigen politischen Hegemonie als konsens- und politikfähig gilt, sondern was aus politischer und ethischer Sicht nicht als Verhandlungsmasse auf dem Altar der Realpolitik geopfert werden darf.

Dass Geflüchtete an den Mauern und Zäunen des europäischen Grenzregimes stranden oder im Mittelmeer ertrinken, ist Ausdruck entmenschlicher Zustände, die wir ebenso wenig als unveränderlich anerkennen wie Armut, kapitalistische Zwänge, heterosexistische Männergewalt oder Kriege.



Wenn wir Perspektiven für eine umfassende Gesellschaftsveränderung lebendig erhalten wollen, dürfen wir keine Institution der etablierten Politikberatung werden, uns nicht zum Teil der Elendsverwaltung und des Wettbewerbs um Reformen innerhalb des Bestehenden machen. Statt Politik auf der Suche nach einem gesamtgesellschaftlichen Konsens zu betreiben, sprechen wir uns für Brüche, Differenzen und Streitkultur aus.

Wir müssen an die Wurzel gehende Kritik entwickeln, um neue Fragen zu stellen und neue Hoffnungen und Sehnsüchte zu erwecken. Ohne das Selbstbewusstsein, radikale Forderungen zu vertreten, ohne Raum für unabhängige Stimmen und widerständige Praktiken lassen sich Nationalismus und Grenzen ebenso wenig abschaffen wie das Privateigentum aufheben oder Verwertungszwang und Lohnarbeit überwinden.

II. Rechtspopulismus als politische Strömung auf- und angreifen

Ein Teil des aktuellen Erfolges rechtspopulistischer Strömungen beruht auf der Mobilisierung wütender Ressentiments: Eine Mischung nationalkonservativer, faschistischer und protektionistischer Ideologiefragmente mit Zielsetzungen auf den „weißen Arbeiter“ und „den kleinen Mann“, genährt vom Hass auf wahrgenommene Minderheiten und ein als zu liberal empfundenes Establishment, befeuert von Verschwörungstheorien und Legendenbildungen in sozialen Netzwerken.

Bündnisse, die sich erst erklärmaßen nach nach Rechts abgrenzen müssen, offenbaren dabei eine fehlende politische Bestimmung. Positionierungen gegen globalisierten Kapitalismus müssen untrennbar verwoben sein mit den Kämpfen gegen rassistische, antisemitische oder homophone Bilderwelten und Zustände. Ein Protest, der Kapitalismus auf Staatsoberhäupter und Manager reduziert, oder ihn in Kraken und Schweinen denkt, besitzt eine offene Flanke zu Rechtspopulismus und faschistischen Ideologien. Mehr noch, er ist nicht in der Lage, antikapitalistische Perspektiven zu entwickeln und verbleibt in patriarchalen und autoritären Bilderwelten.

Rassismus und Nationalismus, wie sie sich in den Wahlerfolgen von Trump in den USA, beim Brexit in Großbritannien oder im Aufstieg der AfD in Deutschland ausdrücken, sind in der Mitte der Gesellschaft verankert. Linke Bewegungen müssen nicht zuletzt deswegen einen klaren Bruch mit Autoritäten und Argumentationen herstellen, die



für sich in Anspruch nehmen, die Interessen und Privilegien dieser „Mitte“ als hegemoniale Identität zu vertreten oder zu verteidigen.

Wir lehnen einen linken Populismus ab, der Ressentiments abfischt und kurzfristig auf Skandalisierung setzt. Eine mögliche Ausrichtung der Proteste auf einzelne Akteure im Zentrum halten wir für falsch. G20-Proteste, die in Wirkung und Erinnerung vor allem als Anti-Trump, Anti-Erdogan oder Anti-Putin-Proteste bleiben, liefern keine Antworten auf die gegenwärtigen Fragen und Umbrüche. Sie führen im schlimmsten Fall zum Schulterchluss mit europäischen und deutschen Interessen, die sich als moderate Kraft der Globalisierung eines besseren, weil gebändigten Kapitalismus darstellen.

III. Für kulturelle und politische Verunsicherung - Die Verdichtung von Unterschiedlichkeiten auf die Straße tragen

Der Gipfel findet auf einem innerstädtischen, räumlich verdichteten Terrain statt. Diese Verdichtung fordert von allen Akteur*innen ein Einlassen auf neue Erfahrungen und einen Verzicht auf hegemoniale Ansprüche. Alle Beteiligten müssen sich im Klaren darüber sein, dass sich in Hamburg unterschiedliche Protest- und Aktionsformen auf der Straße begegnen werden. Wir denken, die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg werden völlig anders verlaufen, als alle es sich bisher vorstellen. Und wir betrachten alle als eingeladen, an diesem Verlauf auf einem offenen Experiment teilzuhaben.

In Hamburg gibt es eine lange, gelebte Geschichte unterschiedlicher Kämpfe und Protestformen, Erfahrungen zwischen Gefahrengebieten, Projekten wie der Roten Flora, dem Widerstand gegen rassistische Kontrollen oder gegen Großprojekte. Diese lokale Basis wird auch die kommenden Ereignisse mit beeinflussen. Hinzu kommen Protestspektren und Aktivist*innen aus vielen anderen Ländern, die eigene Erfahrungen und eigene politische Perspektiven mitbringen und für sich selbst sprechen werden. Die Autonomie von Bewegungen und Akteur*innen ist dabei gut und nicht schlecht.

Geordnete, mahnende Proteste nach den jeweils vorherrschenden moralischen Maßstäben und Spielregeln sind das Mittel jener, die an der bestehenden Gesellschaftsordnung teilhaben wollen und können. Der Protest gegen den G20 wird aber auch andere Akteur*innen versammeln. Den als nicht gesellschaftsfähig wahrgenommenen „Bodensatz“ der Globalisierung, die Kriminalisierten und die Wütenden, die Abtrünnigen und die Suchenden. Auch deren Stimmen haben Gewicht, auch deren Erfahrungen und Protestformen haben eine Legitimität, die verteidigt werden muss.

Wir werden uns keine Welt schaffen, auch keine Protestwelt, in der nur eine Wahrheit zählt. Wir lehnen Hegemoniebestrebungen ab, die für Demonstrationen und Proteste allgemeingültige Regeln aufstellen und so definieren wollen, wer oder was als Protest politisch anerkannt wird. Wir nehmen zu Aktionsformen und Auseinandersetzungen ein grundsätzlich solidarisches Verhältnis ein und erwarten von allen anderen, die sich als Teil des linken Protestspektrums sehen, ein ebenso solidarisches Verhältnis. Dies ist eine Herausforderung für alle politischen Spektren und erfordert einen respektvollen gegenseitigen Umgang, der die Unterschiedlichkeit von Protestformen zulässt, ohne sich selbst zur Avantgarde zu erklären oder Führungsrollen zu beanspruchen.

Wir sehen Hamburg im Juli 2017 eher als belebten Platz anstatt als eindeutigen und strukturierten Ort. Es liegt an uns, Zugänglichkeit und Bewegungsfreiheit herzustellen, Inhalte in diesen Raum hineinzutragen, Orte des Zusammenkommens zu schaffen und Zerstreungen zu ermöglichen.

IV. Für das Ende des Machbaren und die Renaissance des revolutionären Experiments

Machbarkeit und Umsetzbarkeit sind der Fetisch der Mehrheitsfähigkeit und des realexistierenden Elends. Ein gesellschaftliches System von Aus- und Einschlüssen schafft jene verrohte Leitkultur der gesellschaftlichen Mitte, welche die vermeintlichen Grenzen des politisch Möglichen und Legitimen definieren soll. Eines ist aber klar: Auf der Ebene von überarbeiteten Klimazielen und verbesserten Quoten für Flüchtlinge ist eine andere Welt nicht zu haben. Mit der Sachlichkeit einer ebenso berechnenden wie berechenbaren Politik lassen sich Ausbeutungsverhältnisse und globale Zerstörung nicht kippen. Was wir brauchen, sind Revolten und Revolutionen. Gelebte Realitäten auf der Straße statt Selbstdomestizierungen im politischen Konsens.

Voraussichtlich wird auf dem Gipfel auch ein Wettstreit zwischen den Modellen neoliberaler Globalisierung und

nationalstaatlichem Protektionismus ausgehen. Es liegt an uns, zum Ausdruck zu bringen, dass es sich nicht um zwei grundsätzlich verschiedene Konzepte handelt, sondern beiden dasselbe kapitalistische Fundament zugrunde liegt, welches es gemeinsam niederzureißen gilt.

Rassismus, Antisemitismus, Homophonie, Sexismus und patriarchale Verhaltensweisen sind und bleiben unvereinbar mit der Idee einer emanzipatorischen Welt. Antifaschismus ist eine notwendige Perspektive in sozialen Bewegungen. Dies soll und muss sich auch in den Protesten gegen den G20 in Hamburg ausdrücken.

Wir sehen uns nicht als mahrende Stimme im Wettbewerb des kapitalistischen Elends, sondern als Teil derjenigen, die es hier nicht mehr aushalten wollen, die eine verordnete Alternativlosigkeit der kapitalistischen Verhältnisse nicht akzeptieren. Wir wollen eine andere Form gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir suchen dabei nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner oder den Kompromiss, sondern Brüche und Experimente für eine Welt, in der viele Welten möglich sind.

Unser Ziel ist eine solche Radikalisierung der Gesellschaft. Daran misst sich für uns der Erfolg der Proteste gegen den G20-Gipfel, mit diesem Hintergrund beteiligen wir uns an der internationalen Mobilisierung nach Hamburg, mit dieser Haltung bewegen und begegnen wir uns mit vielen anderen auf Demonstrationen und Plätzen.

Kampagne „Flora bleibt unverträglich“



G20 in HH: Die Logistik des Kapitals lahmlegen

Linksradikale Gruppen rufen dazu auf, den G20-Gipfel und die internationale Mobilisierung dagegen zu nutzen, um dort anzusetzen, wo es einer Welt, in der Waren frei über die Weltmeere schippern, während zugleich tausendfach Migrant_innen ertrinken, wirklich wehtun kann. Die Chance, die in Hamburg vor uns liegt, ist, gemeinsam mit unseren Freund*innen aus ganz Europa und beyond, die G20-Bühne zu nutzen, um mit der Logistik einen Angriffspunkt aufzuzeigen, der über politische Symbolik und das übliche Gipfelritual hinausgeht.

Don't fight the players, fight the game: Zum G20 die Logistik des Kapitals lahmlegen!

Hamburg ist ja immer eine Reise wert. Im Juli 2017 gilt das gleich doppelt. Zum einen findet dort als Höhepunkt und Abschluss der deutschen G20-Präsidentschaft der G20-Gipfel statt. Mit Medienrummel, Polizeiparade und allem Drum und Dran. Zum anderen ist Hamburg mit seinem Hafen auch eine wichtige Drehscheibe der deutschen Exportwirtschaft und des globalen Warenverkehrs – und damit die passende Bühne, um Staat und Kapital einen

Strich durch die Rechnung zu machen. Denn ein besseres Leben für alle ist von beiden ganz sicher nicht zu erwarten. Wir rufen dazu auf, den G20-Gipfel und die internationale Mobilisierung dagegen zu nutzen, um dort anzusetzen, wo es einer Welt, in der Waren frei über die Weltmeere schippern, während zugleich tausendfach Migrant_innen ertrinken, wirklich wehtun kann.

Bereits jetzt ist klar: Es wird mit den Staats- und Regierungschef*innen der 19 größten Industrienationen und Europa eine Show der Superlative – und von den hochtrabenden Versprechen einer „gerechten Gestaltung der Globalisierung“ wird jedes einzelne gebrochen werden. Mal wieder. Denn der G20-Gipfel ist ein zentraler Ausdruck des politischen Dilemmas des Kapitalismus: Seine Widersprüche werden von der Politik und ihrem Personal nicht wie behauptet gelöst, sondern bloß verwaltet. Das G20-Treffen ist eher kein kollektiver Akteur, sondern ein Spielfeld der Staatenkonkurrenz zwischen den westlichen Nato-Staaten und Russland, zwischen der südeuropäischen Peripherie, die im Rahmen der EU-Mitgliedschaft im G20 auch ein bisschen mitspielen darf, und einem Deutschland, das auch über die Ebene der G20 versucht, die eigene wirtschaftliche und politische Dominanz auszubauen. Und auch die anderen Teilnehmerstaaten sind selbstverständlicher Teil dieser schlechten Gesellschaft: die Türkei, die gerade den Übergang zur offenen Diktatur vollzieht, tausende Menschen mit Repression bedroht oder einkerkert und Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt, Brasilien mit seiner neuen ultraneoliberalen und technokratischen Regierung, das Schreckgespenst Trump, das in seinem Wahn selbst noch die neoliberalen Eliten das Fürchten lehrt etc.

Doch je weniger die Politik und ihr Personal den Menschen in Bezug auf die Lösung der großen Krisen unserer Zeit anzubieten hat, sondern im Gegenteil die Barbarisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse weltweit vorantreibt, desto geschäftiger wird politische Handlungsfähigkeit simuliert. Der G20 ist daher – nicht zuletzt auch vor der Bundestagswahl 2017 – vor allem ein Repräsentationsevent, das Legitimation durch Spektakel erzeugen soll. Der massive Versuch einer Einbindung von NGOs und Initiativen im Rahmen des Civic-Prozesses ist Ausdruck davon. Ebenso der Plan, das Gipfel-Programm in der Innenstadt durchzuziehen, um Nähe zu Bürger*innen, Dialog und Interesse an zivilgesellschaftlichen Forderungen zu simulieren. Die Wahl Hamburgs ist kein Zufall, sondern der ideologische Versuch, um den G20-Gipfel mit neuer Legitimität zu versehen. Damit alles so bleibt, wie es ist.

Zugleich eskalieren die zahlreichen, systemisch bedingten Krisen des globalen Kapitalismus munter weiter: Der technologische Fortschritt macht – unter Bedingungen kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse – nicht die Armut, sondern die Menschen überflüssig. Die Politik verwaltet diesen Krisenprozess, diszipliniert die Überflüssigen und stellt sich gleichzeitig als Teil einer Lösung dar, die sie aus strukturellen Gründen gar nicht sein kann. Das führt zu Frustration, die sich immer öfter in Rechtsruck, nationalen Abschottungsphantasien, vor

denen selbst die Linke nicht gefeit ist, und einer wachsenden reaktionären Opposition zur Globalisierung ausdrückt – was wiederum die Krisenfolgen nur verschärft und emanzipatorische Auswege aus der Krise verstellt. Denn politische Handlungsfähigkeit können die Rechten im globalen Kapitalismus nur im negativen Sinne beweisen – indem sie noch mehr Menschen von fundamentalen Rechten und gesellschaftlichem Reichtum ausschließen, als es der hochtechnisierte Kapitalismus schon aus seiner ökonomischen Dynamik heraus tut.

Die breiten zivilgesellschaftlichen Proteste gegen den Gipfel, die bereits jetzt in ganz Europa geplant werden, stellen die Legitimität der herrschenden Politik zu Recht in Frage. Dafür gebührt ihnen Respekt. Doch in den Appellen für eine „echte Problemlösung, Demokratie und Gerechtigkeit“ verkennen die zivilgesellschaftlichen Proteste oftmals den systemischen Charakter und die strukturellen Grenzen von Politik im globalen Kapitalismus. Damit laufen sie Gefahr, die Illusion einer politischen Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten erneut von Links zu befeuern. Auf kurz oder lang gibt es keine emanzipatorische Perspektive innerhalb der Ordnung von Kapital und Nationalstaat. Erst im Moment ihrer Überwindung öffnet sich eine gesellschaftliche Perspektive, die nicht Organisation des Mangels, sondern solidarische Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum ist.

Dagegen ist festzuhalten: Die Selbstorganisation der Gesellschaft durch die Menschen ist mit der bestehenden Ordnung nicht zu haben. Das geht nur, wenn die Schranken der Nationalstaaten, die Zwänge des kapitalistischen Weltmarkts, des Privateigentums an Produktionsmitteln und das Regime der Reproduktion überwunden werden.

Auch wenn der Plan waghalsig erscheint, die technischen Voraussetzungen dafür sind heute so gut wie nie. Anstatt also weiter auf ein paar mehr Krümel für die zahllosen Überflüssigen des Hightech-Kapitalismus zu hoffen, geht es vielmehr um eine Perspektive jenseits der Bäckerei. Und die werden wir nur erreichen, wenn wir beginnen, sie heute zu entwickeln und grenzübergreifend aufzubauen. Gegen eine Ordnung, in der Krise Normalität und Normalität Krise bedeutet.

Die Chance, die in Hamburg vor uns liegt, ist daher, gemeinsam mit unseren Freund*innen aus ganz Europa und beyond, die G20-Bühne zu nutzen, um mit der Logistik einen Angriffspunkt aufzuzeigen, der über politische Symbolik hinausgeht. Es geht dabei darum, einen Ausweg zu finden, dem Kapitalismus Leben abzutrotzen und sich dem Drift in die völkische wie religiöse Barbarei zu verweigern. Ohne schon zu viel zu verraten: Dieser Weg beginnt nicht mit Appellen an den Staat, sondern mit der grenzübergreifenden Unterbrechung der Logistik des Kapitals selbst. Denn das ist die einzige Sprache, die es versteht. Für etwas Besseres als die Gegenwart.

... ums Ganze!
feat. grow

+++ G20-Ticker +++

- Hamburg **05.12.16**, Wohnhaus des außenpolitischen Sprechers Niels Annen mit roter Farbe beworfen
- Berlin **23.11.16** Angriff auf Hochtief - und ein Aufruf
- Berlin **22.11.16**, Auto von Thales abgepackelt
- Berlin **21.11.16**, Bohr-Bagger brennt – gegen G20-Gipfel
- Berlin **07.11.16**, Farbe gegen Ordnungsamt
- Berlin **06.11.16**, Brandanschlag auf Telekom-Fuhrpark
- Dresden **03.11.16**, Thyssenkrupp-Auto angezündet
- Frankfurt **21.10.16**, Angriff auf Philosophicum
- Hamburg **16.10.16**, Buttersäure gegen Porsche von Bankenpräsident
- Hamburg **23.9.16**, Brandanschlag auf PKWs von Polizeidirektor Enno Treumann
- Berlin **8.9.16**, Funkmast der Bundespolizei angezündet
- Hamburg **7.9.16**, Steine und Farbe gegen Chinese Ocean Shipping Company (COSCO)

Frankreich – Bure

Der Widerstand wächst – Die Mauer im Wald Lejuc ist gefallen!

In der Ortschaft Bure (Lothringen), unweit der deutschen Grenze, will die französische Regierung ein Endlager für hoch radioaktiven Müll in tiefen geologischen Tonschichten bauen. Das Vorhaben wurde CIGEO getauft. Die ANDRA (Nationale Agentur zur Entsorgung von radioaktivem Müll) hat Anfang Juni 2016 mit der Rodung eines Waldes namens "Bois Lejuc" in Mandres-en-Barrois begonnen, erste Tatsachen zu schaffen - ohne Baugenehmigung. Der Wald wurde wenige Tag nach Beginn der Bauarbeiten im Anschluss an einen Waldspaziergang durch Projektgegner*innen besetzt.

Die Besetzung war zunächst von kurzer Dauer. Die Militärpolizei räumte die Besetzer*innen mit Gewalt nach drei Wochen. Am 16. Juli folgten etwa 500 Menschen einem Aufruf den Wald zurückzubesetzen. Nach heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei wurde der Wald (symbolisch) zurückerobert, doch das Gelände ist zu groß bzw. die Anzahl der Aktivist*innen auf Dauer zu klein, um die Bauarbeiten vollständig zum Erliegen zu bringen. Die ANDRA setzte den Bau einer zwei Meter hohen Schutzmauer unter Polizei- und Security-Schutz fort. Blockaden und abgepackelte Baufahrzeuge folgten.

Am 1. August dann eine positive Überraschung: Das Gericht von Bar-le-Duc gab dem Eilantrag mehrerer Anwohner*innen und Vereine recht. Die illegalen Bauarbeiten

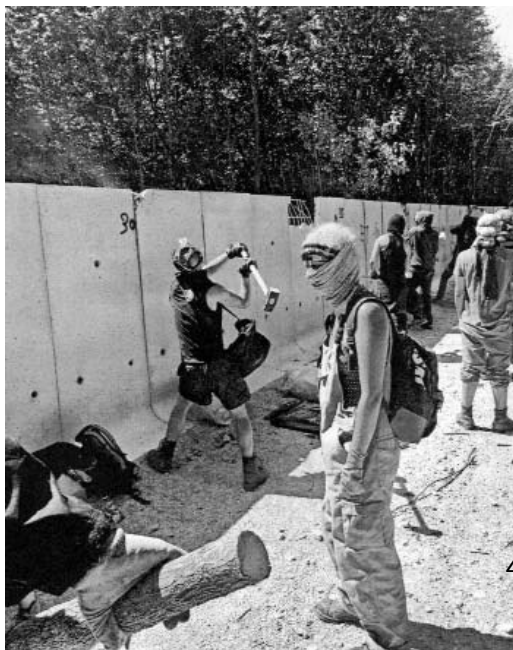
müssen eingestellt werden und sieben Hektar bereits gerodeter Wald wieder aufgeforstet werden. Die ANDRA will jedoch in Berufung gehen.

Da sich niemand auf Juristereien verlässt, nutzen gut 400 internationale Aktivist*innen am 14. August die gewonnene Zeit, um mehrere Hundert Meter Mauer einzureisen. In Anspielung auf den Fall der Berliner Mauer (mure de berlin) spricht die Bevölkerung von der "bure de merlin" - Die Mauer muss weg!

Am 24. November hat die Umweltbehörde entschieden, die ANDRA von der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung zu befreien. Damit ist der Weg zur finalen Zerstörung des Waldes geebnet. Am 1. Dezember gab es den ersten Versuch der Bullen, ein paar Barrikaden zu räumen - eher ein Testlauf um die Reaktion der Besetzer*innen abzulesen. Die Genoss*innen brauchen dringend Unterstützung!

Mehrsprachige Infos und eine Wegbeschreibung für Besucher*innen findet ihr unter: en.vmc.camp

anonym



Über die Unruhen in Charlotte, U.S.A.

Dieser Bericht und Reflexion über die Vorkommnisse in Charlotte U.S.A., im September dieses Jahres, wurde in „It's Going Down“ publiziert

In Charlotte hat die Ermordung eines Afroamerikaners (Keith Scott) Krawalle ausgelöst, doch es kommt noch schlimmer: Während den Krawallen wurde ein weiterer Afroamerikaner (Justin Carr), mit einem Schuss in den Kopf, ermordet. Beide Morde haben eine Spirale aus Repression, spontanen Organisationsformen und Revolten hervorgebracht. Letztere sind besonders interessant, weil sie nicht nur Bankenviertel, Privateigentum, Symbole des Kapitalismus und die Polizei konsequent angreifen, sondern nach Möglichkeiten suchen um die Momente der Revolte zu intensivieren, d.h. es werden Möglichkeiten gesucht um die Dynamik der Revolte zu verbreiten und sie vor den Lügen und den rekuperativen Intentionen der Reformisten, Pazifisten, Priester, Journalisten, Linken, Sozialarbeiter und sonstigen Verächter der Revolte, zu schützen.

Die generalisierte Unzufriedenheit, die sich durch die Revolte von Ferguson wie ein Flächenbrand verbreitete, ist nicht mehr zu bändigen. Die unzähligen Kritiker der aufständischen Bewegung, sprich die friedensstiftende Linke, die Gemeindeverbände, die Nationalgarde und die faschistischen Gruppierungen, konnten bis jetzt die Revolte nicht zum Schweigen bringen. Keine Unwahrheit schafft es den ätzenden Geruch der Wahrheit verschwinden zu lassen. Seitens der Aufständischen des 20. Septembers ist eine klare Strategie zu beobachten: Sie haben, angesichts der rassistischen Morde seitens der Polizei, mit dem kollektiven Delirium des sozialen Friedens, an das Millionen von Menschen noch festhalten, gebrochen. Eine schöne und kollektive Praxis ist seit den letzten zwei Jahren der Revolte zu beobachten: Die Interstate 85 wurde gestürmt, Sattelschlepper wurden geplündert und angezündet.

21. September, Tag 2

Am zweiten Abend der Unruhen, wurde bereits nach 30 Minuten, die angebliche (ethische) Homogenität der Black Lives Matter Bewegung demaskiert. Denn was als homogene Bewegung bezeichnet wird, ist eigentlich ein Zusammenschluss verschiedener Tendenzen. Darunter gibt es natürlich bestimmte Kräfte die eine friedliche Umstrukturierung der Polizei, Körper-Kamaras oder einen Untersuchungsausschuss fordern. Diese Fraktionen (linke Gruppierungen, Kirchenverbände, Studentenorganisationen und die „weißen Verbündeten“) stellen innerhalb der B.L.M. Bewegung eine revisionistische und reformistische Position dar. Andererseits gibt es auch schwarze, aufständische ProletarierInnen, Kommunistische Gruppen, Straßengangs und wütende ArbeiterInnen.

Am 21. September um 19:00 Uhr, marschierten 600 Menschen zur Kirche im Stadtzentrum von Charlotte. Als

einige Leute anfangen zu beten, wurden sie von verummten Jugendlichen unterbrochen: „Fick diese Jesus Scheiße“, schrien sie. Es war eine klare Abgrenzung zwischen denjenigen Elementen zu beobachten die die Krawalle fortsetzen wollten, und denjenigen, die friedlich demonstrieren wollten. Die Mehrheit entschloss sich die Bullen zu jagen. Eine kleine Gruppe Polizisten musste sich folglich im Hotel Omni verschanzen, das Hotel wurde angegriffen und Justin Carr, ein Demonstrant, wurde erschossen. Das Blut war über die ganze Straße verbreitet. Die Situation eskalierte. Tausende plünderten den NC Hornets Laden um die Ecke.

„Wir bekamen eine Nachricht, in der stand, dass jemand in der Nähe des Hotel Omni erschossen wurde. Wir parkten das Auto und liefen zur Demonstration. Als wir dort ankamen, wurde die Menschenmenge mit Tränengas beschossen. Schockgranaten explodierten vor unseren Füßen. Links und rechts von mir waren überall Vermummte, die damit beschäftigt waren Tränengasgranaten in Richtung Polizei zurück zu werfen. Ich habe mich ebenfalls vermummt. Hunderte Leute schrien und applaudierten, einige waren am husten. Ein junger Mann, voller Tattoos und mit einer Gasmaske schrie zu mir: Das ist es! Willkommen zum Ende der Welt! Danach sah ich inmitten der Tränengaswolke die Bereitschaftspolizei.

Eine Stunde lang kontrollierte die Menschenmenge die Straßen rund um das Stadtzentrum, es wurden Barrikaden errichtet um die Straßen zu blockieren. Die revoltierende Menge griff das Hotel Hyatt und andere Geschäfte an, die Barrikaden wurden irgendwann außer Acht gelassen, doch es wurden Mülleimer angezündet und Polizeifahrzeuge mit Hämmer angegriffen, während andere Gras rauchten und zum mittlerweile berühmten „Fuck the Police“ von Lil' Boosie (die „Hymne“ der Bewegung), mitrappten.“

„Als die Bereitschaftspolizei sich der Menschenmenge näherte, wurden sie mit Steinen und Feuerwerke angegriffen. Daraufhin wurde noch mehr Tränengas und Gummischrot in die Menschenmenge geschossen. Die Menge wurde dadurch in mindestens zwei Gruppen zerstreut, die weiterhin die ganze Nacht plünderten und randalierten.“

„Ein Kerl schreit vor Schmerzen, während sein Kollege versucht mit einer Jacke, ihm die Augen abzuwischen um die Schmerzen zu lindern. Ich packe meine Wasserflasche aus und spüle seine Augen aus. Der Kerl steht auf, nimmt etwas aus seiner Hosentasche und schreit: „Wer weiß wie man den Stift einer Schockgranate zieht?“, bevor er die Schockgranate in Richtung Motorradpolizisten wirft: „Ja, wir haben auch solchen Scheiß!“. Nach ein paar weiteren Steinen zieht sich die Polizei zurück. Die Menge applaudiert.“

In Uptown ist die Hölle los

Der tödliche Schuss der Keith Scott traf, wurde in North Charlotte abgefeuert, weit entfernt von den Finanzgebäuden und sonstigen Wirtschaftssymbolen, für die Charlotte normalerweise bekannt ist. Die Revolte vom Mittwoch fand jedoch im Herzen der Stadt statt, genauso wie die darauffolgenden Unruhen. Das ist der Unterschied zu den jüngsten Unruhen in Milwaukee. Am zweiten Abend der Unruhen im Sherman Park (Milwaukee), wurde fast alle Geschäfte in der Umgebung geplündert oder angezündet, daraufhin waren die unmittelbaren Angriffsziele Polizei und Medien. In Uptown Charlotte, war alles in der Umgebung zerstörend, sogar das Nascar Museum.

Da die Revolte in einem wichtigen Finanzquartier stattfand, waren ihr auch bestimmte Grenzen gesetzt. Die Mehrheit der Stadtzentren wurden, nach der großen Welle der Rebellionen der 60er Jahre, zwecks Aufstands-bekämpfung, komplett renoviert. Alles was befestigt und festgeschraubt werden kann, wurde festgeschraubt, es gibt überall Kameras und die Menschenmenge wird durch die „intelligente“ Infrastruktur perfekt durch die zahlreichen Unternehmen und Einkaufspassagen geführt. Der Mangel an Wurfgeschossen erschwerte die Verteidigung gegen die Angriffe der Polizei. Ohne Menschen mit taktischer Erfahrung hätte es womöglich noch viel weniger Wurfgeschosse gegeben.

Der Mangel an Wurfgeschossen wurde gegen Ende des Abends zu einem Problem, da eine Barrikade, von dem Angriff einer kleineren Polizeigruppe in einem gepanzerten Golfwagen, nicht verteidigt werden konnte. Dadurch gelang es der Polizei eine große, kämpferische Menschenmenge zu zerstreuen, die wiederum dem Angriff nichts entgegenzusetzen hatte.

Der gepanzerte Golfwagen war ein großer Vorteil für die Polizei, denn so konnten Polizeikräfte schnell von einem Ort zum anderen mobilisiert werden. Die Mobilität der Polizei ist für die USA untypisch und ist eher in Griechenland oder in Katalonien üblich. Solche Methoden der Polizei müssen im Kopf behalten werden um das nächste mal vorbereitet zu agieren: Die gepanzerte Golfwagen haben, wie jeder andere Golfwagen auch, ganz normale Reifen und können entsprechend aufgeschlitzt werden, zudem haben sie weder Seitentüren noch Fenster, was den Angriff erleichtert. Sie sind mit einer „Geräuschkannonen“ ausgestattet und können bis zu 5 Polizisten in Vollmontur transportieren (wenn ein oder zwei Polizisten hinten aufspringen).

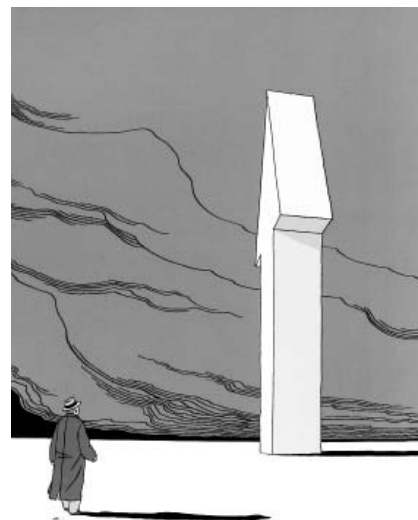
Interne Dynamik der Menschenmenge

In der Nacht vom 21. September schien die Menschenmenge ein einheitliches Ziel zu verfolgen: Wo die Polizei keine Kontrolle hatte, wurden öffentliche Räume besetzt und alles in der Umgebung zerstört und geplündert. Da die Unruhen im Finanzgebiet Uptown Charlotte stattfanden, gab es nicht zu verlieren, alles war angreifbar. Nach ein paar Schockgranaten rannten die Friedensstif-

ter der Bewegung schnell nach Hause. Diejenigen die Schaufensterschieben einschlugen, ernteten für ihren Mut Beifall. Hunderte verummte Menschen halfen sich gegenseitig: Sei es um Sachen anzuzünden, um Tränengasgranaten zurück zu werfen, oder um Wurfgeschosse zu sammeln um sich vor der Polizei zu schützen. Doch nicht nur das Eigentum um die Polizei bekamen die Feindseligkeit der aufgebracht Menge zu spüren, auch die „ethnischen“ Dynamiken innerhalb und außerhalb der Menschenmenge gilt es zu beachten:

1. Die weißen Revoltierenden wurden, genau wie in Milwaukee, mehr oder weniger von den größtenteils schwarzen Demonstranten toleriert. Ein Teilnehmer sagte, als er einige weiße Leute während den Unruhen beobachtete: „Heute Nacht sind wir alle Schwarz“
2. Weiße Autofahrer wurden mit Parolen aufgefordert die Faust zu heben, sich solidarisch zu zeigen und zu schreien „Black lives matter“. Wer sich weigerte, dem wurde das Fahrzeug demoliert. Auch die Fahrzeuge von schwarzen Menschen wurde angegriffen, was eine gewisse Anti-soziale Haltung innerhalb der Menschenmenge zum Ausdruck bringt. Hauptsächlich wurde die gesamte Situation „ethnisch“ eingeordnet. Solche Dynamiken waren vor allem zu beobachten, als es nichts zu zerstören gab und keine Polizei in der Nähe war.
3. Demzufolge scheint die „ethnische Einordnung“ als Kernpunkt einer ethnischen Haltung betrachtet worden zu sein.

„Wir haben die Kreuzung in der Nähe vom Hyatt ungefähr eine Stunde unter unserer Kontrolle, wir zünden Feuer an und zerstören das Hotel. Zwei verummte Kinder tragen einen Zementblock in die Menge und zerschlagen ihn um Wurfgeschosse für die Revoltierenden bereitzustellen, da ein polizeilicher Angriff unmittelbar bevorsteht. Eine Frau schreit aus dem nichts, „diese weißen Leute sind nicht auf unserer Seite, sie sollen verschwinden“. Sie geht zu den zwei Kindern, reißt ihnen den Zementblock aus den Händen und wirft ihn Weg. Eine große Menschenmenge beobachtet diese Szene und fordert die Kinder auf den Zementblock wieder zu holen. Währenddessen schnappt sich ein schwarzer Mann den Zementblock und fängt an ihn zu zerschlagen. Die Polizei taucht auf, schmeißt Tränengas und räumt die Gegend.“





Die notwendige Party

„Die Bereitschafts-polizei greif von der Autobahnausfahrt aus unsere Autobahnblockade an. Wir rennen einen angrenzenden Hügel hoch, weil wir denken dass auf der anderen Seite eine Straße ist, doch hinter dem Hügel befindet sich die Stadtbahn-Station. Endlich haben wir genug Steine, wir greifen

die Polizei von einer Brücke aus an. Einer von den Bullen konnte gut Zielen, denn es landeten einige Tränengasgranaten auf der Brücke. Wir flüchten durch ein Hotel, steigen mehrere Treppen hinunter und sind wieder auf der Straße. Überall werden Schaufenster eingeschlagen. Ein 7-11 Supermarkt wird geplündert. Leute schmeißen mit Steinen auf Polizisten auf Fahrrädern, doch verfehlen sie und treffen die dahinterliegenden Fenster. „Zerstört diesen Scheiß, zerstört diesen Scheiß!“ schreit jemand während wir auf ein beleuchtetes Gebäude der Bank of America treffen. Der ganze Block wird zerstört. Die Polizei scheint nun entschlossener zu sein uns zu zerstreuen und wir werden langsam nervös. Wir haben einige Stunden lang die Stellung gehalten, doch unsere Möglichkeiten um weiterzumachen sind beschränkt.“

Am 22. September, drei Tage nach der Ermordung von Keith Scott, fand eine weitere Demonstration in Uptown Charlotte statt. Die Verhafteten vom letzten Abends sind, nach Informationen der Nationalgarde, immer noch hinter Gitter. Der Kongressabgeordnete Robert Pittenger erzählt in den Nachrichten, dass alle Demonstranten weiße Menschen hassen, weil „weiße Menschen erfolgreich sind“. Die Massenmedien verbreiten das Bild von „ethischen Spannungen“, die eigentlich innerhalb der Demonstrationen minim oder größtenteils gar nicht präsent waren. Die Linke hingegen, versuchte auf naive Art und Weise als Vermittlerin zwischen DemonstrantInnen und Polizei zu fungieren, sie stellten die revoltierende Menge als bloße Protestbewegung dar, als Opfer die in erbärmlicher Manie durch einen übermächtigen, militarisierten Feind schikaniert werden.

Hunderte Menschen versammelten sich und blockierten die I-277. Die Polizei antwortete mit Tränengas und Gummischrot. Priester, Anwälte, Linke und andere Menschen versuchten mittels physischer Kraft und Einschüchterung die Menge zur Ruhe aufzufordern, sie versuchten die Vermummten, die mit Flaschen die Polizei angriffen oder sie beleidigten, auszuschließen. Konterrevolutionäre, reaktionäre, pazifistische und reformistische Elemente

versuchten die Kraft der Revolte einzudämmen, um ihr jegliche revolutionäre Perspektive zu berauben. Dies sollte sich als unmöglich herausstellen.

Die experimentelle und kämpferische Kraft die Amerika spaltet und sie vor zunehmender Unsicherheit und Transformation stellt, sollte eine kontinuierliche Dimension annehmen. Es müssen Orte und Zeit gefunden werden, um sich zu treffen und zu diskutieren. Wir brauchen die Kirchen, die Parks, Radiosender, soziale Zentren, Stadtzentren, Geschäfte, besser gesagt, jeden Ort, in dem Leute zusammenfinden können, um die Idiotie der Reformisten und der Polizei zu bekämpfen. Vielleicht hätte eine fiktive Organisation eine Erklärung an die Medien schicken können, in der zu tiefgreifenderen und dreisteren Methoden des Kampfes aufgerufen wird. Vielleicht hätte eine kleine Gruppe, engagierter Leute, Aktionen durchführen können um die Phantasie der Revoltierenden anzuspornen, wie z. B. eine Sabotageaktion gegenüber den Nachrichtensendern, wie in Griechenland während der Revolte von 2008, oder mittels destruktiven „flashmobs“, um die Korrelation der Kräfteverhältnisse für die nächste Wochen neu zu durchmischen.

Ist es wirklich unmöglich sich vorzustellen, das eine Gruppe mit entsprechenden Kenntnissen, eine vorübergehende Aufnahme-Station für die Verletzten durch Tränengas, Pfefferspray und Gummischrot, einrichtet? Was für leerstehende Gebäude hätten besetzt werden können und in Begegnungsorte für revolutionäre Inhalte verwandelt werden können? Solche Perspektiven, Kapazitäten und Werkzeuge entstehen nicht über Nacht.

Es ist klar dass sich etwas bewegt, man schaue sich die Blockade der No Dakota Access Pipeline an, der nationale Gefängnistreik und die Bewegung und Unruhen angesichts der rassistischen Morde seitens der Polizei. Aus den Unruhen in Ferguson ist eine Kraft ausgegangen, vor allem in diesem Jahr ist diese Kraft wieder zu spüren. Wir müssen die verschiedenen Methoden der Insurrektion intensivieren, dass aufbauen was innerhalb unserer Möglichkeiten liegt und das zerstören was innerhalb unserer Reichweite ist. Wir müssen zusammen leben und kämpfen. Die Macht- und Kontrollstrukturen müssen auf irreversible Art und Weise zerstört werden, ansonsten werden neue Kontrollmechanismen auftauchen, die sicherer und unanfechtbar sind. Die engagiertesten unter uns können sich nicht mit bloßen Unruhen zufrieden geben.

Die Wahrheit revoltiert.

R.I.P. Keith Lamont Scott und Justin Carr

*Internationale der Agitatoren
September 2016*

Repression gegen AnarchistInnen in Den Haag

Am 3. August erhielten mehrere AnarchistInnen aus Den Haag und eine auswärtige Person Briefe vom Bürgermeister Van Aartsen, mit der Intention, ihnen ein für zwei Monate geltendes Aufenthaltsverbot für Schilderswijk aufzuerlegen, ein von ArbeiterInnen und MigrantInnen dominierter Stadtteil im Zentrum von Den Haag. Der Bürgermeister möchte hier das sogenannte „Fußballgesetz“ anwenden, welches nun zum ersten mal gegen politische AktivistInnen benutzt wird. Dies ist eine weitere Verschärfung von Repression seitens des Bürgermeisters, mit der AnarchistInnen in Den Haag aktuell zu kämpfen haben.

50.000€ Schadensersatz für die Räumung von De Vloek

Am 9. September 2015 wurde das seit 13 Jahren besetzte soziale Zentrum De Vloek in Den Haag geräumt. Im Zuge der Räumung wurden zehn Personen festgenommen, von denen fünf für zwei Wochen im Knast blieben, nachdem ihnen vorgeworfen wurde, sich an gewalttätigen Aktionen gegen die Polizei beteiligt zu haben. Einige Monate später erhielten die zehn festgenommenen Personen vom Den Haager Bürgermeister eine Schadensersatzforderung über 50.000€ für Sachbeschädigungen im Zusammenhang mit der Räumung. Nachforschungen haben hierbei ergeben, dass die Höhe dieser Forderung u.A. damit gerechtfertigt wird, dass Müllcontainer für Barrikaden von Ihrem vorgesehenen Platz entfernt wurden, die Polizei nach der Räumung das Gebiet für den Abriss des Hauses beschützen und die Straße von Farbbomben gereinigt werden musste (dass bspw. die Straße nie gereinigt wurde, sondern im Zuge einer allgemeinen Sanierung neu gepflastert wurde, findet in der Berechnung keine Berücksichtigung).

Die Forderung wurde nicht bezahlt, was zu einem bis heute anhaltenden Rechtsstreit führte.

Forderungen in dieser Höhe werden zwar nicht sehr oft verhängt, sind in den Niederlanden aber nicht komplett neu. In Utrecht gab es in der Vergangenheit bspw. eine exorbitant hohe Forderung nachdem das besetzte Haus Ubica geräumt wurde. Entscheidend ist in jedem Fall, dass die „Schuldigen“, welche Widerstand gegen eine Räumung leisten nicht nur mit Knaststrafen rechnen müssen, sondern auch versucht wird, sie in den finanziellen Ruin zu treiben.

Schließung des Autonomen Zentrums

Dem Bürgermeister war die Schadensersatzforderung nicht genug. Das Autonome Zentrum (AC) sollte auch

seinen Preis bezahlen. Das Zentrum wurde nach über fünf Jahren in dem Stadtteil Bezuidenhout geräumt. Es folgten drei neue Besetzungen in Harstenhoekweg, um die Struktur die das Zentrum bot aufrecht zu erhalten.

Der Bürgermeister versuchte zusammen mit einem der Hausbesitzer ein Schema zu entwickeln um eine Räumung aufgrund der angeblichen Gefahr durch Asbest durchzusetzen. Ein Rechtsstreit folgte, bei dem der Bürgermeister verlor, woraus folgte, dass das Haus nicht geräumt werden durfte.

Einige Monate später erreichte das Zentrum ein Brief. Der Bürgermeister sah vor, das Haus zu schließen, weil es ein illegales Café beinhaltet. Es wird also kontinuierlich versucht, Zentren zu schließen, die strukturell wichtig für die Anarchistische Bewegung in der Stadt sind. Die Versuche das Haus räumen zu lassen, dauern an.

Ausschreitungen in Schilderswijk

Als Mitch Henriquez 2015 von der Polizei zu Tode gewürgt wurde sind tausende Menschen in Schilderswijk auf die Straße gegangen. Hunderte griffen das Polizeirevier an und lieferten sich vier Nächte lang Ausschreitungen mit der Polizei und dem Staat. Diese Revolte war eine erwartbare Reaktion auf den jüngsten Mord durch die Polizei und die seit Jahren anhaltende rassistische Polizeigewalt in dem Stadtteil.

Seit Jahren organisieren sich AnarchistInnen und AntifaschistInnen in dieser Nachbarschaft gegen rassistische Polizeigewalt, was dem Bürgermeister

seit jeher ein Dorn im Auge ist. Verschiedene Organisationen aus dem Stadtteil versuchen einen Umgang mit dem Problem der rassistischen Polizeigewalt zu finden, jedoch arbeiten all diese Gruppen mit der Polizei und der Stadtverwaltung zusammen oder wollen ihnen im Stil von „runden Tischen“ begegnen. AnarchistInnen und AntifaschistInnen fahren in diesem Kampf gegen die Polizei und ihre gewalttätige Praxis eine kompromisslosere Linie. Eine Zusammenarbeit mit der Polizei und der Stadtverwaltung kommt für sie nicht in Frage. Von Seiten des Bürgermeisters und der Polizei wurde eifrig versucht die Verbindungen von AnarchistInnen mit der Nachbarschaft und ihrem Protest zu spalten. PolizeibeamtInnen verteilten bspw. Flyer in Gemeindezentren und versuchten dort, unter Androhung von Konsequenzen bzgl. ihrer Fördergelder, Menschen einzuschüchtern und von einer Zusammenarbeit mit AnarchistInnen und AntifaschistInnen abzuhalten. Auch wurden Demonstrationen vom Bürgermeister verboten und PolizeibeamtInnen zum Entfernen von Plakaten



entsandt. Vor und während Demonstrationen wurden junge AktivistInnen von PolizistInnen bei Seite genommen und eingeschüchtert.

Diese Bemühungen erzielten jedoch nicht das gewünschte Ergebnis. Auf mehreren Demonstrationen waren die AnwohnerInnen präsent und nach dem Mord an Mitch Henriquez rebellierte die Nachbarschaft massenhaft. Der Bürgermeister und die Polizei benutzten die AnarchistInnen als Sündenböcke, um die Solidarität im Stadtteil zu brechen. Diese Hexenjagd gegen AnarchistInnen setzte sich im April abermals fort, als eine Person in Schilderswijk unter dem Verdacht verhaftet wurde, anarchistische Zeitungen verteilt zu haben, in denen ein Text über den Aufstand in Schilderswijk abgedruckt war. Sie wurde anschließend vier Tage auf dem Polizeirevier festgehalten und wegen Anstiftung gegen die Obrigkeit angeklagt. Später wurde eine Haftstrafe von acht Wochen gefordert; was folgte war jedoch Freispruch. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein.

Jenseits der genannten Beispiele genießen AnarchistInnen und AntifaschistInnen systematisch „besondere“ Aufmerksamkeit seitens der Polizei und des Bürgermeisters. Demonstrationen werden verboten, es wird versucht einzelne AnarchistInnen auf der Straße einzuschüchtern und InformantInnen zu werben und Aktionen, bei denen AnarchistInnen involviert sind, haben eine hohe Polizeipräsenz zu erwarten.



Bürokratische Repression

Neben den traditionellen Formen von Repression wie Angriffen, Verhaftungen und Gefängnisstrafen, über die sich eine große Wut in der anarchistischen Bewegung angestaut hat, manifestiert sich die Repression selbst in einer zunehmend subtilen, bürokratischen und verwaltenden Form. Das macht es abstrakter und für Solidarität schwieriger. Wenn die Mauern der Repression für uns klar sichtbar werden, wenn unsere FreundInnen im Knast sitzen, dann müssen wir hier erkennen, wie sie in einem Netz aus fortwährenden Gerichtsverhandlungen und Berufungen gefangen sind. Im Falle des Stadtteilverbots versuchen sie uns die Orte zu nehmen, indem sie uns verbieten unseren Fuß in Stadtteile zu stellen in denen soziale Kämpfe stattfinden und gemeinsam geführt werden.

Wir sind keine Opfer

Wir erwarten nicht, dass die Repression an diesem Punkt aufhört. Der Bürgermeister und die Polizei werden ihre eingeschlagene Linie weiterfahren. Repression wird uns nicht in zu Duckmäusern und apathischen Opfern machen. Jeden Schlag gegen unsere Strukturen werden wir angemessen beantworten. Wir werden danach nur noch entschlossener den Kampf für bedingungslose Freiheit fortsetzen. Weil wir nichts zu verlieren, nur was zu gewinnen haben. Weil ihre Tage gezählt sind, und wir uns von keinem Bullen oder Bürgermeister aufhalten lassen!

Der Kampf für die Freiheit ist stärker als ihre Repression

Einige AnarchistInnen aus Den Haag

Massenfestnahmen bei Fight Repression Demonstration in Den Haag

Gestern um 16:00 versammelten sich 250 Menschen am Kerkplein um gegen Repression zu demonstrieren, mit der AnarchistInnen in Den Haag und anderswo in den letzten Jahren konfrontiert wurden. Repression meint hier z.B. das permanente Verbieten von Demonstrationen und das Kartographieren anarchistischer und antifaschistischer Aktivitäten, um repressive Maßnahmen umzusetzen. Auch diese Demonstration wurde durch Repression und Gewalt seitens der Polizei verhindert. Ein weiteres mal geschah dies im Auftrag des Bürgermeisters von Den Haag, Van Aartsen.

Die Demonstration wurde von Anfang an von Cops eingekreist und von allen Seiten abgefilmt. Anschließend ordnete die Polizei an, dass die Vermummung abzulegen sei, da „dies die Vereinbarung gewesen ist“. Eine Sache ist klar, es gab diesbezüglich keinerlei Vereinbarung. Außerdem wüssten wir nicht, dass es eine Absprache gäbe, nach der die Cops die Bedingungen festlegen.

Es war sofort klar, dass die Riot Cops nur nach einem Vorwand gesucht haben eine Massenfestnahme durchzuführen. Die Polizei kesselte die Demonstration ein und griff die Menschenmenge anschließend an. Während die Polizei die Demonstration angriff, forderte sie die Leute auf die Ruhe zu bewahren – ein Paradebeispiel dafür wie die Den Haager Polizei versucht zu deeskalieren. Während der Festnahmen wurde Leuten ins Gesicht geschlagen, ein Arm wurde ausgerenkt und mehrere Personen hatten Verletzungen an ihren Beinen. Die Polizei benutzte mehrere Male Würgegriffe und einige wurden verprügelt nachdem sie den Anweisungen der Polizei Folge leisteten und die Demonstration verließen. Schlussendlich wurden 166 – 184 Personen festgenommen.

Der Demonstration ist exakt das widerfahren wogegen sie sich richtete, nämlich Demonstrationsverbote, Kriminalisierung und Angriffe auf AnarchistInnen und AntifaschistInnen. Indes wurden alle Festgenommenen Personen

freigelassen. Niemand hat bisher eine Vorladung, ein Urteil oder eine Strafe erhalten.

Medien als Werkzeug der Polizei

Um die Demonstration zu kriminalisieren veröffentlichte die Polizei während der Massenfestnahme eine Pressemitteilung. Selbstverständlich übernahm die Presse die Polizeimeldungen ohne weitere Nachfragen. Die Medienberichte lesen sich wie Kopien der Pressemitteilung. Dadurch zeigt die Presse, dass sie nur ein Werkzeug der Polizei ist, um Proteste zu kriminalisieren.

Der Fakt, dass sich die Repression seitens des Bürgermeisters auch während der Demonstration fortsetzt wird unseren Kampf für Freiheit nicht stoppen. Zum Glück sind wir in diesem Kampf nicht auf Demonstrationen beschränkt, die uns die Behörden verbieten können. Wir

werden unsere sozialen Kämpfe unvermindert fortführen und kein Bulle oder Bürgermeister wird uns davon abhalten.

Wir möchten allen danken, speziell unseren GenossInnen von außerhalb der Niederlande, die an diesem Wochenende nach Den Haag gekommen sind, um gegen Repression zu kämpfen. Wir fühlen uns unterstützt in unserem Kampf und sind umso mehr entschlossen unsere Strukturen und Ideen auszubauen und zu verteidigen.

No justice, No peace!

*Frei übersetzt von: fightrepressiondemo.noblogs.org
21.11.2016*

10 Jahre Haft für ein Graffiti Freiheit für Giyas und Bayram

Ein aserbaidischsches Gericht verurteilte den Aktivist Giyas Ibrahimov am 25. Oktober zu 10 Jahren Gefängnis. Bayram und Giyas wird vorgeworfen, eine Statue des Expräsident beschmiert zu haben. Da es dafür maximal ein Jahr Gefängnis gibt, ist es in Aserbaidschan üblich, Oppositionellen und Aktivist*innen Drogen unterzuschieben – um sie zu längeren Haftstrafen verurteilen zu können. So auch im Fall der beiden Genossen. Bei Ihnen wurde eine größere Menge Heroin platziert um sie wegen Drogenhandel verhaften zu können. Der Prozess von Bayram steht noch aus. Aber es ist zu erwarten, dass sein Urteil ähnlich zwischen 8 und 12 Jahren Gefängnis ausfallen wird.

Beide Anarchisten leiden unter erheblicher Repression und Folter im Knast.

- **Wir rufen zu Solidarität mit den beiden Betroffenen auf!**
- **Freiheit für für Bayram und Giyas!**
- **Freiheit für alle sozialen und politischen Gefangenen!**

*Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA-IFA)*

Zur Situation von Bayram und Qiyas im aserbaidischen Knast- und Foltersystem (Übersetzung eines Textes von Mammad Azizov aus der *Gai Dào 71*):

Ich konnte drei Jahre lang nur Bücher lesen und Radio hören. Was hätte ich sonst in einer Zelle von 10 Quadratmetern tun können?! Nach meiner Festnahme dauerte das Gerichtsverfahren Monate – bis zu zwei Jahre. Ein Kräfte zehrendes Verfahren für eine 20-Jahre alte Person...

Ich möchte nicht über die aktuellen Isolationsbedingungen und Folterungen schreiben, jedoch kann ich folgendes mitteilen: Die Kreativität der aserbaidischen politischen Macht kennt bei Folterungen keine Grenzen. Im Allgemeinen wurden dort nicht viele politische Gefangene gesehen, die nicht in den Gefängnissen Aserbaidschans gefoltert worden waren. Isolationshaft, Folter – fast jede*r Gefangene auf der ganzen Welt rechnet damit, aber wenn du aus politischen Gründen in Aserbaidschan inhaftiert bist, solltest du es vorhersehen.

Zwang und Folter stellen grundlegendste Methoden zur Aufrechterhaltung des Staates dar. Politische Gefangene in Aserbaidschan wurden zusammen mit anderen Häftlingen festgehalten. Deshalb konnten wir sehen wie unterschiedlich und willkürlich die Behandlung zwischen politischen und anderen Gefangenen ist.

Wenn du aus politischen Gründen inhaftiert bist, fürchten sie sich manchmal vor dir, genauso wie es manchmal Familien und sogar Anwalt*innen nicht erlaubt ist dich zu sehen. Ich erfuhr dies am eigenen Leib. Aktuell machen dies die inhaftierten Gefährt*innen, die anarchistischen Aktivist*innen Bayram Mammadov und Qiyas Ibrahimov durch. Es dauerte vier Monate bis es Bayram Mammadov erlaubt wurde seine Eltern zum ersten Mal nach der Verhaftung zu sehen.

Was Bayram und Qiyas taten stellte die meistumjubelte Aktion der letzten Jahre in Aserbaidschan dar. Beide wurden von den aserbaidischen Behörden wegen eines gesprühten Graffitis mit dem Text "Fuck the system" und "Fröhlicher Sklaventag", sowie einem Anarchie-Symbol auf dem Denkmal des verstorbenen ehemaligen Präsidenten Heydar Aliyev, inhaftiert. Dies stellte eine Protesthandlung gegen die fortlaufenden Ungerechtigkeiten dar, die von den herrschenden Eliten aufrechterhalten wurden. Niemand konnte glauben, dass jemand

das tun würde. Fast alle dachten, dass es ein Auftrag des Staates und eine Provokation sei.

Dies könnte in verschiedenen Ländern als ein gewöhnliches Ereignis gesehen werden. Aber es ist so ungewöhnlich, wie das Vorhandensein des Denkmals, welches von Polizei und Kameras von allen Seiten geschützt wird. Niemand dachte auch nur daran, was Bayram und Qiyas taten. Wenn du unter den Skulpturverehrer*innen lebst, erfordert es ernsthaften Mut sich nicht zu fügen. Bayram und Qiyas wurden aktiv um die Symbole der Macht zu beleidigen.

Lass mich jetzt kurz die Geschichte für diejenigen erzählen, welche sie nicht wissen.

Die Aktion wurde am Vorabend von Heydar Aliyevs Geburtstag durchgeführt – am 10. Mai 2016, der jährlich von der Regierung auf verschwenderische Weise gefeiert wird.

Angesichts eines unumschränkten Personenkults um Aliyev wurde solch eine Tat auf schwerste Weise von der Regierung (unter der Führung dessen Sohnes Ilham Aliyev) verurteilt und die Aktivist*innen wurden am 10. Mai 2016 verhaftet. Die Polizei deponierte Drogen bei ihnen um zu vermeiden, dass sie auf Grundlage von Hooliganismus angeklagt werden.

Das letztere wird mit einer Haftstrafe von lediglich bis zu einem Jahr verfolgt (was für das Aliyev-Regime als Bestrafung "zu milde" ist), während die Anklage auf illegalen Besitz von Heroin mit bis zu zwölf Jahren Haftstrafe lautet. Die Tatsache, dass die Polizei fast drei Kilogramm Heroin bei jedem der Häftlinge zum Zeitpunkt der Verhaftung entdeckt hat, beweist die Tatsache, dass die Angelegenheit erfunden ist. Wie auch immer – falls sie verurteilt werden, droht ihnen eine Haftstrafe bis zu zwölf Jahren. Bayram und Qiyas wurden beide schwer gefoltert, vor und nach der richterlichen Anhörung. Ihr anwaltlicher Beistand Elchin Sadigov teilte mittels Facebook Bayrams ausführliche Stellungnahme über andauernde Folterungen an ihm im zwölften Polizeirevier in Baku und städtischen Polizeirevier. Ich werde einige Stellen aus seinem Brief zitieren:

"... dann brachten sie mich zum Hauptbüro und sagten mir, dass "wenn du Blumen vor die Statue legst und zu AzTV (dem Staatsfernsehsender) sprichst, dich bei der Statue entschuldigst, wirst du freigelassen"... Ich verweigerte dies, dann schlugen sie wieder auf mich ein".

"... Nach der richterlichen Anhörung am 12. Mai brachten sie mich zum TDC Hauptrevier. Dort waren zwei Leute in Zivilkleidung. Sie befahlen mir, ich solle ein paar Na-

men nennen und sie beschuldigen mit mir zusammenzuarbeiten. Sie befahlen mir, dass ich Blumen vor die Statue legen soll, zu AzTV sprechen soll und sie würden mich freilassen bis es nicht zu spät sei. Ich verweigerte dies und sie riefen jemanden an und sagten der Person "pass eine Weile auf ihn auf". Sie brachten mich in weiter unten gelegene Stockwerke. Ich war in Handschellen und sie schlugen mich mit Fäusten, Tritten und Gummiknüppeln. Sie fesselten sogar meine Beine, sie knebelten mich, so dass niemand mich hören konnte während sie mich schlugen..."

"... Sie legten mich auf den Fußboden, eine*r von ihnen hielt meinen Fuß während die andere Person mit dem Schlagstock auf meine Fußsohle schlug. Danach hoben sie mich in die Höhe und ließen mich plötzlich fallen. Sie ließen mich mehrere Male fallen. Nach dem 4. oder 5. Mal wurde das Klebeband weggerissen und dieses Mal begannen sie meine Hände mit ihren Beinen zu zerquetschen..."

Es war offensichtlich, dass die Gefährt*innen Bayram und Qiyas einen hohen Preis für die Übergabe von "Geburtstagsgeschenken" für Heydar Aliyevs Statue bezahlen werden.

Wir erleben die wachsende Anzahl von Leuten, die sich für Anarchismus in Aserbaidschan auf eine wohlwollende Weise interessieren nachdem Bayram und Qiyas verhaftet worden sind. Tatsächlich ist Anarchismus für Baku historisch gesehen nicht unbekannt. Vor der Sowjetunion war Baku eine der meistaktiven Städte in Bezug auf die anarchistische Bewegungen. Es gab "Anarchie", "Borba" (Das Gefecht), "Bunt" (Die Auflehnung), "Die Schwarze Krähe", "Der Aufstand", "Land und Freiheit", "Azad" (Frei) und viele andere anarchistischen Gewerkschaften in Baku während der Zeitspanne von 1904-1910. Nach 1910 gibt es über sie keine Informationen. Unter der sowjetischen Herrschaft war Anarchismus Staatsfeind wie andere oppositionelle Ideologien.

Der Aufstand von Kronstadt vom 7. März 1921 verdeutlicht bereits vollständig was Revolution für die Sowjets bedeutet. Wenn wir es deshalb von diesem Gesichtspunkt aus betrachten, stellt Anarchismus eine neue Anschauung für die Gesellschaft Aserbaidschans dar. Seit Beginn der 2000er Jahre erschienen dort zum Anarchismus verwandte Texte und Diskussionen kamen unter der jungen Generation auf.

Es scheint, dass unsere Anzahl sich parallel zu den steigenden Verhaftungszahlen vergrößert.

Kämpft – bis zu unserer Revolution, bis zu unserer Freiheit, bis alle Gefängniszellen zerstört sind!



Tschechien: Stellungnahme des eingekerkerten Anarchisten Lukáš Borl

Stellungnahme zu meiner Festnahme

Am Sonntag, den 4. September 2016, wurde ich von der Polizei in Most gefangen genommen und dann in das Untersuchungsgefängnis in Litomerice gebracht. Leider geschah, was ich nicht wollte, aber wusste, dass es jeder Zeit passieren kann. Glücklicherweise habe ich mich mental auf so eine Situation vorbereitet, was mir einen ruhigen Umgang mit dieser unangenehmen Art von Realität erlaubt. In welcher ich und offenbar Leute, die mir nahestehen, gerade sind.

Ich wurde von jenen gefasst, welche die Herrschaft des Kapitals über unser Leben verteidigen. Dennoch, ändert das nichts an meinem Willen den Pfad zu verfolgen, den ich wählte. Ich werde weiterhin zerstören und erschaffen. kämpfen und lieben. Ich bleibe Anarchist, mit allem was dazugehört. Ich entschied mich für jetzt ein paar Absätze über meine Haft zu schreiben. Ich werde sicherlich bald meine Meinung zu anderen Themen, die ich wichtig finde, ausdrücken.

Vor meiner Festnahme

Es ist kein Geheimnis dass, ich an einem gewissen Zeitpunkt, mich entschieden habe, zu "verschwinden"; in Sorge, dass die Polizei meine Verhaftung plant. Meine Gründe brachte ich in einem Text zum Ausdruck, "Das Verschwinden der Aufsicht der Staatsmacht", den ich auf verschiedenen Seiten der anarchistischen Bewegung veröffentlicht habe. Die Entscheidung, die ich traf, ermöglichte es mir versteckt und ziemlich glücklich, für ein paar Monate, zu leben. Ich bewegte mich frei und hatte gutes Essen. Die ganze Welt wurde zum Zuhause für mich und ich war in der Lage Häfen der sozialen und kulturellen Existenz zu finden. Weil ich genug materielle und emotionale Unterstützung hatte, konnte ich weiterhin fuer Emanzipation kämpfen. Ich wusste Bescheid über die damit verbundenen Risiken, aber ich dachte niemals daran Aufzuhören, nicht einmal jetzt. Von der Diktatur durch den Staat und den Kapitalismus auszubrechen ist ein ausreichend attraktives Ziel, von dem es unmöglich ist, meine Aufmerksamkeit abzuwenden. Sogar die Tatsache, dass die Macht mich mit Finger, Knüppel oder Gefängnis bedroht...

Ein Anarchist zu sein, heißt fuer mich, dass solche Drohungen eine unausweichliche Konsequenz meines Wunsches nach Freiheit sind. Es steht im Verbindung mit dem täglichen rebellischen Leben. Eine Tatsache, die ich nicht

vermeiden, sonder der ich nur trotzen kann. Was ich tue und weiter tun werde.

Die Umstände meiner Verhaftung

Die Polizei verhaftete mich in Most, einer kleine Stadt, wo ich geboren bin und fpr eine lange Zeit lebte. Ein Teil meiner Familie und viele Freunde sind dort. In Most betrieben wir ein Community-Center "Ateneo", mit einigen Leuten, wo eine lange Reihe von Ereignissen in Zusammenhang mit der anarchistischen Bewegung geschahen. Kurz gesagt. Ich bin in dieser Stadt sehr bekannt, sowohl den BewohnerInnen als auch der Polizei und den BürokratInnen.

Fuer viele Leute wird dies ein Ausdruck von "Dummheit" sein, dass ich mich entschloss in diese Stadt zu kommen, obwohl zur selben Zeit ein Haftbefehl gegen mich vorlag. Auch wenn meine engsten Leute so denken würden, würde ich es ihnen nicht verübeln. Weil sie die Dinge aus einer anderen Lage heraus sehen, als ich es tue. Deshalb verstehe ich, wenn die Gedanken und Taten,

von einer Person, die für längere Zeit im Untergrund ist, bei einigen Menschen kein Verständnis finden. Das Leben eines Menschen auf der Flucht ist verbunden mit der Trennung von den Leuten, die er/sie liebt und zuvor in engem und häufigem Kontakt stand. Es ist eines der härtesten Dinge mit denen ein Mensch, in so einer Situation, klarkommen muss. Im Vergleich dazu sind finanzielle Mittelbeschaffung, Essen, Unterkunft und Sicherheit zu gewährleisten, relativ leicht. Es gibt zwei Wege um damit umzugehen. Entweder es passiv zu akzeptieren, was auch bedeutet sich dem Leiden und der unendlichen Frustration auszusetzen oder die Trennung mit gelegentlichen Besuchen zu überwinden, was natürlich das Risiko erhöht von der Polizei gefasst zu werden. Instinktiv wählte ich die zweite Option. Ich wusste, was ich riskierte und was ich verlieren könnte. Ich wusste aber auch, dass ich in Isolation etwas verlor, was sehr wichtig für mich ist – Kontakte mit Menschen die mir wichtig sind und denen ich wichtig bin. Das ist der Grund. warum ich nach Most kam, obwohl ich das Risiko kannte.

Alles hätte glatt gehen können und bald würde ich mich zu einem sichereren Ort bewegen. Es war keine schwierige Aufgabe und ich hatte mich darauf genau vorbereitet. Wie aber jeder sicherlich weiß, passieren manchmal unerwartete Vorkommnisse und können weder vorhergesagt, noch umgekehrt werden. In solchen Fällen helfen weder Vorbereitungen, noch der Wille oder die Fähigkeiten. Wir hinken den Ereignissen hinterher, ohne sie verhindern oder verändern zu können. Genau das ist es, was in meinem Fall passiert ist. Als Ergebnis, konnte



ich nicht nur keinen Kontakt aufnehmen, ich wurde auch verhaftet. Ich werde jetzt nicht erklären, wie es geschah. Vielleicht mache ich es zu einem anderen Zeitpunkt.

Polizeilicher Beschluss

Kurz nach der Verhaftung wurde mir ein Beschluss für eine Strafverfolgung präsentiert. Während der ganzen Prozedur entschied ich das Recht der Aussageverweigerung anzuwenden. Der Fall wurde von der Abteilung für die Bekämpfung der Straßensriminalität (ÚOOZ) untersucht. Jene beschuldigen mich für die Gründung, Unterstützung und Bewerbung einer Bewegung, die darauf abzielt Menschenrechte und Freiheiten zu unterdrücken. Laut ÚOOZ habe ich ein Netzwerk von revolutionären Zellen gegründet (SRB), nahm an SRB's Veranstaltungen teil und verfasste und veröffentlichte Kommuniqués auf der Webseite "Asociace Alerta". Desweiteren behaupten sie, dass ich Verletzung von Eigentum begangen habe, Beschädigung von Eigentum eines Anderen, viermal. Zweimal während eines Brandanschlages auf ein Polizeiauto. Einmal während eines Brandanschlages auf eine Ladentür und einmal mit Malen auf der Wand vom Prager Gefängnis Ruzyně. Schließlich werde bin ich auch für Erpressung der Besitzer des Steak-Restaurant "Řízkárna" von ÚOOZ beschuldigt. Ich studierte sorgfältig alle Anschuldigungen, um herauszufinden, auf was ÚOOZ ihren Glauben stützt, dass ich diese Taten begangen habe. Ehrlich gesagt, hat es mich beruhigt, denn diese "Beweise" sind eine Mischung aus Spekulation und Auswertung der "Spuren", welche in Wirklichkeit nicht meine Beteiligung an diesen Tagen beweisen.

Verteidigung

Wie bekannt, habe ich keine Sympathien für die Justiz. Ich betrachte sie als Teil der repressiven Instrumente des Kapitalismus, von denen ich ein Gegner bin. Trotzdem habe ich entschlossen es zu versuchen, mich vor Gericht zu verteidigen, betreffend der schwachen "Beweise", welche die ÚOOZ versucht gegen mich zu stellen. Ich merke, dass diese Wahl bedeutet, auf feindlichem Gebiet mit begrenzten Ressourcen zu kämpfen. Aus diesem Grund habe ich keine übertriebenen Erwartungen oder Illusionen, dass Gerichte eine unabhängige Institution sind, welche dem Kampf für die Emanzipation dienen könnten.

Ich werde mich vor Gericht verteidigen. Ich stehe immer noch dafür, dass der anarchistische Kampf auf der subversiven Logik von direkter Aktion basiert, statt sich auf

institutionelle Instrumente des Staates zu beziehen und vertreter-vermittelnde Formen von Aktionen. Daraus, was ich seit Jahren sage und tue, wird klar, welche Form des Kampfes ich bevorzuge. Ich werde mich daran halten, so zu handeln und ich will dasselbe von den Menschen die in Solidarität zu mir stehen.

Immernoch bewaffnet und gefährlich

Während meiner Zeit des Versteckens dämonisierten mich die Polizei und die Medien als gefährlich und bewaffnet. Ich bestätigte es in einem Text -Lukáš Borl v hledáčku policie. (Lukas Borl im Sucher der Polizei.) Nach der Verhaftung, nahm die Polizei mein Pfefferspray, meinen Schlagring, eine Gaspistole mit zwei Magazinen und 23 Ladungen (Diese Waffen sind in Tschechien legal beschaffbar ohne Waffenschein). Jetzt behalten sie mich im Knast. Ich stehe zu dem Fakt, dass ich noch immer gefährlich und bewaffnet bin. Gefährlich (dem Kapitalismus), weil ich selbst hinter Gittern verweigere die Bedingungen von Ausbeutung anzunehmen und die Anderen dazu ermutige gegen jene zu rebellieren. Ich bin noch immer bewaffnet, weil ich noch immer den Willen habe solidarisch zu sein. Bis zu diesem Moment konnten sie es mir nicht wegnehmen und nahmen es als eine Angelegenheit von Bedeutung für die Strafverfolgung. Solidarität und Rebellion sind Waffen die ich noch immer bei mir trage und ich bin bereit sie zu gebrauchen. Dies habe ich auch schon getan, ich tue es jetzt und ich werde es weiterhin tun.

Boden des Kampfes

Als Anarchist, ich war mir immer der Möglichkeit bewusst, verhaftet zu werden. Schließlich unterdrückt jedes Regime seine Gegner auf diese Art. Ich bin jetzt im Untersuchungsgefängnis, jedoch betrachte ich es nicht als das Ende des anarchistischen Pfades. Knast ist nur eine von vielen durch die Revolutionäre gehen können (aber nicht müssen)Es ist nicht das Ende. Nur eine Veränderung der Umstände und das Terrain, wo ich jetzt gegen die TäterInnen der Unterdrückung kämpfen werde. Ich bin froh, dass ich mit anderen AnarchistInnen kämpfen kann. Mit jenen die verstehen, dass kollektiver Kampf der einzige Ausweg aus diesem kapitalistischen Schlamm ist.

Solidaritätsaktionen

Wer das Bedürfnis hat mich zu unterstützen, kann dies auf seine eigene Art und Weise und einem Timing nach eigenem Erwägungen tun. Ich werde niemandem sagen, was zu tun ist und wie. Aber ich will explizit niemanden sehen, der ohne mein Einverständnis, direkte Aktionen zu meiner Unterstützung ablehnt. Sollte ich eine Aktion nicht befürworten, werde ich das zum Ausdruck bringen, wenn ich es als wichtig erachte.

Für jene, die zweifeln welche Aktionen wünschenswert sind, ein Ratschlag: Informiert euch über meine Vergangenheit, um die ideologische Positionen zu verstehen, für die ich stehe. Sollte das für euch verständlich sein, werden eure Zweifel abfallen, welche Aktionen ich befürworte und welche nicht .Es gilt keine Zeit zu verlieren.



Kein sozialer Frieden mit denen die uns unterdrücken und ausbeuten. Der Kampf geht weiter!

Anarchistische Grüße aus dem Knast!

Euer Bruder, Freund, Gefährte Lukáš Borl, 11.9.2016

Adresse:

Lukáš Borl 1.3.1982
Vazební věznice Litoměřice
Veitova 1
412 81 Litoměřice

Verfolgung linker Autonomer **Auch nach 21 Jahren keine Ruhe**

Autonome scheiterten 1995 mit einem Anschlag. Noch immer wollen die Ermittler sie schnappen. Ihre Anwälte legen nun Verfassungsklage ein.

Wann verjährt die Verfolgung eines Anschlags, der nie stattgefunden hat? Wer die Aktion vorbereitet hat, wird nach zehn Jahren nicht weiter juristisch verfolgt. Wer sich dafür in einer „terroristischen Vereinigung“ organisierte, kann nach maximal 20 Jahren nicht mehr verurteilt werden. Doch für die Verabredung zu dieser Straftat gilt eine Verjährungsfrist von bis zu 40 Jahren.

Diese umstrittene Regelung macht sich die Bundesanwaltschaft (BAW) nun zunutze, um über 21 Jahre nach einem gescheiterten Anschlag einer linken Gruppe an der Verfolgung der mutmaßlichen Täter festzuhalten. Am Dienstag soll deshalb eine Person aus dem damaligen Umfeld der Beschuldigten als Zeugin bei den Strafverfolgern aussagen. Weigert sie sich, drohen ihr sechs Monate Beugehaft.



Am 11. April 1995 hatte die militante Gruppierung „Das K.O.M.I.T.E.E.“ versucht, das im Bau befindliche Abschiebegefängnis Berlin-Grünau in die Luft zu sprengen. Die

Aktion sollte sich gegen die restriktive deutsche Flüchtlingspolitik richten, doch sie ging schief. Drei Männer aus der Berliner autonomen Szene – Bernhard Heidebreder, Thomas Walter und Peter Krauth – sind seither flüchtig. Heidebreder wurde im Juli 2014 in Venezuela festgenommen. Das oberste Gericht des Landes lehnte es aber ab, den 55-Jährigen an die deutschen Behörden auszuliefern. Seit vier Monaten ist er wieder auf freiem Fuß.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Haftbefehle gegen Heidebreder, Walter und Krauth im Januar dieses Jahres erneuert. Da alle anderen Tatvorwürfe verjährt waren, können die Strafverfolger den Männern nur noch die Verabredung des Verbrechens nach Paragraph 30 des Strafgesetzbuches vorwerfen. „Es kann aber nicht sein, dass die Verabredung zu einer Tat länger verfolgt wird als die zeitlich spätere Begehung einer Tat“, kritisiert Krauths Verteidigerin Undine Weyers. Sie hat deshalb mit den anderen Anwältinnen der Flüchtigen Verfassungsklage eingereicht. Damit wollen sie erreichen, dass der Paragraph 30 für verfassungswidrig erklärt wird.

Auch die Vorladung der Zeugin sei „nicht verhältnismäßig“, sagt Weyers. Eine Solidaritätsgruppe wirft den Strafverfolgern „uferlosen Verfolgungszwang“ vor. BGH und BAW wollten sich mit Verweis auf das laufende Verfahren nicht äußern.

taz, 16.10.2016

Dresden: Ermittlungen eingestellt

Dieser Text ist eine Zusammenfassung über das §129 StGB Verfahren und das Brandanschlagsverfahren in Dresden. Hier werden die Ermittlungsmethoden speziell auf den Fall des Brandanschlags auf Die Bundeswehr tiefgründig geschildert.

Am 14. April 2009 erfolgte der bis jetzt größte und teuerste Angriff auf Bundeswehrinfrastruktur in Deutschland seit dem Bestehen der BRD. Dabei brannten in der Alberstadtkaserne in Dresden 40 Militärfahrzeuge ab, in dem ein Sachschaden von 3 Millionen Euro entstanden sein soll.

Darauf folgten mehrere Ermittlungen und Razzien in Sachsen und Brandenburg.

Einen Monat nach der Nacht des Geschehens durchsuchten die Cops das erste Mal die Wohnung eines in diesem Zusammenhang beschuldigten. Dieser hatte sich verdächtig gemacht, indem er die Feuerwehr rief, als er einen Brandgeruch in seiner Wohnung feststellte. Er wurde beschuldigt, Beteiligter des Brandanschlags auf die Albertstadtkaserne zu sein, er wurde ED (Erkennungsdienstliche Behandlung) behandelt und musste seine DNA abgeben. Als Grund wurde angegeben, dass er sich auch im Alternativen Zentrum die „Conni“ aufhalten würde, was laut den Cops ein Szenetreffpunkt für Linke

sei. Die Cops packten daraufhin die volle Palette an Ermittlungsmethoden aus. Zum Beispiel wurde der Deutsche Wetterdienst angefragt ob der Geruch in 1,7 km Entfernung überhaupt mitbekommen werden konnte. Es wurde ein psychologisches Gutachten vom BKA erstellt anhand des Anrufes der bei der Rettungsstelle einging. Nach langen Ermittlungen gegen die Person, wurde das Verfahren gegen ihn schlussendlich eingestellt. Es folgte eine trügerische Ruhephase, in der allerdings im Hintergrund „weiter ermittelt“ wurde.

Am 15. März und 19. April im Jahr 2012 wurde in Finsterwalde die Wohnung der Eltern von zwei AnarchistInnen durchsucht. Die Durchsuchungsbeschlüsse waren identisch, bis auf die Ergänzung, dass eben erneut durchsucht werden müsse. Mündlich wurde den Eltern mitgeteilt, dass ein Telefonat ausschlaggebend gewesen sei, da sich ein Elternteil am Telefon in etwa so äußerte:

„Bei der letzten Durchsuchung haben sie nicht das gefunden wonach sie gesucht haben.“

Die Cops drohten den Eltern, die Wohnung komplett auseinander zunehmen, was auch geschah. Sie bestellten eine Umzugsfirma, die alles in Kartons verpackte und anfang Möbel zu demontieren. Außerdem wurde probiert, die Eltern gegeneinander auszuspielen, einzuschüchtern und mit Knast zu drohen, wenn sie nicht sagen würden wo sich die Beweismittel befinden. Sie haben sich jedoch nicht darauf eingelassen, was den Cops wohl die Motivation nahm. Daraufhin wurde die Durchsuchung beendet.

Eine der beiden des Anschlages auf den Bundeswehrlagerpark beschuldigten Personen aus Finsterwalde war auch beschuldigt im sog. „Antifasportgruppenverfahren“ nach §129 StGB in Dresden, weshalb wir nochmal einen kleinen Exkurs zurück in der Zeitleiste unternehmen müssen.

Am Abend des 19. Februars 2011 stürmten etwa 120 Cops mit Hilfe des SEK das „Haus der Begegnung“, in dem anlässlich des an diesem Tag stattgefundenen Nazigroßaufmarschversuchs ein Pressezentrum des Bündnis „Dresden Nazifrei“ eingerichtet wurde. Teilweise widerrechtlich miteinbezogen in die Durchsuchung wurden auch die Vereinsräume des „Roten Baum e.V.“, eine Anwaltskanzlei, eine Privatwohnung und ein Parteibüro der Dresdener „Linken“. Es gab mehrere verletzte Personen. Es wurden Kettensägen eingesetzt um die Türen zu öffnen, weshalb ein hoher Schaden entstand. Begründet wurde die Durchsuchung damit, dass durch Kräfte der Ermittlungsgruppe „Terrasse“ seit den Morgenstunden ein Funktelefonanschluss überwacht wurde, welches die Lenkzentrale für die Organisation sei, von der teilweise schwerwiegende Straftaten (Landfriedensbruch und

gefährliche Körperverletzung) im Zuge des Demonstrationsgeschehens in Dresden ausgegangen sein sollen.

Der Hinweis, welche Nummer zu überwachen sei, kam durch ein sog. Behördenzeugnis vom Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen. Dadurch wird ersichtlich inwieweit die Razzien vom 19.02.2011 vom VS forciert wurden.

Die Durchsuchung wurde von der Richterin Kessler zunächst nur mündlich genehmigt.

Alle Personen, die sich in dem Gebäudekomplex aufhielten, egal ob sie im Pressezentrum arbeiteten oder sich bei den dort eingerichteten DemosantäterInnen einen Tee holten, wurden mit dem Vorwurf der gefährlichen Körperverletzung, Sachbeschädigung und des besonders schwerem Landfriedensbruch im Kontext einer „kriminellen Vereinigung“ konfrontiert und auf die Wache zur ED-Behandlung transportiert.

Was an diesem Tag noch bekannt wurde, ist, dass das Wohnprojekt „Praxis“ in Dresden Löbtau mit auf der Durchsuchungsliste der Staatsanwaltschaft stand, die Behörden jedoch davon absahen, da ca. 250 Neonazis am Mittag das Projekt mit Steinen angriffen. Das hätte negative Presse bedeuten können und so ist die Razzia nicht zustande gekommen.

Gegen alle 21 Personen die im Zuge der Razzia am 19.02.2011 von Repression betroffen waren, wurde das Verfahren nach §129 im Juli 2012 eingestellt.

Am 12. April 2011 ab ca. 4:00 Uhr durchsuchten dann nach eigenen Angaben 400 Cops medienwirksam 22 Wohnungen und Arbeitsräume von 14 Beschuldigten. Diese breit angelegte Aktion betraf Genoss*innen in Dresden, Leipzig, Machern, Grimma, Niesky, Senftenberg und Finsterwalde.

Durch die Beschlüsse wurde sichtbar, dass es neben den Demonstrationsgeschehen am 19.02.2011 auch um Körperverletzungen an Nazis und um eine gewisse Ebene von Alltagsmilitanz ging. So wurden bei den Razzien, schwarze Klamotten, politische Symbole, „Pläne“ und „Anweisungen“, „waffentaugliche“ Gegenstände, Broschüren, Bücher, Flyer, Plakate und Computer sowie sämtliche greifbare Speichermedien (Festplatten, CDs, USB usw.) beschlagnahmt. Alle anwesenden Beschuldigten mussten zusätzlich zur ED-Behandlung ihre DNA abgeben, wofür auch richterliche Beschlüsse vorlagen. In den frühen Morgenstunden des 3. Mai 2011 startete das LKA und der extra anwesende Staatsanwalt Wagner eine neue Razzia. Mit Hilfe der BFE (Beweissicherungs- und Festnahmeinheit) wurde das Wohnprojekt „Praxis“ in Dresden etwa 5 Stunden lang



durchsucht. Das Wohnprojekt sollte eigentlich schon am 12. April mit durchsucht werden, jedoch wurde bei einer Observation einen Abend zuvor ein „reges Treiben“ (sic) im Haus festgestellt, worin sie die Absicht hinein interpretierten, dass es sich um die Beseitigung von Beweismitteln handle. Daraufhin suchten die Cops einen Maulwurf in den eigenen Reihen, so die Presse. Die Dresdener BFE führte zur „Eigensicherung“ Schilder und HK-5 Maschinenpistolen mit, mit denen sie versuchten, die angetroffenen Menschen einzuschüchtern, indem sie z.B. drohten, Haustiere zu erschießen.

Auf dem Grundstück und im Haus gefundene Steine, die von den Neonazis am 19.02.2011 in Richtung Praxis geworfen wurden, erklärte das LKA in der Presse zu extra gesammelten Wurfgeschossen, die von den BewohnerInnen im Haus verteilt worden wären. Ziemlich schnell wurde klar, dass die Aktenzeichen übereinstimmend waren zu den Razzien am 12. April 2011.

Am 22. September 2014 wurde gegen alle 22 Personen das Verfahren nach §129 in Dresden eingestellt.

Nun kommen wir zurück zum Ermittlungsverfahren in Bezug auf den Anschlag auf den Bundeswehrfuhrpark am 14. April 2009.

Nachdem die Beschuldigten endlich Zugang zu den Akten hatten, konnte damit angefangen werden, diese auszuwerten. Das ergab natürlich einen Einblick in die Ermittlungsmethoden der Cops.

Dort konnten sie ihrer Phantasie mal richtig freien Lauf lassen. Die sächsischen Behörden, allen voran die Richter*innen des Amtsgerichtes, die sowieso alles unterschreiben was sie auf den Tisch bekommen.

Es wurden insgesamt 1,2 Millionen Datensätze in EFAS (Fallbearbeitungssoftware- und Analysesystem der sächsischen Cops) und 234 Verbindungsdatensätze gespeichert.

Es wurden mindestens 4 Monate lang Handy's, Festnetzanschluss, E-mail's und Internet von den Beschuldigten

und deren Familien überwacht. Dazu stellten die Cops Anfragen an die Bundesnetzagentur, um festzustellen, wem welches Telefon bzw. Handy gehört.

Die Wohnungen von zwei Personen wurden mindestens 5 Monate lang observiert. Nach den Hausdurchsuchungen haben die Observationen massiv zugenommen, bei den Eltern der Beschuldigten wurde z.B. eine Kamera vor der Wohnung installiert, die erst nach der Einstellung des Verfahrens wieder entfernt wurde.

Die Beschlüsse waren für einen Monat gültig und wurden immer wieder verlängert; ähnlich war das auch bei der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ).

Bei einem Zeugen der in der Nacht von den Cops beim Prsnitzgrund aufgegriffen wurde, wurde das Heftchen „Was tun wenns Brennt“ von der Roten Hilfe gefunden. Dazu wurde ausführlich recherchiert, aus diesem Grund wurde er Beschuldigter.

Außerdem haben die Cops Auskünfte über Konten bei den entsprechenden Banken der Beschuldigten beschafft.

Bei den Ermittlungsvorgängen ist ersichtlich wie viele Behörden an diesem Fall zusammengearbeitet haben. Anscheinend wurde das Trennungsgebot (von Geheimdienst und Polizeibehörden) missachtet.

Bekannt ist dass der MAD (Militärische Abschirmdienst) ausschließlich gegen Bundeswehrangehörige, externe Firmen und den Wachschatz ermittelt hat. Das gesamte Bildmaterial von Schaulustigen und Tankstellen wurden beschlagnahmt. Das LKA Berlin hat bei der Funkzellenauswertung mitgeholfen. Es wurde nach Zusammenhängen mit anderen Brandanschlägen in Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein gesucht. Diese „Arbeit“ hat das BKA übernommen. Sämtliche Halter von Autos wurden ermittelt. Es gab Geschwindigkeitskontrollen bei Taxen, ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) und Sicherheitsfirmen.

Das BKA Meckenheim hat eine ausführliche Internetrecherche betrieben. Insgesamt wurden 3280 Personen ermittelt, die als ZeugnInnen in Frage kommen, darunter Spaziergänger*innen und Sportler*innen.



Das Bekennerrinnenschreiben „Initiative für ein neues Blaues Wunder“ das an unterschiedliche Medien per Post gesendet wurde, wurde von einem Gutachter des BKA analysiert. Es ergaben sich insgesamt 95 Unterspuren, jedoch nicht ein positiver Treffer. Bei der USBV (Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung) konnten auch Spuren gefunden werden.

Von acht Brandsätzen wurden sieben erfolgreich gezündet. An einem Brandsatz konnten drei unterschiedliche männliche DNA Spuren und zwei Fingerabdrücke gefunden werden. Eine weibliche DNA wurde an einem Zaun sichergestellt. Des weiteren konnte in dem am Tatort angrenzenden Wald eine DNA in Arbeitshandschuhen festgestellt werden. Zeugen hatten ein Auto mit Berliner Kennzeichen gesehen, woraufhin es eine Anfrage an das Kraftfahrtbundesamt gab. Von 1900 Autos kamen 325 in Frage, daraufhin gab es 43 Alibiüberprüfungen – jedoch gab es auch dort keine Ergebnisse. Bauanleitungen von den Zeitschriften „Radikal“ Nr. 157 und der „Interim“ wurden überprüft und vor allem wurde sich mit dem Artikel „Nobelkarrossentod“ auseinandergesetzt.

Vor ein paar Jahren wurde eine Person festgenommen, die aussagte, sie hasse das deutsche Militär und hätte deshalb die Offiziersschule des Heeres angezündet. Nach längeren Ermittlungen wurde den Behörden bewusst, dass es keinen Zusammenhang gibt und die Person als Täter ausgeschlossen werden kann.

Es kamen Brandmittelspühhunde und Bergungstechnik zum Einsatz. Auch Interpol wurde auf Vergleichs-DNA angefragt und es gab einen positiven Treffer. Jedoch ist aus den Akten nicht ersichtlich, ob es sich um eine weibliche oder männliche DNA handele oder in welchem Zusammenhang diese schon mal festgestellt worden wäre.

Des weiteren sind sämtlich Besucherlisten vom Hauptstaatsarchiv kontrolliert worden. Im November 2012 gab es zwei Aufforderungen DNA abzugeben, da diese Personen engen Kontakt zu den Beschuldigten in Finsterwalde hätten. Jedoch bekam das LKA nur einen richterlichen Beschluss für eine Person, von der die DNA in einem Krankenhaus Zwangsweise von einem Arzt abgenommen wurde.

Im Zusammenhang mit diesem Ermittlungsverfahren wurde die „Ermittlungsgruppe Albertstadt“ vom LKA Sachsen gegründet. Besetzt wurde diese Ermittlungsgruppe mit denselben Cops, die für das sog. „Sportgruppenverfahren“ nach §129 StGB zuständig waren.

Nach jahrelangen Ermittlungen wurden die Verfahren gegen vier Beschuldigte im Oktober 2015 schließlich eingestellt. Die Behörden probierten in diesen Jahren, die Linke Szene in Dresden und Umland mit Repression zu überschütten. Sie schnüffelten herum, probierten Freund*innen und Familien gegeneinander auszuspielen, observierten Betroffene und deren Umfeld, hörten jahrelang Telefone ab – sie legten die gesamte Szene lahm. Der Repressionsdruck gegen die GenossInnen vor Ort erschwert den Widerstand gegen die gesellschaftlichen Zustände erheblich, was Widerstand mit sich bringt. Nichts desto trotz muss man sich bewusst werden, dass die Repression alle treffen kann, ob man sich dem Staat entgegenstellt oder nicht – ob auf Demonstrationen, politischen Veranstaltungen, im Kampf gegen Faschismus, Diebstähle, Schwarzfahren und all das was Ausbeutung und Herrschaft hervorruft.

Revolutionäre Ideen sollten durch die Praxis überprüft werden.

Für das Ende der Herrschaft des Menschen durch den Menschen.

Für die Anarchie

Weitere Artikel und Meldungen auf der Webseite: gefangenen.info

Soligruppe für Gefangene





**LOVE.
LIVE.
RESIST.**

Hambacher Forst verteidigen!